Jüdische Mitwirkung an der Gestaltung der amerikanischen Einwanderungspolitik von 1881-1965: Ein historischer Rückblick

Von Kevin MacDonald

Basierend auf Kapitel 7 von *The Culture of Critique: An Evolutionary Analysis of Jewish Involvement in Twentieth-Century Intellectual and Political Movements.* MacDonald, K. B. (1998/2002). Westport, CT: Praeger; Taschenbuchversion: Bloomington, IN: 1stbooks Library, 2002. Auch erhältlich bei Amazon und Barnes & Noble.

MacDonald, K. B. (1998). Jewish involvement in influencing United States immigration policy, 1881-1965: A historical review. *Population and Environment*, *19*, 295-355.

KURZFASSUNG

Dieses Papier diskutiert die jüdische Mitwirkung an der Gestaltung der Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten. Zusätzlich zu einem periodischen Interesse an der Förderung der Einwanderung von Glaubensgenossen als Folge antisemitischer Bewegungen haben Juden ein Interesse daran, gegen die Schaffung ethnisch und kulturell homogener Gesellschaften zu opponieren, in denen sie als Minderheiten leben. Juden sind auch an vorderster Front gewesen bei der Unterstützung von Bewegungen, die auf die Änderung des ethnischen Status quo in den Vereinigten Staaten zugunsten der Einwanderung nichteuropäischer Völker abzielen. Zu diesen Aktivitäten gehörten die Führerschaft im Kongreß, das Organisieren und Finanzieren von zuwanderungsbeschränkungsfeindlichen Gruppen, die sich aus Juden und Nichtjuden zusammensetzten, und die Gründung intellektueller Bewegungen, die gegen evolutionäre und biologische Perspektiven in den Sozialwissenschaften waren.

EINFÜHRUNG

Ethnischer Konflikt ist von offensichtlicher Bedeutung für das Verständnis kritischer Aspekte der amerikanischen Geschichte, und nicht nur für das Verständnis des ethnischen Konflikts zwischen Schwarzen und Weißen oder das Schicksal der amerikanischen Ureinwohner. Die Einwanderungspolitik ist ein paradigmatisches Beispiel für den Interessenkonflikt zwischen ethnischen Gruppen, weil sie die zukünftige demographische Zusammensetzung der Nation beeinflußt. Ethnische Gruppen, die nicht in der Lage sind, die Einwanderungspolitik in ihrem eigenen Interesse zu beeinflussen, werden mit der Zeit von Gruppen verdrängt oder im zahlenmäßigen Anteil verringert, die dazu wohl in der Lage sind.

Dieses Papier diskutiert den ethnischen Konflikt zwischen Juden und Nichtjuden auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik. Diese ist jedoch nur ein Aspekt des Interessenkonflikts zwischen Juden und Nichtjuden in Amerika. Die Scharmützel zwischen den Juden und der nichtjüdischen Machtstruktur, die im späten neunzehnten Jahrhundert begannen, hatten immer starke Obertöne von Antisemitismus. Diese Kämpfe umfaßten Angelegenheiten jüdischer Aufwärtsmobilität, Quoten für die jüdische Vertretung in den Eliteschulen, angefangen im neunzehnten Jahrhundert und kulminierend in den 1920ern und 1930ern, die antikommunistischen Kreuzzüge in der Zeit

nach dem Zweiten Weltkrieg und auch die sehr starke Besorgnis wegen der kulturellen Einflüsse der größeren Medien, die sich von Henry Fords Schriften in den 1920ern über die Inquisitionen der McCarthy-Ära bis ins Zeitgenössische erstreckte. Daß Antisemitismus an diesen Angelegenheiten beteiligt war, kann man aus der Tatsache ersehen, daß Historiker des Judaismus (z.B. Sachar 1992, S. 620ff) sich verpflichtet fühlen, Berichte über diese Ereignisse als wichtig für die Geschichte der Juden in Amerika einzubeziehen, an den antisemitischen Äußerungen vieler der nichtjüdischen Teilnehmer und am selbstbewußten Verständnis jüdischer Teilnehmer und Beobachter.

Die jüdische Beteiligung an der Beeinflussung der Einwanderungspolitik in den Vereinigten Staaten ist besonders als Aspekt ethnischen Konflikts bemerkenswert. Die jüdische Mitwirkung hatte gewisse einzigartige Eigenschaften gehabt, die jüdische Interessen von den Interessen anderer Gruppen unterschieden, die eine liberale Einwanderungspolitik befürworteten. Während eines Großteils dieser Zeitperiode entsprang ein jüdisches Interesse an liberaler Einwanderungspolitik einem Wunsch, eine Zuflucht für Juden zu schaffen, die vor antisemitischen Verfolgungen in Europa und anderswo flohen. Antisemitische Verfolgungen sind ein wiederkehrendes Phänomen in der modernen Welt gewesen, angefangen mit den zaristischen Verfolgungen von 1881, und fortgesetzt bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetunion und in Osteuropa. Als Folge davon ist liberale Einwanderung ein jüdisches Interesse gewesen, weil „das Überleben oft diktierte, daß Juden Zuflucht in anderen Ländern suchten“ (Cohen 1972, S. 341). Aus einem ähnlichen Grund haben Juden beständig eine internationalistische Außenpolitik der Vereinigten Staaten befürwortet, weil „ein international gesinntes Amerika wahrscheinlich sensibler für die Probleme ausländischer Judengruppen sein wird“ (Cohen 1972, S. 342).

Zusätzlich zu einem beständigen Anliegen, daß Amerika ein sicherer Zufluchtsort für Juden sein möge, die vor Ausbrüchen von Antisemitismus in fremden Ländern fliehen, gibt es jedoch Hinweise, daß Juden viel mehr als jede andere aus Europa stammende Volksgruppe in Amerika eine liberale Einwanderungspolitik als Mechanismus gesehen haben, der sicherstellt, daß Amerika eher eine pluralistische statt eine einheitliche, homogene Gesellschaft sein würde (z. B. Cohen 1972). Pluralismus dient sowohl inneren (gruppeninternen) als auch externen (zwischen Gruppen) jüdischen Interessen. Pluralismus dient inneren jüdischen Interessen, weil er das interne jüdische Interesse an einer Begründung und offenen Befürwortung eines Interesses an jüdischer Gruppenbindung und Nichtassimilierung legitimiert, was Howard Sachar (1992, S. 427) als seine Funktion der „Legitimierung der Bewahrung einer Minderheitskultur inmitten der mehrheitlichen Gastgesellschaft“ bezeichnet. Die Entwicklung einer ethnischen, politischen oder religiösen Monokultur bedeutet, daß das Judentum nur überleben kann, wenn es einer Art halb verborgener Existenz annimmt. Wie Irving Louis Horowitz (1993, 86) hinsichtlich der langfristigen Konsequenzen des jüdischen Lebens unter dem Kommunismus anmerkt, „leiden die Juden, ihre Zahl schwindet, und Auswanderung wird zu einer Überlebenslösung, wenn der Staat die Integration in den nationalen Durchschnitt fordert, eine religiöse Universale, die von einer Staatsreligion oder eine nahezu staatlichen Religion definiert wird.“ Sowohl Neusner (1987) als auch Ellman (1987) meinen, daß das gesteigerte Gefühl für ethnisches Bewußtsein, das man neuerdings in jüdischen Kreisen sieht, von dieser allgemeinen Bewegung innerhalb der amerikanischen Gesellschaft in Richtung einer Legitimierung von Ethnozentrismus der Minderheitsgruppen beeinflußt worden ist.

Wichtiger noch ist, daß ethnischer und religiöser Pluralismus äußeren jüdischen Interessen dient, weil Juden dadurch nur eine von vielen Volksgruppen werden. Dies hat die Streuung politischen und kulturellen Einflusses unter den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zur Folge, und es wird schwierig oder unmöglich, einheitliche, zusammenhängende Gruppen von Nichtjuden zu entwickeln, die in ihrer Opposition gegen das Judentum vereint sind. Geschichtlich haben größere antisemitische Bewegungen dazu geneigt, in Gesellschaften auszubrechen, die abgesehen von den Juden religiös und/oder ethnisch homogen gewesen sind (MacDonald, 1994; 1998). Umgekehrt war ein Grund für den relativen Mangel an Antisemitismus in Amerika im Vergleich zu Europa der, daß „Juden nicht als einzelne Gruppe von [religiösen] Nonkonformisten hervorstachen." (Higham 1984, S. 156). Daraus folgt auch, daß ethnisch und religiös pluralistische Gesellschaften wahrscheinlicher jüdische Interessen befriedigen als Gesellschaften, die von ethnischer und religiöser Homogenität unter Nichtjuden gekennzeichnet sind.

Angefangen mit Horace Kallen, sind jüdische Intellektuelle an der vordersten Front dabei gewesen, Modelle der Vereinigten Staaten als kulturell und ethnisch pluralistische Gesellschaft zu entwickeln. Beim Nachdenken über die Nützlichkeit kulturellen Pluralismus' bei der Bedienung innerer jüdischer Gruppeninteressen zur Aufrechterhaltung des kulturellen Separatismus kombinierte Kallen persönlich seine Ideologie der Kulturpluralismus mit einem tiefen Eintauchen in jüdische Geschichte und Literatur, einer Hingabe an den Zionismus und politischer Aktivität im Namen der Juden in Osteuropa (Sachar 1992, S. 425ff; Frommer 1978).

Kallen (1915; 1924) entwickelte ein „polyzentrisches" Ideal für amerikanische ethnische Beziehungen. Kallen definierte Ethnizität dahingehend, daß sie sich aus jemandes biologischer Ausstattung ableitet, was bedeutet, daß Juden eine genetisch und kulturell geschlossene Gruppe bleiben können sollten, während sie nichtsdestoweniger an den amerikanischen demokratischen Institutionen teilhaben. Diese Auffassung, daß die Vereinigten Staaten als eine Anzahl separater ethnisch/kultureller Gruppen organisiert sein sollten, war von einer Ideologie begleitet, daß Beziehungen zwischen Gruppen kooperativ und freundlich sein würden. „Kallen erhob seine Augen über den Hader, der um ihn herum wirbelte, zu einem idealen Reich, wo Vielfalt und Harmonie koexistieren" (Higham 1984, S. 209). In ähnlicher Weise argumentierte in Deutschland der jüdische Führer Moritz Lazarus im Gegensatz zu den Ansichten des deutschen Intellektuellen Heinrich Treitschke, daß die fortgesetzte Getrenntheit verschiedener Volksgruppen zum Reichtum deutscher Kultur beitrage (Schorsch 1972, S. 63). Lazarus entwickelte auch die Doktrin der zweifachen Loyalität, die zum Eckstein der zionistischen Bewegung wurde.

Kallen schrieb seinen Essay von 1915 teilweise in Reaktion auf die Ideen von Edward A. Ross (1914). Ross war ein darwinistischer Soziologe, der glaubte, daß die Existenz klar abgegrenzter Gruppen dazu neigen würde, zur Konkurrenz zwischen den Gruppen um Ressourcen zu führen. Highams Kommentar ist interessant, weil er zeigt, daß Kallens romantischen Ansichten über die Koexistenz von Gruppen von der Realität der Konkurrenz zwischen Gruppen in seiner eigenen Zeit widersprochen wurde. In der Tat, es ist bemerkenswert, daß Kallen ein prominenter Führer des American Jewish Congress (AJCongress) war. Während der 1920er und 1930er verfocht der AJCongress gruppenökonomische und politische Rechte für Juden in Osteuropa zu einer Zeit, als es weitverbreitete ethnische Spannungen und Judenverfolgungen gab, und trotz der Furcht vieler, daß solche Rechte nur gegenwärtige Spannungen verschärfen würden. Der AJCongress forderte, daß Juden proportionale politische Vertretung gewährt wurde wie auch die Möglichkeit, ihre eigenen Gemeinden zu organisieren und eine autonome jüdische Nationalkultur zu bewahren. Die Abkommen mit osteuropäischen Ländern und der Türkei beinhalteten Vorkehrungen, daß der

Staat den Unterricht in Minderheitensprachen gewährleistet und daß Juden das Recht haben, das Erscheinen vor Gericht oder andere öffentliche Funktionen am Sabbat zu verweigern (Frommer 1978, p. 162).

Kallens Idee vom Kulturpluralismus als Modell für Amerika wurde unter nichtjüdischen Intellektuellen von John Dewey (Higham 1984, S. 209) popularisiert, der seinerseits von jüdischen Intellektuellen gefördert wurde: „Wenngleich verlorene Kongregationalisten wie Dewey keine Einwanderer brauchten, um sie dazu zu inspirieren, gegen die Grenzen selbst der liberalsten aller protestantischen Empfindlichkeiten anzugehen, wurden solche wie Dewey doch lautstark dazu ermuntert von den jüdischen Intellektuellen, denen sie in städtischen akademischen und literarischen Gemeinschaften begegneten“ (Hollinger, 1996, S. 24).

Kallens Ideen sind sehr einflußreich gewesen bei der Hervorbringung jüdischer Selbstkonzeptualisierungen ihres Status in Amerika. Dieser Einfluß war schon 1915 unter amerikanischen Zionisten wie Louis D. Brandeis offenkundig. Brandeis sah Amerika als aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt, deren freie Entfaltung „die Vereinigten Staaten spirituell bereichern und sie zu einer Demokratie *par excellence* machen würde“ (Gal 1989, S. 70). Diese Ansichten wurden zu „einem Kennzeichen der Hauptströmung im amerikanischen Zionismus, des säkularen und religiösen gleichermaßen“ (Gal 1989, S. 70). Aber Kallens Einfluß erstreckte sich in Wirklichkeit auf alle gebildeten Juden:

Indem er die Bewahrung einer Minderheitskultur inmitten einer mehrheitlichen Gastgesellschaft legitimierte, fungierte der Pluralismus als intellektueller Ankerplatz für eine gebildete zweite jüdische Generation, hielt ihren Zusammenhalt und ihre beharrlichsten kommunalen Bemühungen durch die Härten der Depression und des wiederbelebten Antisemitismus, durch den Schock des Nazismus und des Holocaust hindurch aufrecht, bis das Aufkommen des Zionismus in der Welt nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer eigenen kulminierenden erlösungssuchenden Inbrunst durch das amerikanische Judentum fegte. (Sachar 1992, S. 427)
Ausdrückliche Aussagen, die die Einwanderungspolitik mit einem jüdischen Interesse an kulturellem Pluralismus verbinden, sind bei prominenten jüdischen Sozialwissenschaftlern und politischen Aktivisten zu finden. In seiner Rezension von Kallens (1956) *„Cultural Pluralism and the American Idea“*, die in *„Congress Weekly“* erschien (herausgegeben vom AJCongress), merkte Joseph L. Blau (1958, S. 15) an, daß „Kallens Ansicht benötigt wird, um der Sache von Minderheitengruppen und Minderheitskulturen in dieser Nation ohne dauerhafte Mehrheit zu dienen“ – was bedeutet, daß Kallens Ideologie des Multikulturalismus den Interessen jeder Volksgruppe bei der Beherrschung Amerikas entgegensteht. Der wohlbekannte Autor und prominente Zionist Maurice Samuel (1924, S. 215) schrieb teilweise als negative Reaktion auf das Einwanderungsgesetz von 1924: „Wenn denn der Kampf zwischen uns [d.h. Juden und Nichtjuden] jemals über das Physische hinausgehoben werden soll, dann werden eure Demokratien ihre Forderungen nach rassischer, spiritueller und kultureller Homogenität mit dem Staat ändern müssen. Aber es wäre töricht, dies als Möglichkeit zu sehen, denn die Tendenz dieser Zivilisation geht in die gegensätzliche Richtung. Es gibt eine stetige Annäherung an eine Identifizierung der Regierung mit der Rasse statt mit dem politischen Staat.“

Samuel mißbilligte das Einwanderungsgesetz von 1924, und im folgenden Zitat entwickelt er die Ansicht, daß der amerikanische Staat keine ethnischen Implikationen hat:

„Wir haben in Amerika gerade – in der an dieses Land angepaßten eigentümlichen Form – die Wiederholung der bösen Farce erlebt, an die uns die Erfahrung vieler Jahrhunderte noch nicht gewöhnt hat. Wenn Amerika überhaupt irgendeine Bedeutung hatte, dann lag sie in dem sonderbaren Versuch, sich über den Trend unserer gegenwärtigen Zivilisation zu erheben – der Identifikation von Rasse mit dem Staat.... Amerika war daher die Neue Welt in dieser entscheidenden Hinsicht – daß der Staat rein ein Ideal war, und Nationalität nur mit der Akzeptanz dieses Ideals identisch war. Aber es scheint jetzt, daß dieser ganze Standpunkt ein irriger war, daß Amerika unfähig war, sich über seine Ursprünge zu erheben, und daß die Ähnlichkeit mit einem Ideal-Nationalismus nur ein Stadium in der eigentlichen Entwicklung des universalen nichtjüdischen Geistes war.... Heute, wo die Rasse über das Ideal triumphiert, entblößt der Antisemitismus seine Reißzähne, und der herzlosen Verweigerung des elementarsten Menschenrechtes, des Rechts auf Asyl, wird feige Beleidigung hinzugefügt. Wir werden nicht nur ausgeschlossen, sondern man sagt uns, in der unmißverständlichen Sprache der Einwanderungsgesetze, daß wir ein ‚minderwertiges' Volk sind. Ohne den moralischen Mut, voll und ganz gegen seine bösen Instinkte aufzustehen, hat sich das Land durch seine Journalisten in einer langen Strömung der Judenschmähung darauf vorbereitet, und als es ausreichend durch populäre und ‚wissenschaftliche' Zaubertränke inspiriert war, beging es die Tat." (Seiten 218-220)

Eine deckungsgleiche Meinung wird vom prominenten jüdischen Sozialwissenschaftler und politischen Aktivisten Earl Raab[1] ausgedrückt, der sich sehr positiv über den Erfolg der amerikanischen Einwanderungspolitik bei der Änderung der ethnischen Zusammensetzung der Vereinigten Staaten seit 1965 äußert. Raab merkt an, daß die jüdische Gemeinde eine Führungsrolle bei der Veränderung der pro-nordwesteuropäischen Tendenz der amerikanischen Einwanderungspolitik übernommen hat (1993a, S. 17), und er hat auch darauf beharrt, daß der eine Faktor, der den Antisemitismus in den zeitgenössischen Vereinigten Staaten verhindert, der ist, daß „eine zunehmende ethnische Heterogenität als Folge von Einwanderung es noch schwieriger gemacht hat, daß sich eine bigotte politische Partei oder Massenbewegung entwickelt" (1995, S. 91). Oder noch farbiger:
„Das Statistische Bundesamt hat gerade berichtet, daß etwa die Hälfte der amerikanischen Bevölkerung bald nicht-weiß oder nichteuropäisch sein wird. Und sie alle werden amerikanische Staatsbürger sein. Wir sind über den Punkt hinausgekippt, wo eine nazistische Arierpartei sich in diesem Land durchsetzen können wird."

„Wir [d.h. die Juden] haben etwa ein halbes Jahrhundert lang das amerikanische Klima der Opposition gegen Bigotterie genährt. Dieses Klima ist noch nicht perfektioniert worden, aber die heterogene Natur unserer Bevölkerung tendiert dazu, dies irreversibel zu machen und macht unsere verfassungsmäßigen Einschränkungen gegen Bigotterie praktikabler als je zuvor." (Raab 1993b, S. 23).[2]

In der Tat war es das primäre Ziel jüdischer politischer Aktivität nach 1945 „... das Aufkommen einer antisemitischen reaktionären Massenbewegung in den Vereinigten Staaten zu verhindern" (Svonkin 1997, 8). Charles Silberman (1985, 350) merkt an, daß „amerikanische Juden der kulturellen Toleranz verpflichtet sind wegen ihres Glaubens – der fest in der Geschichte verwurzelt ist – daß Juden nur in einer Gesellschaft sicher sind, die ein breites Spektrum von Einstellungen und Verhaltensweisen sowie eine Vielfalt religiöser und ethnischer Gruppen zu akzeptieren bereit ist. Es ist dieser Glaube zum Beispiel, nicht die Billigung von Homosexualität, der eine überwältigende Mehrheit der amerikanischen Juden dazu veranlaßt, ‚Schwulenrechte' zu

befürworten und eine liberale Haltung zu den meisten anderen sogenannten ‚gesellschaftlichen' Fragen einzunehmen."[3] Silbermans Kommentar, daß jüdische Einstellungen „fest in der Geschichte verwurzelt sind", ist recht begründet: Es hat in der Tat eine Tendenz dazu gegeben, daß Juden von einer kulturell und/oder ethnisch homogenen Mehrheit verfolgt wurden, die Juden als negativ bewertete Fremdgruppe gesehen hat.

Ähnlicherweise stellt Diana Aviv, die Direktorin des Washington Action Office of the Council of Jewish Federations, in einer Aufzählung der Vorteile der Einwanderung fest, daß es sich bei der Einwanderung „um Vielfalt, kulturelle Bereicherung und wirtschaftliche Chancen für die Einwanderer geht" (zitiert in *„Forward"*, 8. März 1996, S. 5). Und in Zusammenfassung der jüdischen Beteiligung am Ringen um die Gesetzgebung von 1996 führte ein Zeitungsbericht aus, daß es „jüdischen Gruppen nicht gelungen ist, eine Anzahl von Bestimmungen zu Fall zu bringen, welche die Art politischer Zweckmäßigkeit reflektieren, die sie als direkten Angriff auf den amerikanischen Pluralismus betrachten" (*„Detroit Jewish News"*; 10. Mai 1996).

Es ist auch bemerkenswert, daß es einen Konflikt zwischen vorwiegend jüdischen Neokonservativen und vorwiegend nichtjüdischen Paläokonservativen gegeben hat wegen der Einwanderung aus der Dritten Welt in die Vereinigten Staaten. Viele dieser neokonservativen Intellektuellen waren zuvor radikale Linke gewesen,[4] und die Spaltung zwischen den Neokonservativen und ihren früheren Verbündeten hatte eine intensive innere Fehde zur Folge (Gottfried 1993; Rothman & Lichter 1982, S. 105). Die Neokonservativen Norman Podhoretz und Richard John Neuhaus reagierten sehr negativ auf einen Artikel von einem Paläokonservativen, der darüber besorgt war, daß eine derartige Einwanderung mit der Zeit zur Dominierung der Vereinigten Staaten durch solche Einwanderer führen würde (siehe Judis 1990, S. 33). Andere Beispiele sind die Neokonservativen Julian Simon (1990) und Ben Wattenberg (1991), die beide sehr hohe Einwanderungsniveaus aus allen Teilen der Welt befürworten, sodaß die Vereinigten Staaten das würden, was Wattenberg als die erste „universale Nation" der Welt beschreibt. Basierend auf kürzlichen Daten berichtet Fetzer (1996), daß Juden der Einwanderung in die Vereinigten Staaten weiterhin weit wohlgesonnener sind als jede andere ethnische Gruppe oder Religion.

Es sollte als allgemeiner Punkt festgehalten werden, daß die Effektivität jüdischer Organisationen bei der Beeinflussung der amerikanischen Einwanderungspolitik durch gewisse Charakteristika des amerikanischen Judentums gefördert worden ist. Wie Neuringer (1971, S. 87) anmerkt, wurde der jüdische Einfluß auf die Einwanderungspolitik durch jüdischen Reichtum, Bildung und gesellschaftlichen Status unterstützt. In Widerspiegelung ihrer allgemein unverhältnismäßigen Repräsentation bei den Kennzeichen wirtschaftlichen Erfolgs und politischen Einflusses sind jüdische Organisationen in der Lage gewesen, einen weit überproportionalen Einfluß auf die Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten zu nehmen, weil Juden als Gruppe hoch organisiert, hochintelligent und politisch gerissen sind, und sie konnten bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele über ein hohes Maß an finanziellen, politischen und intellektuellen Ressourcen verfügen. In ähnlicher Weise merkt Hollinger (1996, S. 19) an, daß Juden wegen ihres größeren Reichtums, der höheren sozialen Stellung und technischen Fertigkeit in der intellektuellen Arena einflußreicher beim Niedergang einer homogenen protestantischen Kultur in den Vereinigten Staaten gewesen sind als Katholiken. Auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik wurde die hauptsächliche jüdische Aktivistenorganisation zu deren Beeinflussung, das American Jewish Committee (AJCommittee), charakterisiert von „starker Führung [besonders durch Louis Marshall], innerem Zusammenhalt, gut finanzierten Programmen, ausgeklügelten Lobbying-

Techniken, gutgewählten nichtjüdischen Verbündeten und gutem Timing“ (Goldstein 1990, S. 333).

In dieser Hinsicht ist der jüdische Erfolg bei der Beeinflussung der Einwanderungspolitik völlig analog ihrem Erfolg bei der Beeinflussung der Säkularisierung der amerikanischen Kultur. Wie im Fall der Einwanderungspolitik ist die Säkularisierung der amerikanischen Kultur ein jüdisches Interesse, weil Juden ein wahrgenommenes Interesse daran haben, daß Amerika keine homogene christliche Kultur ist. „Jüdische Bürgerrechtsorganisationen haben eine historische Rolle in der Nachkriegsentwicklung der amerikanischen Gesetze und Politik zu Kirche und Staat gespielt“ (Ivers 1995, S. 2). Anders als die Anstrengungen zur Beeinflussung der Einwanderung wurde die Opposition gegen eine homogene christliche Kultur hauptsächlich vor Gericht betrieben. Die jüdischen Anstrengungen in dieser Sache waren gut finanziert und der Schwerpunkt gut organisierter, engagierter jüdischer Beamtenorganisationen, einschließlich des American Jewish Committee, des American Jewish Congress und der Anti-Defamation League (Anti-Diffamierungsliga, ADL). Sie beinhalteten starke Rechtsexpertise sowohl im eigentlichen Rechtsstreit als auch bei der Beeinflussung der Rechtsmeinung durch Artikel in juristischen Journalen und anderen Foren intellektueller Debatte, einschließlich der populären Medien. Sie hatten dabei auch eine höchst charismatische und effektive Führung, besonders Leo Pfeffer vom American Jewish Congress:

„Kein anderer Anwalt übte über einen so langen Zeitraum solch eine völlige intellektuelle Dominanz über ein bestimmtes Rechtsgebiet aus, als Autor, Gelehrter, öffentlicher Bürger und vor allem als Rechtsanwalt, der seine vielfältigen und beachtlichen Talente zu einer einzigen Kraft bündelte, die alles abdecken konnte, was eine Institution für eine erfolgreiche Verfassungsreformbewegung braucht.... Daß Pfeffer mittels einer beneidenswerten Kombination aus Können, Entschlossenheit und Beharrlichkeit imstande war, die Reform des Verhältnisses von Kirche und Staat in solch kurzer Zeit zur vorrangigsten Sache zu machen, mit der rivalisierende Organisationen den AJCongress assoziierten, illustriert gut die Wirkung, die einzelne, mit herausragenden Fähigkeiten begabte Anwälte auf den Charakter und das Leben der Organisationen haben können, für die sie arbeiten.... Wie um das Ausmaß zu bestätigen, in dem Pfeffer mit der Verfassungsentwicklung post-*Everson* [d.h. nach 1946] assoziiert wird, kommen selbst die größten Kritiker der gerichtlichen Rechtsprechung zu Kirche und Staat dieser Zeit und der modernen Doktrin des Separationismus selten ohne eine Erwähnung Pfeffers als der zentralen Kraft aus, die für das verantwortlich ist, was sie als die verlorene Bedeutung der Establishmentklausel beklagen.“ (Ivers 1995, Seite 222-224)

In ähnlicher Weise bemerkt Hollinger (1996, S. 4) „die Umwandlung der ethno-religiösen Demographie in der akademischen Szene Amerikas durch die Juden“ im Zeitraum von den 1930ern bis zu den 1960ern, wie auch den jüdischen Einfluß auf die Trends zur Säkularisierung der amerikanischen Gesellschaft und bei der Förderung des Kosmopolitanismus als Ideal (S. 11). Die Gangart dieses Einflusses wurde sehr wahrscheinlich von den Kämpfen der 1920er um die Einwanderung beeinflußt. Hollinger merkt an, daß „der Einfluß des alten protestantischen Establishments in großem Maß wegen des Einwanderungsgesetzes von 1924 bis in die 1960er fortbestand: wäre die massive Einwanderung von Katholiken und Juden auf dem Niveau von vor 1924 weitergegangen, dann wäre die amerikanische Geschichte in vieler Weise anders verlaufen, einschließlich, wie man vernünftigerweise spekulieren kann, einer schnelleren Schrumpfung der protestantischen kulturellen Hegemonie. Die Einwanderungsbeschränkung gab dieser Hegemonie ein neues geborgtes Leben“ (S. 22). Man kann daher vernünftigerweise annehmen, daß das

Ringen um die Einwanderung von 1881 bis 1965 von folgenschwerer Bedeutung bei der Gestaltung der Konturen der amerikanischen Kultur im späten zwanzigsten Jahrhundert gewesen ist.

Der endgültige Erfolg jüdischer Einstellungen zur Einwanderung wurde auch von intellektuellen Bewegungen beeinflußt, die kollektiv einen Niedergang des evolutionären und biologischen Denkens in der akademischen Welt zur Folge hatte. Obwohl das für die restriktionistische Position in den Kongreßdebatten (die sich hauptsächlich auf die Fairness der Aufrechterhaltung des ethnischen Status quo konzentrierten; siehe unten) praktisch keine Rolle gespielt hat, war eine der Komponenten des intellektuellen Zeitgeists der 1920er das Vorherrschen evolutionärer Theorien über Rasse und Ethnizität (Singerman 1986), besonders der Theorien von Madison Grant. In „*The Passing of the Great Race*" (1921) argumentierte Grant, daß die Gründerpopulation der amerikansichen Kolonisten von überlegenen nordischen Rasseelementen abstammte und daß die Einwanderung anderer Rassen das Kompetenzniveau der Gesellschaft als Ganzes absenken sowie auch demokratische und republikanische Institutionen bedrohen würde. Grants Ideen wurden zu Zeiten der Einwanderungsdebatten von den Medien populär gemacht (siehe Divine 1957, S. 12ff) und provozierten oft negative Kommentare in jüdischen Publkationen wie „*The American Hebrew*" (z.B. 21. März 1924, S. 554, 625).[5]

Die Debatte über Gruppenunterschiede im IQ war auch mit dem Einwanderungsthema verknüpft. C. C. Brighams Studie über die Intelligenz unter dem Personal der United States Army schlossen damit, daß Nordische den alpinen und mediterranen Europäern überlegen seien, und Brigham (1923, S. 210) schlußfolgerte, daß „Einwanderung nicht nur restriktiv, sondern auch höchst selektiv sein sollte." Im Vorwort zu Brighams Buch stellte der Harvard-Psychologe Robert M. Yerkes fest, daß „der Autor keine Theorien präsentiert, sondern Tatsachen. Es stünde uns gut an, ihre Verläßlichkeit und Bedeutung zu berücksichtigen, denn niemand von uns kann es sich als Bürger leisten, die Bedrohung des rassischen Verfalls oder den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Einwanderung und nationalem Fortschritt und Wohlergehen zu ignorieren" (in Brigham 1923, S. vii-viii).

Nichtsdestoweniger entstand der Drang zur Beschränkung der Einwanderung, wie Samelson (1975) herausstreicht, lange bevor es IQ-Tests gab, und die Beschränkung wurde von einer Vielzahl von Gruppen, einschließlich der Gewerkschaften, aus anderen Gründen favorisiert als denen, die mit Rasse und IQ zu tun hatten, einschließlich besonder der Fairness der Beibehaltung des ethnischen Status quo in den Vereinigten Staaten. Außerdem war, obwohl Brighams IQ-Testergebnisse in der Tat in der von den Allied Patriotic Societies zu den Anhörungen im Kongreß eingereichten Darstellung aufschienen,[6] die Rolle der IQ-Tests in den Einwanderungsdebatten weitgehend übertrieben worden (Snyderman & Herrnstein, 1983). In der Tat waren die IQ-Tests weder im House Majority Report noch im Minority Report jemals auch nur erwähnt worden, und „es gibt keine Erwähnung der Intelligenztests im [Einwanderungs-] Gesetz; Testergebnisse über Einwanderer erscheinen nur kurz in den Anhörungen des Komitees und werden dann großteils ignoriert oder kritisiert, und sie werden nur einmal in den mehr als 600 Seiten der Kongreßdebatte erwähnt, wo sie weiterer Kritik ohne Erwiderung unterzogen werden. Keine der bedeutenderen zeitgenössischen Personen im Testwesen… wurden zur Aussage aufgerufen, noch wurden ihre Schriften ins Gesetzgebungsprotokoll eingefügt" (Snyderman & Herrnstein 1983, S. 994).

Es ist auch sehr leicht, die Bedeutung der Theorien über nordische Überlegenheit als Zutat zur restriktionistischen Stimmung im Kongreß und in der Öffentlichkeit überzubetonen. Wie Singerman (1986, S. 118-119) aufzeigt, wurde „rassischer Antisemitismus“ nur von einer „Handvoll Autoren“ eingesetzt, und das „jüdische Problem“ ... war selbst für solch breit veröffentlichte Autoren wie Madison Grant oder T. Lothrop Stoddard eine geringe Sorge, und keine der [in Singermans Rezension] behandelten Personen konnte als professioneller Hetzer gegen in- oder ausländische Juden betrachtet werden.“ Wie erwähnt spielten Argumente im Zusammenhang mit nordischer Überlegenheit, einschließlich angeblicher nordischer intellektueller Überlegenheit, eine bemerkenswert geringe Rolle in den Kongreßdebatten der 1920er über die Einwanderung, wobei das übliche Argument der Restriktionisten dahing ging, daß die Einwanderungspolitik die Interessen aller bereits im Land befindlichen ethnischen Gruppen gleichermaßen reflektieren solle.

Nichtsdestoweniger ist es wahrscheinlich, daß der Niedergang der evolutionären/biologischen Theorien über Rasse und Ethnizität die grundlegende Änderung ermöglichte, die das Gesetz von 1965 in der Einwanderungspolitik brachte. Wie Higham (1984) anmerkt, war die Boas’sche Sichtweise des kulturellen Determinismus und Anti-Biologismus zur Zeit des finalen Sieges von 1965, der nationale Herkunft und rassische Abstammung aus der Einwanderungspolitik entfernte und die Einwanderung für alle Menschengruppen öffnete, bereits zur akademischen Standardlehre gworden. Das hatte zur Folge, daß es „intellektuelle Mode wurde, die Existenz dauerhafter ethnischer Unterschiede überhaupt abzutun. Die ganze Reaktion beraubte die populären Gefühle über Rasse einer mächtigen ideologischen Waffe“ (Higham 1984, S. 58-59).

Jüdische Intellektuelle spielten eine prominente Rolle in der Bewegung zur Ausmerzung der Rassenideen von Grant und anderen (Degler 1991, S. 200). In der Tat hatten die Restriktionisten sogar in den früheren Debatten, die zu den Einwanderungsgesetzen von 1921 und 1924 führten, das Gefühl, von jüdischen Intellektuellen angegriffen zu werden. 1918 schrieb Prescott F. Hall, der Sekretär der Immigration Restriction League, an Grant: „Was ich wollte ... waren die Namen von ein paar nennenswerten Anthropologen, die sich zugunsten der Ungleichheit der Rassen ausgesprochen haben.... Ich kriege es wegen des Gleichheitsarguments die ganze Zeit mit den Juden zu tun und dachte, daß Du vielleicht aus dem Stegreif ein paar nennen könntest (abgesehen von Osborn) die ich zur Unterstützung zitieren könnte“ (in Samelson 1975, S. 467).

Grant glaubte auch, daß Juden eine Kampagne zur Diskreditierung von Rassenforschung betrieben. In der Einführung zur 1921er Ausgabe von *„Passing of the Great Race“* beschwerte sich Grant darüber, daß „es nahezu unmöglich ist, in amerikanischen Zeitungen Gedanken über gewisse Religionen oder Rassen zu veröffentlichen, die hysterisch empfindlich sind, selbst wenn man sie nicht beim Namen nennt. Die zugrunde liegende Idee scheint die zu sein, daß, wenn die Veröffentlichung unterdrückt werden kann, die Fakten selbst schließlich verschwinden werden. Im Ausland sind die Bedingungen genauso schlimm, und wir haben die Autorität eines der hervorragendsten Anthropologen in Frankreich, daß die Sammlung anthropologischer Messungen und Daten unter französischen Rekruten beim Ausbruch des Großen Krieges durch jüdischen Einfluß verhindert wurde, der darauf abzielte, jegliche Andeutung über Rassenunterschiede in Frankreich zu unterdrücken.“

Besonders bedeutend war die Arbeit des Anthropologen der Columbia University Franz Boas und seiner Anhänger. „Boas' Einfluß auf die amerikanischen Sozialwissenschaftler in Rassenangelegenheiten kann kaum übertrieben werden“ (Degler 1991, S. 61). Er führte einen

„lebenslangen Angriff gegen die Idee, daß Rasse eine primäre Quelle der Unterschiede sei, die man in den mentalen oder sozialen Fähigkeiten von Menschengruppen vorfindet. Er vollbrachte seine Mission großteils durch seine unaufhörliche, beinahe unnachgiebige Artikulierung des Konzepts der Kultur“ (S. 61). „Boas hat in Amerika fast im Alleingang das Konzept der Kultur entwickelt, das mit der Zeit die Rasse wie ein starkes Lösungsmittel aus der Literatur der Sozialwissenschaft löschen würde“ (S. 71).

Der zentrale Punkt in dieser gesamten Erläuterung von Boas' Vorstellung von Kultur und seiner Opposition gegen eine rassische Interpretation menschlichen Verhaltens ist der gewesen, daß Boas zu seiner Position nicht im Zuge einer unvoreingenommenen wissenschaftlichen Untersuchung einer leidigen, kontroversiellen Frage gelangt ist. Stattdessen entstammte seine Idee einem ideologischen Engagement, das in seinem frühen Leben und seinen akademischen Erfahrungen in Europa begann und sich in Amerika fortsetzte, um seine berufliche Sichtweise zu formen.... es gibt keinen Zweifel, daß er ein tiefes Interesse daran hatte, Beweise zu sammeln und Argumente zu konstruieren, die eine ideologische Sichtweise des „Rassismus“ entkräften oder widerlegen würden, den er als einschränkend für Individuen und nicht wünschenswert für die Gesellschaft betrachtete.... es gibt ein fortdauerndes Interesse, seine gesellschaftlichen Werte dem Beruf und der Öffentlichkeit aufzudrücken. (Degler 1991, S. 82-83)

Es gibt Hinweise, daß Boas sich stark als Jude identifizierte und annahm, daß seine Forschungen bedeutende Auswirkungen in der politischen Arena und besonders auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik haben würden. Boas wurde in Preußen in eine „jüdisch-liberale“ Familie geboren, in der die revolutionären Ideale von 1848 einflußreich blieben (Stocking 1968, S. 149). Boas entwickelte eine „links-liberale“ Haltung, die ... zur selben Zeit wissenschaftlich und politisch ist“ (Stocking 1968, S. 149), und der Antisemitismus beschäftigte ihn intensiv seit einer frühen Periode in seinem Leben (White 1966, S. 16). Außerdem war Boas zutiefst entfremdet und feindlich gegenüber der nichtjüdischen Kultur, besonders gegenüber dem kulturellen Ideal der preußischen Aristokratie (Degler 1991, S. 200; Stocking 1968, S. 150). Als zum Beispiel Margaret Mead nach einem Weg suchte, Boas zu überreden, daß er sie ihre Forschungen auf den Südseeinseln durchführen ließe, „stieß sie auf einen sicheren Weg, ihn zu einer Meinungsänderung zu veranlassen. 'Ich wußte, daß es eines gab, das für Boas mehr zählte als die Richtung, die die anthropologische Forschung nahm. Und zwar daß er sich wie ein liberaler, demokratischer, moderner Mann verhalten sollte, nicht wie ein preußischer Autokrat.' Die List funktionierte, weil sie in der Tat den Kern seiner persönlichen Werte entdeckt hatte“ (Degler 1991, S. 73).

Boas war stark von der Einwanderungsthematik motiviert, wie sie Anfang des Jahrhunderts auftrat. Carl Degler (1991, S. 74) merkt an, daß Boas' professionale Korrespondenz „offenbart, daß ein wichtiges Motiv hinter seinem berühmten Kopfvermessungsprojekt von 1910 sein starkes persönliches Interesse daran war, Amerika bevölkerungsmäßig vielfaältig zu halten.“ Die Studie, deren Schlußfolgerungen vom Abgeordneten Emanuel Celler während der Debatte über die Einwanderungsbeschränkung in den *„Congressional Record“* [Kongreßprotokoll] eingefügt wurde (*Cong. Rec*., 8. April 1924, S. 5915-5916), schloß damit, daß die auf die Einwanderung folgenden Umweltunterschiede die Unterschiede in der Kopfform verursachten. (Zu der Zeit war die Kopfform, wie vom „cephalischen Index“ angegeben, das hauptsächliche Maß, das von mit Forschungen über Rassenunterschiede befaßten Wissenschaftlern benutzt wurde.) Boas argmentierte, daß seine Forschung zeige, daß alle ausländischen Gruppen, die in günstigen sozialen Umständen lebten, in dem Sinne in Amerika assimiliert worden seien, daß ihre

physischen Maße sich dem amerikanischen Typus annäherten. Obwohl er im Hauptteil seines Berichts beträchtlich vorsichtiger hinsichtlich seiner Schlußfolgerungen war (siehe auch Stocking 1968, S. 178), stellte Boas (1911, S. 5) in seiner Einführung fest, daß „alle Furcht vor einem unvorteilhaften Einfluß südeuropäischer Einwanderung auf die Gesamtheit unseres Volkes fallengelassen werden sollte.“ Als weiteren Hinweis auf Boas' ideologisches Engaggement in der Einwanderungsfrage gibt Degler den folgenden Kommentar hinsichtlich einer von Boas’ umfeldbetonenden Erklärungen für mentale Unterschiede zwischen Einwanderer- und einheimischen Kindern ab: „Warum Boas sich dafür entschieden hat, solch einer ad-hoc-Interpretation Vorschub zu leisten, ist schwer zu verstehen, bis man sein Verlangen erkennt, den offenkundigen metalen Rückstand der Einwandererkinder in vorteilhafter Weise zu erklären“ (S. 75).

Boas und seine Schüler waren intensiv damit befaßt, eine ideologische Agenda innerhalb der amerikanischen anthropologischen Fachrichtung voranzutreiben (Degler 1991; Freeman 1991; Torrey 1992). In dieser Hinsicht ist es interessant, daß Boas und seine Kollegen ein viel höher entwickeltes Gefühl der Gruppenidentität hatten, ein Bekenntnis zu einem gemeinsamen Standpunkt und eine Agenda zur Dominierung der institutionellen Struktur der Anthropologie, als ihre Gegner (Stocking 1968, S. 279-280). Die Niederlage der Darwinisten “war nicht ohne beträchtliche Ermahnung an 'jeder Mutter Sohn' geschehen, für das 'Recht’ einzustehen.“ Genausowenig war sie ohne einigen ziemlich starken Druck zustandegekommen, der sowohl auf standhafte Freunde als auch die “schwächeren Brüder” ausgeübt wurde, „oft durch die schiere Kraft von Boas' Persönlichkeit“ (Stocking 1968, 286). Ab 1915 kontrollierten die Boasianer die American Anthropological Association und hielten eine Zweidrittelmehrheit des Vorstands (Stocking 1968, S. 285). Ab 1926 wurde jede größere anthropologische Fakultät in den Vereinigten Staaten von einem Schüler Boas’ geleitet, wovon die Mehrheit Juden waren. Laut White (1966, S. 26), waren Boas' einflußreichste Schüler Ruth Benedict, Alexander Goldenweiser, Melville Herskovits, Alfred Kroeber, Robert Lowie, Margaret Mead, Paul Radin, Edward Sapir, und Leslie Spier. Diese ganze “kleine, kompakte Gruppe von Gelehrten ... die sich um ihren Führer sammelte” (White 1966, S. 26) waren Juden, mit der Ausnahme von Kroeber, Benedict und Mead. In der Tat erwähnte Herskovits (1953, S. 91), dessen Hagiographie von Boas als eine der verehrungsvollsten der intellektuellen Geschichte bezeichnet werden kann, daß

„die vier Jahrzehnte, in denen Boas seine Professur bei Columbia innehatte, seiner Lehre eine Kontinuität gab, die ihm die Entwicklung von Studenten ermöglichte, die schließlich den größeren Teil des bedeutenden fachlichen Kerns der amerikanischen Anthropologen ausmachten und die den Großteil der bedeutenderen amerikanischen anthropologischen Fakultäten in den Vereinigten Staaten bemannen und leiten konnten. Sie ihrerseits bildeten die Studenten aus, die ... die Tradition fortsetzten, in der ihre Lehrer ausgebildet worden waren.
Bis zur Mitte der-1930er hatte die Boas’sche Sicht der kulturellen Bestimmung menschlichen Verhaltens schon einen starken Eifluß auf Sozialwissenschaftler allgemein“ (Stocking 1968, S. 300).

Die Ideologie der Rassengleichheit war eine wichtige Waffe im Sinne der Öffnung der Einwanderung für alle Menschengruppen. Zum Beispiel behauptete der AJCongress 1915 in einer Erklärung an den Kongreß, daß „die Erkenntnisse der Wissenschaft selbst die Vorurteilsbehaftetsten unter uns dazu zwingen müssen, so vorbehaltlos wie bei den Gesetzen der Schwerkraft zu akzeptieren, daß Intelligenz, Moral und Charakter keinen wie immer gearteten Bezug zu Geographie oder Geburtsort haben“.[7] Die Erklärung zitierte weiters einige vonBoas'

populären Schriften zum Thema wie auch die Schriften von Boas' Protegé Ashley Montagu, der vielleicht der sichtbarste Gegner des Konzepts der Rasse in dieser Zeit war. Montagu, dessen ursprünglicher Name Israel Ehrenberg war, theoretisierte, daß Menschen angeborenerweise kooperativ sind (aber nicht angeborenerweise aggressiv) und daß es eine universale Brüderschaft unter den Menschen gebe (siehe Shipman 1994, S. 159ff).

Und 1952 sagte ein weiterer Protegé von Boas, Margaret Mead, vor der Kommission des Präsidenten über Einwanderung und Einbürgerung (PCIN, 1953, S. 92) aus, daß „alle menschlichen Wesen aus allen Menschengruppen dasselbe Potential haben.... Unsere besten anthropologischen Beweise legen heute nahe, daß die Menschen jeder Gruppe ungefähr dieselbe Verteilung von Potentialen haben.“ Ein weiterer Zeuge sagte aus, daß der Vorstand der American Anthropological Association einstimmig die Aussage bekräftigt, daß „alle wissenschaftlichen Beweise erkennen lassen, daß alle Völker von Natur aus fähig sind, sich unsere Zivilisation zu erarbeiten oder sich ihr anzupassen“ (PCIN 1953, S. 93). 1965 verkündete Senator Jacob Javits (*Cong. Rec.*, 111, 1965, S. 24469) dem Senat während der Debatte über die Gesetzesvorlage zur Einwanderung selbstsicher, daß „sowohl das Diktat unseres Gewissens als auch die Richtlinien der Soziologen uns sagen, daß Einwanderung nach dem existierenden System der Quotenregelung nach nationaler Herkunft falsch ist und ohne jegliche Basis in Vernunft oder Fakten, denn wir wissen es besser, als zu sagen, daß ein Mann wegen der Farbe seiner Haut besser ist als ein anderer.“ Die intellektuelle Revolution und ihre Übertragung in öffentliche Politik waren vollendet worden.

ANMERKUNG: Seit der Veröffentlichung dieses Artikels bin ich auf das Folgende aus Hugh Davis Grahams *„Collision Course: The Strange Convergence of Affirmative Action and Immigration Policy in America“* („Kollisionskurs: Das seltsame Zusammenlaufen von Affirmative Action und der Einwanderungspolitik in Amerika“, New York, Oxford University Press, 2002, S. 56-57) gestoßen:

„Am wichtigsten für den Inhalt der Einwanderungsreform [d. h.,der Anti-Restriktion] war es, daß die treibende Kraft im Kern der Bewegung, die bis zu den 1920ern zurückreicht, jüdische Organisationen waren, die lange aktiv gegen rassische und ethnische Quoten opponiert hatten. Darunter waren der American Jewish Congress, das American Jewish Committee, die Anti-Defamation League von B'nai B'rith und die American Federation of Jews aus Osteuropa. Jüdische Kongreßabgeordnete, besonders Vertreter aus New York und Chicago, hatten seit den 1920ern stetigen, aber weitgehend wirkungslosen Druck gegen die Quoten nach nationaler Herkunft ausgeübt.... Nach dem Schock des Holocaust waren jüdische Führer in Washington besonders aktiv gewesen bei der Förderung der Einwanderungsreform. Das für die Öffentlichkeit sichtbarste Anzeichen für den Drang zur Einwanderungsreform waren jüdische Führer der Legislative wie der Kongreßabgeordnete Celler und Senator Jacob Javits von New York. Weniger sichtbar, aber gleichermaßen wichtig, waren die Anstrengungen wichtiger Berater im Stab des Präsidenten und der Behörden. Darunter waren höhere politische Berater wie Julius Edelson und Harry Rosenfield in der Regierung Truman, Maxwell Rabb im Weißen Haus von Eisenhower und der Präsidentenassistent Myer Feldman, der Ministerialdirektor im Außenministerium, Abba Schwartz, und der Beigeordnete des Generalstaatsanwalts, Norbert Schlei in der Regierung Kennedy-Johnson.“

JÜDISCHE POLITISCHE AKTIVITÄTEN GEGEN EINWANDERUNGSBESCHRÄNKUNG

Jüdische anti-restriktionistische Aktivitäten bis 1924.

Während die jüdische Beteiligung bei der Änderung der intellektuellen Diskussion über Rasse und Volkstum langfristige Auswirkungen auf die Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten gehabt zu haben scheint, war die jüdische Verwicklung in die Politik letztendlich von viel größerer Bedeutung. Die jüdische Meinung ist nicht monolithisch. Dennoch sind die Juden, auch wenn es Andersdenkende gegeben hat, „die eine höchst beharrliche Interessengruppe zugunsten einer liberalen Einwanderungspolitik" in den Vereinigten Staaten während der ganzen Einwanderungsdebatte seit ihrem Beginn 1881 gewesen (Neuringer 1971, S. ii):

In ihren Bemühungen, die Einwanderungspolitik in eine liberale Richtung umschwenken zu lassen, zeigten jüdische Sprecher und Organisationen ein Maß an Energie, das von keiner anderen interessierten Interessengruppe übertroffen wurde. Die Einwanderung war für praktisch jede größere jüdische Organisation zur Verteidigung und Gemeinschaftspflege ein Hauptanliegen gewesen. Über die Jahre hatten ihre Sprecher eifrig an Kongreßanhörungen teilgenommen, und die jüdischen Bemühungen waren von äußerster Bedeutung bei der Gründung und Finanzierung solcher nicht-konfessionellen Gruppen wie die National Liberal Immigration League und das Citizens Committee for Displaced Persons.
Wie von Nathan C. Belth (1979, S. 173) in seiner Geschichte der Anti-Defamation League von B'nai B'rith (ADL) berichtet, „waren im Kongreß durch all die Jahre, wenn die Kämpfe um die Einwanderung geführt wurden, die Namen jüdischer Legislatoren an vorderster Front der liberalen Kräfte, von Adolph Sabath bis Samuel Dickstein und Emanuel Celler im Repräsentantenhaus [= Kongreß, d. Ü.] und von Herbert H. Lehman bis Jacob Javits im Senat. Jeder war in seiner Zeit ein Führer der Anti-Defamation League und größerer Organisationen, die mit der demokratischen Entwicklung befaßt waren." Die jüdischen Kongreßabgeordneten, die am meisten mit anti-restriktionistischen Anstrengungen im Kongreß identifiziert werden, sind daher auch die Führer der Gruppe gewesen, die am engsten mit jüdisch-ethnischem politischen Aktivismus und Selbstverteidigung identifiziert werden.

Während der gesamten Zeitperiode von beinahe hundert Jahren vor ihrem Erfolg mit dem Einwanderungsgesetz von 1965 haben jüdische Gruppen in opportunistischer Weise Allianzen mit anderen Gruppen geschlossen, deren Interessen vorübergehend mit jüdischen Interessen zusammenfielen (z. B. eine sich ständig ändernde Zahl von ethnischen Gruppen, religiösen Gruppen, Pro-Kommunisten, Antikommunisten, die außenpolitischen Interessen verschiedener Präsidenten, die politische Notwendigkeit für Präsidenten, sich bei Gruppen einzuschmeicheln, die in bevölkerungsreichen Bundesstaaten Einfluß haben, um nationale Wahlen zu gewinnen, etc.). Besonders nennenswert war die Unterstützung einer liberalen Einwanderungspolitik durch industrielle Interessen, die billige Arbeitskräfte wollten, zumindest im Zeitraum vor dem vorübergehenden Triumph des Restriktionismus von 1924. Innerhalb dieses sich ständig verändernden Bündels von Allianzen verfolgten die jüdischen Organisationen beharrlich ihr Ziel, die Zahl jüdischer Einwanderer zu maximieren und die Vereinigten Staaten gegenüber der Einwanderung aller Völker der Welt zu öffnen. Wie nachfolgend gezeigt, unterstützen die historischen Aufzeichnungen die These, daß es beginnend im neunzehnten Jahrhundert ein Hauptziel des organisierten Judentums gewesen ist, die Vereinigten Staaten zu einer multikulturellen Gesellschaft zu machen.

Der endgültige jüdische Sieg in Sachen Einwanderung ist bemerkenswert, weil der Kampf in verschiedenen Arenen gegen eine potentiell sehr mächtige Anzahl von Gegnern geführt wurde.

Beginnend im späten neunzehnten Jahrhundert wurde die Führung der Restriktionisten von Ostküstenpatriziern wie Senator Henry Cabot Lodge gestellt. Jedoch lag die hauptsächliche politische Basis des Restriktionismus von 1910 bis 1952 (zusätzlich zu den relativ wirkungslosen Gewerkschaftsinteressen) bei den „gewöhnlichen Leuten des Südens und Westens“ (Higham 1984, S. 49) und ihren Vertretern im Kongreß. Grundsätzlich waren die Zusammenstöße zwischen Juden und Nichtjuden im Zeitraum zwischen 1900 und 1965 ein Konflikt zwischen den Juden und dieser geographisch zentrierten Gruppe. „Juden bildeten infolge ihrer intellektuellen Energie und wirtschaftlichen Ressourcen eine Vorhut der neuen Völker, die kein Gefühl für die Traditionen des ländlichen Amerika hatten” (Higham 1984, S. 168-169).

Obwohl sie oft besorgt waren, daß die jüdische Einwanderung die Flammen des Antisemitismus in Amerika anfachen könnte, führten die jüdischen Führer im Zeitraum von 1891 - 1924 einen langen und weitgehend erfolgreichen Verzögerungskampf gegen die Einwanderungsbeschränkungen, besonders weil sie die Möglichkeit von Juden zur Einwanderung beeinträchtigten. Diese Anstrengungen gingen trotz der Tatsache weiter, daß es bis 1905 „eine Polarität zwischen der jüdischen und der allgemeinen amerikanischen Meinung zur Einwanderung” gab (Neuringer 1971, S. 83). Insbesondere engagierten sich jüdische Gruppen, während andere religiöse Gruppen wie die Katholiken und Volksgruppen wie die Iren hinsichtlich ihrer Haltung zur Einwanderung geteilt und zwiespältig blieben und schlecht organisiert und ineffektiv waren bei der Beeinflussung der Einwanderungspolitik, und während die Gewerkschaften gegen die Einwanderung waren, um den Zustrom billiger Arbeitskräfte zu verringern, in einer intensiven und anhaltenden Anstrengung gegen Versuche zur Beschränkung der Einwanderung.

Wie von Cohen berichtet (1972, S. 40ff), verkörpern die Anstrengungen des AJCommittee in seiner Opposition gegen Einwanderungsbeschränkungen im frühen zwanzigsten Jahrhundert ein bemerkenswertes Beispiel für die Fähigkeit jüdischer Organisationen, die öffentlichen Politik zu beeinflussen. Von all den Gruppen, die vom Einwanderungsgesetz von 1907 betroffen waren, hatten die Juden hinsichtlich der Zahl möglicher Einwanderer am wenigsten zu gewinnen, aber sie spielten bei weitem die größte Rolle bei der Gestaltung der Gesetzgebung (Cohen 1972, S. 41). In der nachfolgenden Periode, die zum relativ unwirksamen restriktionistischen Gesetz von 1917 führte, als die Restriktionisten wieder einen Versuch im Kongreß starteten, „war nur das jüdische Segment aufgebracht“ (Cohen 1972, S. 49).
Dennoch wurden wegen der Furcht vor Antisemitismus Bemühungen unternommen, die Wahrnehmung der jüdischen Beteiligung an anti-restriktionistischen Kampagnen zu verhindern. 1906 wurden die jüdischen politischen Funktionäre angewiesen, beim Kongreß Lobbyarbeit zu betreiben, ohne ihre Verbindung zum AJCommittee zu erwähnen, wegen „der Gefahr, daß die Juden beschuldigt würden, zu einem politischen Zweck organisiert zu sein” (Kommentare von Herbert Friedenwald, Sekretär des AJCommittee; in Goldstein 1990, S. 125). Beginnend im späten neunzehnten Jahrhundert wurden die von Juden entwickelten anti-restriktionistischen Argumente typischerweise in Begriffen universalistischer humanitärer Ideale formuliert, und als Teil dieser Bemühungen um Universalisierung wurden Nichtjuden aus alten protestantischen Familien rekrutiert, um als Schaufensterpuppen für ihre Bemühungen zu fungieren, und jüdische Gruppen wie das AJCommittee finanzierte Gruppen von Einwanderungsbefürwortern, die aus Nichtjuden bestanden (Neuringer 1971, S. 92**).**

Wie es bei späteren Anstrengungen pro Einwanderung der Fall war, bestand ein Großteil der Aktivitäten aus persönlichen Interventionen hinter den Kulissen, um die öffentliche

Wahrnehmung der jüdischen Rolle und die Provokation von Aktivitäten der Gegenseite zu minimieren. Gegnerische Politiker wie Henry Cabot Lodge und Organisationen wie die Immigration Restriction League wurden unter genauer Beobachtung gehalten und von Lobbyisten unter Druck gesetzt. Lobbyisten in Washington führten auch tägliche Listen von Wählertendenzen, während die Gesetzesvorlage zur Einwanderung ihren Weg durch den Kongreß ging, und unternahmen intensive und erfolgreiche Anstrengungen, die Präsidenten Taft und Wilson davon zu überzeugen, ihr Veto gegen restriktive Einwanderungsgesetze einzulegen. Katholische Prälaten wurden rekrutiert, um gegen die Auswirkungen restriktionistischer Gesetze auf Einwanderer aus Italien und Ungarn zu protestieren. Als restriktionistische Argumente in den Medien erschienen, verfaßte das AJCommittee ausgefeilte Erwiderungen, beruhend auf gelehrten Daten und typischerweise in universalistischen Begriffen über den Nutzen für die gesamte Gesellschaft formuliert (z. B. Neuringer 1971, S. 44). Artikel zugunsten der Einwanderung wurden in nationalen Magazinen veröffentlicht, und Leserbriefe wurden in Zeitungen abgedruckt. Und es wurden Bemühungen unternommen, die negative Wahrnehmung der Einwanderung zu minimieren, indem man versuchte, die jüdischen Einwanderer über das Land zu verteilen und indem man jüdische Ausländer von der öffentlichen Unterstützung wegholte. Rechtsverfahren wurden eingeleitet, um die Deportation jüdischer Ausländer zu verhindern. Und schließlich organisierte das AJCommittee Massenprotestversammlungen.

In der Tat hatte der Soziologe Edward A. Ross in seiner Schrift von 1914 ein klares Gefühl, daß liberale Einwanderungspolitik ausschließlich ein jüdisches Anliegen war. Ross liefert das folgende Zitat des prominenten Autors und zionistischen Pionieres Israel Zangwill, das klar die Idee artikuliert, daß Amerika ein idealer Ort für die Verwirklichung jüdischer Interessen ist:

„Amerika hat reichlich Platz für all die sechs Millionen aus der Umgrenzung [engl. „the Pale“, d. h. dem umgrenzten Siedlungsbereich, der Heimat der meisten Juden Rußlands]; jeder seiner fünfzig Bundesstaaten könnte sie aufnehmen. Und abgesehen davon, in einem eigenen Land zu leben, könnte es kein besseres Los für sie geben als zusammen in einem Land bürgerlicher und religiöser Freiheit zu sein, von dessen Verfassung das Christentum kein Bestandteil ist und wo ihnen ihre kollektiven Wählerstimmen praktisch eine Garantie gegen zukünftige Verfolgung geben würden“ (Israel Zangwill, in Ross 1914, S. 144).
Juden haben daher ein mächtiges Interesse an der Einwanderungspolitik:

„Von daher also die Anstrengungen der Juden, die Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten zu kontrollieren. Obwohl sie nur ein Siebtel unserer Nettoeinwanderung ausmachen, führten sie den Kampf gegen die Gesetzesvorlage zur Einwanderung. Die Macht der Million Juden in der Metropole reihte die Kongreßdelegation aus New York in solider Oposition gegen den Alphabetisierungstest. Die systematische Kampagne in Zeitungen und Magazinen zur Zerlegung aller Argumente für Restriktion und zur Beruhigung nativistischer Befürchtungen wird von und für eine Rasse geführt. Hebräisches Geld steckt hinter der National Liberal Immigration League und ihren zahlreichen Publikationen. Vom Papier, das der kommerziellen Körperschaft oder wissenschaftlichen Vereinigung vorgelegt wird, bis zu der schweren Abhandlung, die mit der Hilfe des Baron de Hirsch Fund produziert wurde, geht die Literatur, die die Segnungen der Einwanderung für alle Klassen in Amerika beweist, von raffinierten hebräischen Gehirnen aus“ (Ross 1914, S. 144-145).

Ross (1914, S. 150) berichtete auch, daß den Einwanderungsbeamten „der unaufhörliche Beschuß falscher Anschuldigungen sehr zugesetzt hatte, dem sie seitens der jüdischen Presse und

Gesellschaften ausgesetzt waren. US-Senatoren beklagen sich, daß sie gegen Schluß des Kampfes um das Einwanderungsgesetz von Hebräern, die den Alphabetisierungstest bekämpften, mit einer Sturzflut krummer Statistiken und Fehlinterpretationen überschwemmt wurden.“ Es ist auch bemerkenswert, daß Zangwills Ansichten über die Einwanderung für die Restriktionisten in den Debatten über das Einwanderungsgesetz von 1924 höchst hervorstechend waren (siehe unten). In einer Ansprache, die in „*The American Hebrew*“ (19. Okt.1923, S. 582) abgedruckt wurde, bemerkte Zangwill: „Es gibt nur einen Weg zum Weltfrieden, und das ist die absolute Abschaffung von Reisepässen, Visa, Grenzen, Zollgebäuden und all der anderen Einrichtungen, die die Bevölkerung unseres Planeten nicht zu einer kooperierenden Zivilisation machen, sondern zu einer Gesellschaft der gegeneitigen Irritierung “

Es ist bemerkenswert, daß jüdische Aktivisten trotz sorgfältiger und irreführender Versuche, die Pro-Einwanderungs-Bewegung als auf breiter Basis beruhend darzustellen, sehr wohl über die mangelnde Begeisterung anderer Gruppen Bescheid wußten. Während des Kampfes um die restriktionistischen Gesetze am Ende der Regierung Taft schrieb Herbert Friedenwald, Sekretär des AJCommittee, daß es „sehr schwierig war, irgendwelche Leute außer den Juden in diesem Kampf anzuspornen“ (in Goldstein 1990, S. 203). Das AJCommittee trug auch stark dazu bei, in amerikanischen Großstädten antirestriktionistische Versammlungen zu inszenieren, ließen aber andere ethnische Gruppen sich das Verdienst für die Veranstaltungen zuschreiben, und es organisierte Gruppen von Nichtjuden aus dem Westen, um Präsident Taft zum Veto gegen restriktionistische Gesetze zu beeinflussen (Goldstein 1990, S. 216, 227). Später, während der Regierung Wilson, sagte Louis Marshall: „Wir sind praktisch die einzigen, die [gegen den Alphabetisierungstest] kämpfen, während ein großer Teil [des Volkes] gleichgültig ist gegenüber dem, was getan wird“ (in Goldstein 1990, S. 249).

Die Kräfte der Einwanderungsbeschränkung waren vorübergehend erfolgreich mit den Einwanderungsgesetzen von 1921 und 1924, die trotz der intensiven Opposition jüdischer Gruppen beschlossen wurden. Divine (1957, S. 8) merkt an, daß „1921 nur die Sprecher der südosteuropäischen Einwanderer, hauptsächlich jüdische Führer, dagegenstanden [gegen die restriktionistischen Kräfte], deren Proteste im allgemeinen Ruf nach Restriktion untergingen.“ Ähnlich wärend der Kongreßanhörungen von 1924 über die Einwanderung: „die prominenteste Gruppe von Zeugen gegen den Gesetzesentwurf waren Vertreter südosteuropäischer Einwanderer, besonders jüdische Führer“ (Divine 1957, S. 16).

Neuringer (1971, S. 164) merkt an, daß die jüdische Opposition gegen die Gesetze von 1921 und 1924 weniger von einem Wunsch nach einem höheren Niveau jüdischer Einwanderung motiviert wurde als vielmehr von einer Opposition gegen die darin eingeschlossene Theorie, daß Amerika von Individuen mit nord- oder westeuropäischen Vorfahren dominiert werden sollte. Das jüdische Interesse bestand daher darin, gegen die ethnischen Interessen der Völker Nordwesteuropas zur Aufrechterhaltung eines ethnischen Status quo oder der Steigerung ihres Anteils an der Bevölkerung zu opponieren. Jedoch waren jüdische Organisationen selbst davor rigoros gegen jede Einwanderungsbeschränkung, die auf Rasse oder Volkszugehörigkeit beruhte, was darauf hinweist, daß sie eine sehr andere Ansicht über die ideale rassisch-ethnische Zusammensetzung der Vereinigten Staaten hatten, als die nichtjüdischen europäischstämmigen Völker.

Daher war die jüdische Presse 1882 einstimmig in ihrer Verurteilung des Chinese Exclusion Act [Gesetz zum Ausschluß von Chinesen] (Neuringer 1971, S. 23) obwohl dieses Gesetz keinen direkten Einfluß auf die jüdische Einwanderung hatte. Im frühen zwanzigsten Jahrhundert bekämpfte das AJCommittee zeitweise aktiv jede Gesetzesvorlage, die die Einwanderung auf Weiße oder Nichtasiaten beschränkte, und enthielt sich nur dann der aktiven Opposition, wenn es zum Schluß kam, daß eine Unterstützung durch das AJCommittee die Einwanderung von Juden bedrohen würde (Cohen 1972, S. 47; Goldstein 1990, S. 250). 1920 erließ die Zentralkonferenz der amerikanischen Rabbis eine Resolution, die darauf drängte, daß „die Nation ... die Tore unserer geliebten Republik offenhalten möge ... für die Unterdrückten und Notleidenden der ganzen Menschheit in Übereinstimmung mit ihrer historischen Rolle als Zuflucht für alle Männer und Frauen, die ihren Gesetzen Treue geloben“ (in *The American Hebrew*, 1. Okt., 1920, S. 594).

„*The American Hebrew*“ (17. Feb. 1922; S. 373), eine 1867 gegründete Publikation, die das deutsch-jüdische Establishment dieser Zeit repräsentierte, wiederholte fortwährend ihre seit langem bestehende Politik, daß sie „immer für die Aufnahme würdiger Einwanderer aller Klassen ungeachtet der Nationalität” eingestanden sei. Und in seiner Aussage vor den Anhörungen von 1924 vor dem House Committee über Einwanderung und Einbürgerung behauptete Louis Marshall vom AJCommitee, daß die Gesetzesvorlage die Stimmung des Ku Klux Klan wiedergebe, und charakterisierte sie als von den rassistischen Theorien des Houston Stewart Chamberlain inspiriert. Zu einer Zeit, als die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bei über 100.000.000 lag, behauptete Marshall, daß wir “in diesem Land Platz haben für das Zehnfache der Bevölkerung, die wir jetzt haben” (S. 309) und befürwortete die Aufnahme aller Völker der Welt ohne Quotenlimit, mit Ausnahme nur derjenigen, die „geistig, moralisch und physisch ungeeignet sind, die Feinde der organisierten Regierung sind und die geeignet sind, der Öffentlichkeit zur Last zu fallen,“[8] ähnlich wie Rabbi Stephen S. Wise, der den AJCongress und eine Anzahl anderer jüdischer Organisationen repräsentierte, das „Recht jedes Mannes außerhalb Amerikas, fair und gerecht und ohne Diskriminierung betrachtet zu werden“ behauptete.[9]

Indem es vorschrieb, daß die Einwanderung auf 3 % der im Ausland Geboreren nach dem Zensus von 1890 beschränkt werden solle, schrieb das Gesetz von 1924 einen ethnischen Status quo vor, der sich dem Zensus von 1920 annäherte. Der Mehrheitsbericht des Kongresses hob die Idee hervor, daß die Einwanderung vor diesem Gesetz stark zugunsten von Ost- und Südeuropäern tendierte und daß dieses Ungleichgewicht vom Gesetz von 1921 fortgesetzt worden war, in dem Quoten der im Ausland Geborenen auf dem Zensus von 1921 beruhten. Es war die ausdrückliche Absicht, daß die Interessen anderer Gruppen zur Verfolgung ihrer ethnischen Interessen durch Ausweitung ihres Anteils an der Bevölkerung gegen das Interesse der Mehrheit zur Beibehaltung ihrer ethnischen Repräsentation in der Bevölkerung abgewogen werden sollten.

Das Gesetz von 1921 vergab 46 % der Einwanderungsquote an Süd- und Osteuropa, obwohl nach dem Zensus von 1920 nur 11,7 % der US-Bevölkerung aus diesen Gebieten stammten. Das Gesetz von 1924 schrieb vor, daß diese Gebiete 15.3 % der Quotenplätze erhalten würden – eine Zahl, die in Wirklichkeit höher war als ihr gegenwärtiger Anteil an der Bevölkerung. „Die Heranziehung des Zensus von 1890 ist nicht diskriminierend. Sie erfolgt im Bestreben, den rassischen Status quo der Vereinigten Staaten so weit wie möglich zu bewahren. Man hofft, daß es die rassische Homogenität in den Vereinigten Staaten so gut garantieren kann, wie es zu diesem späten Zeitpunkt noch möglich ist. Die Verwendung eines späteren Zensus würde jene diskriminieren, die die Nation gegründet und ihre Institutionen weitergeführt haben.“ (House Rep. 350, 1924, S. 16). Nach drei Jahren wurden Quoten von einer Formel über nationale

Herkunft abgeleitet, die auf den Daten des 1920er Zensus für die gesamte Bevölkerung beruhten, nicht nur der im Ausland Geborenen. Während es keinen Zweifel gibt, daß dieses Gesetz einen Sieg für die nordwesteuropäischen Völker darstellte, gab es keinen Versuch, die Trends in der ethnischen Zusammensetzung des Landes umzukehren, sondern vielmehr den ethnischen Status Quo zu erhalten.

Während es von einem Wunsch nach Bewahrung eines ethnischen Status Quo motiviert war, mag dieses Gesetz auch teilweise von Antisemitismus motiviert worden sein, nachdem in dieser Zeit die Opposition gegen Einwanderungsbeschränkung als hauptsächlich jüdisches Anliegen wahrgenommen wurde (siehe oben). Dies scheint gewiß die Wahrnehmung jüdischer Beobachter gewesen zu sein: zum Beispiel des prominenten jüdischen Schriftstellers Maurice Samuel (1924), der unmitelbar nach der Gesetzgebung von 1924 schrieb, daß „es hauptsächlich gegen die Juden geht, daß hier in Amerika Anti-Einwanderungsgesetze wie in England oder Deutschland erlassen werden“ (S. 217), und solche Wahrnehmungen setzen sich unter den Historikern dieser Zeit fort (z. B. Hertzberg 1989, S. 239).

Diese Wahrnehmung war nicht auf Juden beschränkt. In Äußerungen vor dem Senat merkte der antirestriktionistische Senator Reed aus Missouri an, daß „Angriffe gleichermaßen gegen Juden geführt wurden, die an unsere Gestade geströmt sind. Der Geist der Intoleranz ist ihnen gegenüber besonders aktiv gewesen” (*Cong. Rec.* 19. Feb. 1921; S. 3463), und während des Zweiten Weltkrieges behauptete Kriegsminister Robert Stimson, daß es die Opposition gegen unbeschränkte Zuwanderung von Juden gewesen sei, die zum restriktiven Gesetz von 1924 geführt hätte (Breitman & Kraut, 1987, S. 87). Weiters stellte der House Immigration Committee Majority Report (*House Report #109*, 6. Dez. 1920) fest, daß „bei weitem der größte Prozentsatz von Einwanderern Menschen jüdischer Abstammung (sind)” (S. 4), und er unterstellt, daß die Mehrheit der erwarteten neuen Einwanderer polnische Juden sein würden. Der Bericht bestätigte die veröffentlichte Aussage eines Komissars der Hebrew Sheltering and Aid Society of America nach seiner persönlichen Ermittlung in Polen, daß „wenn es ein Schiff gäbe, das 3.000.000 menschliche Wesen aufnehmen könnte, die 3.000.000 Juden von Polen es besteigen würden, um nach Amerika zu fliehen" (S. 6).

Der Majority Report beinhaltete auch einen Bericht von Wilbur S. Carr, dem Leiter des United States Consular Service, demzufolge die polnischen Juden „abnormal verdreht waren wegen (a) der Reaktion auf die Anspannungen des Krieges; (b) dem Schock der revolutionären Unruhen; (c) der Abgestumpftheit und Verdummung infolge zwei Jahren der Unterdrückung und Mißhandlung... ; Fünfundachtzig bis neunzig Prozent fehlt jede Vorstellung patriotischen oder nationalen Geistes. Und die Mehrheit dieses Prozentsatzes ist unfähig, ihn zu erwerben” (S. 9; siehe auch Breitman und Kraut [1987, S. 12] bezüglich einer Diskussion von Carrs Antisemitismus). Konsularberichte warnten davor, daß „es viele bolschewistische Sympathisanten in Polen gibt” (S. 11). In ähnlicher Weise zitierte Senator McKellar im Senat den Bericht, daß 3.000.000 Polen auswandern würden, wenn es ein ausreichend großes Schiff gäbe. Er sagte auch, daß „das Joint Distribution Committee, ein amerikanisches Komitee, das Hilfsdienste unter den Hebräern in Polen leistet, monatlich mehr als eine Million Dollar amerikanischen Geldes allein in diesem Land verteilt. Es zeigt sich auch, daß hundert Millionen Dollar pro Jahr eine konservative Schätzung des Geldes ist, das per Post, über die Banken und durch die Hilfsorganisationen von Amerika nach Polen geschickt wird. Dieser goldene Strom, der von Amerika nach Polen fließt, macht praktisch jeden Polen wild danach, in das Land zu gehen, aus dem solch wunderbarer Reichtum kommt” (*Cong. Rec.*, 19. Feb. 1921, S. 3456).

Als weiterer Hinweis auf das Hervorstechen der polnisch-jüdischen Einwanderungsangelegenheit widmet der 1921 vom Außenministerium an Albert Johnson, den Vorsitzenden des Komitees über Einwanderung und Einbürgerung übermittelte Brief über Ausländervisa mehr als viermal soviel Raum der Situation in Polen als jedem anderen Land. Der Bericht hob die Aktivitäten der polnisch-jüdischen Zeitung „*Der Emigrant*" bei der Förderung der Auswanderung polnischer Juden in die Vereinigten Staaten hervor sowie die Aktivitäten der Hebrew Sheltering and Immigrant Society und wohlhabender Privatleute aus den Vereinigten Staaten bei der Ermöglichung der Einwanderung mittels Geld und Erledigung von Papierkram. (Es gab in der Tat ein großes Netzwerk von Agenten in Osteuropa, die unter Verletzung von US-Gesetzen „ihr Bestes taten, um das Geschäft durch Anlockung so vieler Auswanderer wie möglich anzukurbeln" [Nadell 1984, S. 56].) Der Bereicht hielt auch die schlechte Verfassung dieser zukünftigen Einwanderer fest. „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es nur zu offensichtlich, daß sie subnormal sein müssen, und ihr normaler Zustand ist von sehr niedrigem Standard. Sechs Jahre Krieg und Wirren und Hungersnot und Pestilenz haben ihre Körper gepeinigt und ihre Mentalität verdreht. Die Älteren sind in einem beträchtlichen Ausmaß verfallen. Minderjährige sind unter Verlust dieser ganzen Zeitperiode ihrer gebührenden Entwicklung erwachsen geworden, und zu häufig unter Aneignung pervertierter Ideen, die Europa seit 1914 überschwemmt haben [vermutlich eine Bezugnahme auf radikale politische Ideen, die in dieser Gruppe üblich waren, siehe unten]" (*Cong. Rec*., 20. April 1921, S. 498).

Der Bericht stellte auch fest, daß Artikel in der Warschauer Presse berichtet hätten, daß „Propaganda zugunsten unbeschränkter Einwanderung" geplant sei, einschließlich Feierlichkeiten in New York, die darauf abzielen, die Beiträge der Einwanderer zur Entwicklung der Vereinigten Staaten zu zeigen. Die Berichte für Belgien (dessen Auswanderer aus Polen und der Tschechoslowakei stammten) und Rumänien hoben ebenfalls die Bedeutung von Juden als zukünftige Einwanderer hervor. In einer Erwiderung darauf behauptete der Kongreßabgeordnete Isaac Siegel, daß der Bericht „von gewissen Offiziellen bearbeitet und ausgebessert" worden sei und merkte an, daß der Bericht keine Länder mit größeren Einwandererzahlen als Polen erwähnte. (Zum Beispiel gab es in dem Bericht keine Erwähnung Italiens) Ohne es ausdrücklich zu sagen („Ich überlasse es jedem Mann im Repräsentantenhaus, daraus seine eigenen Schlüsse und Folgerungen zu ziehen" [*Cong. Rec*., 20. April 1921, S. 504]), wurde damit unterstellt, daß der Fokus auf Polen durch Antisemitismus bewirkt worden sei.

Der Mehrheitsbericht des Repräsentantenhauses (unterzeichnet von 15 seiner 17 Mitglieder, wobei nur die Abgeordneten Dickstein und Sabath nicht unterschrieben) betont auch die jüdische Rolle bei der Definierung des intellektuellen Kampfes in Begriffen der nordischen Überlegenheit und „amerikanischer Ideale" anstatt in Begriffen eines ethnischen Status quo, der in Wirklichkeit vom Komitee bevorzugt wurde:

Der Aufschrei wegen Diskriminierung ist, wie das Komitee glaubt, fabriziert und von speziellen Vertretern rassischer Gruppen aufgebaut, unterstützt von Fremden, die in Wirklichkeit im Ausland leben. Mitglieder des Komitees haben einen Bericht in der „*Jewish Tribune*" (New York) vom 8. Februar 1924 über ein Abschiedsessen für Mr. Israel Zangwill bemerkt, in dem es heißt:
„Mr. Zangwill sprach hauptsächlich über die Einwanderungsfrage und erklärte, daß es keine Einschränkungen geben würde, wenn die Juden auf einer energischen Opposition gegen beschränkte Einwanderung beharrten. ‚Wenn ihr genug Wirbel gegen diesen nordischen Unsinn macht', sagte er, ‚werdet ihr dieses Gesetz zu Fall bringen. Ihr müßt gegen diese Gesetzesvorlage

kämpfen; sagt ihnen, daß sie amerikanische Ideale zerstören. Die meisten Befestigungen sind aus Karton, und wenn ihr dagegen drückt, geben sie nach.'"

Das Komitee hat nicht das Gefühl, daß die mit dieser Gesetzesvorlage beabsichtigten Beschränkungen gegen die Juden gerichtet sind, denn diese können innerhalb der Quoten aus jedem Land kommen, in dem sie geboren wurden. Das Komitee ist nicht auf der Erwünschtheit eines „nordischen" oder sonstigen bestimmten Einwanderertyps herumgeritten, sondern hat standhaft an der Absicht der Sicherung einer starken Beschränkung festgehalten, wobei die Quoten so aufgeteilt waren, daß die Länder, aus denen in den zwei Jahrzehnten vor dem Weltkrieg die meisten gekommen waren, eingebremst wurden, damit die Vereinigten Staaten ihr Bevölkerungsgleichgewicht wiederherstellen können. Die fortgesetzte Anschuldigung, daß das Komitee eine „nordische" Rasse aufgebaut und seine Anhörung diesem Zweck gewidmet hätte, ist Teil eines absichtlich fabrizierten Angriffes, denn tatsächlich hat das Komitee nichts dergleichen getan (*House Rep*. 350, 1924, S. 16).

In der Tat fällt einem beim Lesen der Kongreßdebatte von 1924 auf, wie selten das Thema der nordischen Rasseüberlegenheit von jenen aufgebracht wird, die für das Gesetz sind, während buchstäblich alle Antirestriktionisten dieses Thema aufgegriffen haben.[10] Nach einem besonders farbigen Kommentar gegen die Theorie der nordischen Rasseüberlegenheit merkte der Restriktionistenführer Albert Johnson an: „Ich möchte gern im Namen des Komitees sagen, daß dieses Komitee sich während der anstrengenden Zeit der Anhörungen vorgenommen hat, die nordische These oder Rassenangelegenheiten nicht zu diskutieren" (*Cong. Rec.*, 8. April 1924; S. 5911). Zuvor hatte Johnson während der Anhörungen zur Gesetzesvorlage als Antwort auf die Kommentare von Rabbi Stephen S. Wise, der den AJCongress repräsentierte, bemerkt: „Ich mag es nicht, ständig unter die Annahme eines Rassenvorurteils gestellt zu werden, wenn das eine, das ich seit elf Jahren versucht habe, die Befreiung meiner selbst von Rassenvorurteilen war, wenn ich überhaupt welche hatte."[11] Mehrere Restriktionisten wiesen ausdrücklich die Theorie der nordischen Rasseüberlegenheit zurück, einschließlich der Senatoren Bruce (S. 5955) und Jones (S. 6614) und der Kongreßabgeordneten Bacon (S. 5902), Byrnes (S. 5653), Johnson (S. 5648), McLoed (S. 5675-6), McReynolds (S. 5855), Michener (S. 5909), Miller (S. 5883), Newton (S. 6240); Rosenbloom (S. 5851), Vaile (S. 5922), Vincent (S. 6266), White, (S. 5898), und Wilson (S. 5671; alle Verweise auf *Cong. Rec*., April 1924).

Es ist bemerkenswert, daß es in der Kongreßdebatte Hinweise darauf gibt, daß Abgeordnete aus dem fernen Westen wegen der Kompetenz japanischer Einwanderer und der drohenden Konkurrenz durch sie besorgt waren, und ihre Rhetorik wies darauf hin, daß sie die Japaner als rassisch gleichwertig oder überlegen betrachteten, nicht als minderwertig. Zum Beispiel sagte Senator Jones, daß „wir zugeben, daß sie [die Japaner] so fähig sind wie wir, daß sie so fortschrittlich sind wie wir, daß sie so ehrlich sind wie wir, daß sie so klug sind wie wir, und daß sie uns in allem gleich sind, was eine große Nation und Volk ausmacht (*Cong. Rec.*, 18. April 1924, S. 6614); der Abgeordnete MacLafferty betonte die japanische Dominanz gewisser landwirtschaftlicher Märkte (*Cong. Rec*. 5. April 1924, S. 5681), und der Abgeordnete Lea erwähnte ihre Fähigkeit, „ihren amerikanischen Konkurrenten zu verdrängen" (*Cong. Rec*. 5. April 1924, S. 5697). Der Abgeordnete Miller beschrieb den Japaner als „einen unerbittlichen und unbesiegbaren Konkurrenten unseres Volkes, wo immer er sich hinbegibt" (*Cong. Rec*. 8. April 1924, S. 5884); siehe auch die Kommentare der Abgeordneten Gilbert (*Cong. Rec*. 12. April 1924, S. 6261) Raker (*Cong. Rec*. 8. April 1924, S. 5892} und Free (*Cong. Rec*. 8. April 1924, S. 5924ff).

Weiters waren, während das Thema der jüdisch-nichtjüdischen Ressourcenkonkurrenz während der Kongreßdebatten nicht zur Sprache kam, die Quoten für die Zulassung von Juden zu den Universitäten der Ivy League ein sehr herausragendes Thema für die Juden dieser Zeit. Das Quotenthema wurde in den jüdischen Medien stark publiziert, und der Fokus der Aktivitäten jüdischer Selbstverteidigungsorganisationen wie der ADL (siehe z. B. die Erklärung der ADL, die in „*The American Hebrew*“ vom 29. Sept. 1922, S. 536 veröffentlicht wurde). Einige Gesetzgeber mögen daher an die jüdisch-nichtjüdische Ressourcenkonkurrenz gedacht haben. In der Tat war Präsident A. Lawrence Lowell von Harvard der nationale Vizepräsident der Immigration Restriction League wie auch ein Befürworter von Quoten für die Aufnahme von Juden in Harvard (Symott 1986, 238), was nahe legt, daß die Ressourcenkonkurrenz mit einer intellektuell überlegenen jüdischen Gruppe zumindest für einige prominente Restriktionisten ein Thema war.

Es ist wahrscheinlich, daß anti-jüdische Animositäten im Zusammenhang mit Ressourcenkonkurrenz weit verbreitet waren. Higham schreibt vom „starken Druck, den die Juden als besonders ehrgeiziges Einwanderervolk auf einige der überfüllteren Sprossen der sozialen Leiter ausübten” (Higham 1984, 141). Ab dem neunzehnten Jahrhundert gab es in Patrizierkreisen ein ziemlich hohes Niveau verdeckten und offenen Antisemitismus’ infolge der sehr schnellen Aufwärtsmobilität von Juden und ihres Konkurrenzdrangs. Im Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg bestand die Reaktion der nichtjüdischen Machtstruktur in der Schaffung gesellschaftlicher Register und der Betonung der Genealogie als Ausschlußmechanismen; „Kriterien, die nicht allein durch Geld zu erfüllen waren” (Higham 1984, S. 104ff, 127). Während dieser Zeitperiode beschrieb Edward A. Ross (1914, 164) die Abneigung der Nichtjuden dagegen, „sich auf eine erniedrigende und würdelose Drängelei einlassen zu müssen, um ihr Gewerbe oder ihre Kunden gegen die jüdischen Invasoren zu behalten“, was auf eine ziemlich verbreitete Sorge wegen der wirtschaftlichen Konkurrenz durch Juden schließen läßt. Versuche zur Ausschließung aus einem breiteren Bereich von Gebieten wurden in den 1920ern gesteigert und erreichten ihren Höhepunkt während der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Großen Depression (Higham 1984, S. 131ff).

Die einzigen Kommentare, die ich jedoch in den Kongreßdebatten von 1924 über eine Besorgnis wegen jüdisch-nichtjüdischer Ressourcenkonkurrenz (wie auch über die Besorgnis, daß die Interessen jüdischer Intellektueller nicht dieselben sind wie die ihrer nichtjüdischen Entsprechungen) finden konnte, sind die folgenden des Abgeordneten Wefald:

„Ich für meinen Teil fürchte mich nicht vor den radikalen Ideen, die manche mitbringen könnten. Ideen kann man sowieso nicht draußenhalten, aber die Führerschaft unseres intellektuellen Lebens in vielen seiner Phasen ist in die Hände dieser schlauen Neuankömmlinge gelangt, die keine Sympathie für unsere alten amerikanischen Ideale oder jene Nordeuropas haben, die unsere Schwächen aufspüren und an sie appellieren und reich werden durch die Bärendienste, die sie uns erweisen.
Unser ganzes System des Amusements ist von Männern übernommen worden, die auf dem Wellenkamm der süd- und osteuropäischen Einwanderung hierherkamen. Sie produzieren unsere schrecklichen Filmgeschichten, sie komponieren unsere Jazzmusik und verabreichen sie uns, sie schreiben viele der Bücher, die wir lesen, und geben unsere Magazine und Zeitungen heraus.“ (*Cong. Rec*., 12. April 1924, S. 6272).

Die Einwanderungsdebatte erfolgte auch inmitten der Diskussion in den jüdischen Medien über Thorsten Veblens berühmten Essay „The Intellectual Pre-eminence of Jews in Modern Europe" („Die intellektuelle Vorrangstellung der Juden im modernen Europa", beginnend mit 10. September 1920 als Fortsetzungen in „*The American Hebrew*" erschienen). In einem Leitartikel vom 13. Juli 1923 (S. 177) erwähnte „*The American Hebrew*", daß Juden unter den Begabten in Louis Termans Studie über begabte Kinder überproportional vertreten waren, und bemerkte dazu: „Diese Tatsache muß die sogenannten Nordischen zu bitterem, wenngleich vergeblichem Nachdenken veranlassen." Der Leitartikel erwähnte auch, daß Juden unter den Stipendiengewinnern bei vom Staat New York gesponserten Wettbewerben überrepräsentiert waren. Er wies auch spitz darauf hin, daß „die Nordischen vielleicht zu stolz sind, um sich um diese Ehren zu bemühen. In jedem Fall ist die Liste der Gewinner dieser begehrten Stipendien, die gerade vom Bildungsministerium in Albany verlautbart wurde, nicht im mindesten nordisch, sie liest sich wie eine Konfirmationsliste eines Tempels." Es gibt in der Tat Hinweise, daß Juden, wie die Ostasiaten, einen höheren IQ haben als Kaukasier (Lynn, 1987; MacDonald, 1994; Rushton, 1995).

Das gebräuchlichste Argument, das von jenen vorgebracht wurde, die für das Gesetz waren, und das sich im Mehrheitsbericht widerspiegelt, ist das Argument, daß die Quoten im Interesse der Fairness gegenüber allen Volksgruppen die relative ethnische Zusammensetzung des ganzen Landes widerspiegeln sollten. Restriktionisten führten an, daß der Zensus von 1890 gewählt wurde, weil die Prozentanteile der im Ausland Geborenen verschiedener Volksgruppen in diesem Jahr anähernd der allgemeinen Zusammensetzung des Landes im Jahr 1920 entsprachen. Senator Reed aus Pennsylvania und Kongreßabgeordneter Rogers aus Massachusetts schlugen vor, dasselbe Ergebnis zu erzielen, indem man die Quoten direkt auf die nationale Herkunft aller Menschen im Land laut dem Zensus von 1920 stützte, und dies wurde schließlich in das Gesetz übernommen. Der Abgeordnete Rogers argumentierte: „Gentlemen, Sie können diesem Prinzip nicht widersprechen, weil es fair ist. Es diskriminiert nicht zugunsten von irgendjemandem, und es diskriminiert nicht gegen irgendjemanden" (*Cong. Rec*. 8. April 1924; S. 5847). Senator Reed bemerkte: „Die Absicht der meisten von uns, wie ich denke, bei der Änderung der Quotenbasis ist die Beendigung der Diskriminierung gegen die hier geborenen Einheimischen und gegen die Gruppe unserer Bürger, die aus Nord- und Westeuropa kamen. Ich denke, das gegenwärtige System diskriminiert zugunsten Südosteuropas (*Cong. Rec.*, 16. April 1924; S. 6457) (d. h.., weil 46 % der Quoten nach dem Gesetz von 1921 an Ost- und Südeuropäer gingen, als sie weniger als 12 % der Bevölkerung ausmachten).

Betrachten Sie die folgende Aussage des Abgeordneten William N. Vaile aus Colorado, einem der prominentesten Restriktionisten, als Beispiel zur Illustrierung des grundsätzlichen Arguments, das ein legitimes Interesse an der Beibehaltung des ethnischen Status quo geltend macht, ohne rassische Überlegenheit in Anspruch zu nehmen:

„Lassen Sie mich hier betonen, daß die Restriktionisten des Kongresses nicht behaupten, daß die nordische Rasse, oder auch nur die angelsächsische Rasse, die beste der Welt ist. Geben wir in aller Fairness zu, daß der Tscheche ein robusterer Arbeiter ist, mit einem sehr niedrigen Prozentsatz von Kriminalität und Geisteskrankheit, daß der Jude der beste Geschäftsmann der Welt ist, und daß der Italiener ein spirituelles Gespür und einen künstlerischen Sinn hat, was die Welt sehr bereichert hat und in der Tat uns bereichert hat, eine spirituelle Begeisterung und ein künstlerisch-kreatives Gespür, das die nordische Rasse selten erlangt. Die Nordischen brauchen nicht eitel zu sein wegen ihrer eigenen Qualifikationen. Es ziemt sich für sie, bescheiden zu sein.

Was wir jedoch in Anspruch nehmen, ist, daß die nordeuropäische und insbesondere die angelsächsische Rasse dieses Land geschaffen hat. Oh ja, die anderen haben dabei geholfen. Aber das ist schon alles. Sie kamen in dieses Land, weil es bereits als angesächsisches Gemeinwesen geschaffen war. Sie haben dazu beigetragen, sie haben es oft bereichert, aber sie haben es nicht geschaffen, und sie haben es nicht sehr verändert. Wir sind entschlossen, daß sie das nicht sollen. Es ist ein gutes Land. Es gefällt uns so. Und wir versichern, daß wir es an niemand anderen übergeben werden oder anderen Leuten ungeachtet ihrer Verdienste erlauben werden, es zu etwas anderem zu machen. Wenn daran irgendetwas zu verändern ist, dann werden wir das selber tun.“ (*Cong. Rec*. 8. April 1924; S. 5922).

Die Debatte im Repräsentantenhaus illustrierte auch die höchst hervorstechende Rolle jüdischer Gesetzgeber bei der Bekämpfung des Restriktionismus. Der Abgeordnete Robison hob den Abgeordneten Sabath als den Führer der antirestriktionistischen Bestrebungen heraus, und ohne irgendeinen anderen Restriktionsgegner zu erwähnen, fokussierte er sich auch auf die Abgeordneten Jacobstein, Celler und Perlman als diejenigen, die gegen jede Einschränkung der Einwanderung waren (*Cong. Rec.* 5. April 1924, S. 5666). Der Abgeordnete Blanton, der sich über die Schwierigkeit beklagte, restriktionistische Gesetze im Kongreß durchzubringen, bemerkte: „Wenn zumindest 65 Prozent der Stimmung in diesem Haus nach meinem Urteil dafür ist, fünf Jahre lang alle Ausländer auszuschließen, warum bringen wir das nicht in Gesetzesform? Hat Bruder Sabath solch einen enormen Einfluß auf uns, daß er uns in dieser Sache niederhält?“ (*Cong. Rec*. 5. April 1924, S. 5685). Der Abgeordnete Sabath erwiderte: „Da könnte etwas dran sein.” Zusätzlich weisen die folgenden Kommentare des Abeordneten Leavitt darauf hin, wie sehr die jüdischen Kongreßabgeordneten ihren Gegnern während der Debatte ins Auge fielen:

„Der Instinkt zur nationalen und rassischen Selbsterhaltung ist nichts, was man verdammen müßte, wie hier zur Einschüchterung versucht worden ist. Niemand sollte den Wunsch der Amerikaner, Amerika als amerikanisch zu bewahren, besser verstehen können als der Gentleman aus Illinois [Mr. Sabath], der den Angriff gegen diese Maßnahme anführt, oder die Gentlemen aus New York, Mr. Dickstein, Mr. Jacobstein, Mr. Celler, und Mr. Perlman. Sie sind von dem einen großen historischen Volk, das die Identität seiner Rasse durch die Jahrhunderte bewahrt hat, weil es aufrichtig daran glaubt, ein auserwähltes Volk zu sein, mit bestimmten Idealen, die erhalten werden sollen, und das weiß, daß der Verlust der rassischen Identität eine Veränderung der Ideale bedeutet. Diese Tatsache sollte es ihnen und der Mehrheit der aktivsten Gegner dieser Maßnahme in der Wortdebatte leicht machen, unseren Standpunkt anzuerkennen und nachzuempfinden, der nicht so extrem ist wie der ihrer eigenen Rasse, sondern nur verlangt, daß die Beimischung anderer Völker nach Art, Verhältnis und Menge nur so beschaffen sein soll, daß sie die rassischen Eigenschaften nicht schneller verändert, als es Assimilation der Ideen über Regierung als auch des Blutes geben kann.“ (*Cong. Rec.*, 12. April 1924; S. 6265-6266)

Die Ansicht, daß Juden eine starke Tendenz hatten, gegen eine genetische Assimilation mit umgebenden Gruppen zu sein, war auch bei anderen Beobachern vorhanden und war ein Bestandteil des zeitgenössischen Antisemitismus (siehe Singerman 1986, S. 110-111). Die jüdische Vermeidung von Exogamie hatte sicherlich eine Basis in der Realität (MacDonald 1994, Kap. 2-4). In der Tat ist es bemerkenswert, daß es sogar unter den liberaleren Segmenten des amerikanischen Judentums im frühen zwanzigsten Jahrhunderts eine starke Opposition gegen Mischehen gab, und gewiß unter den weniger liberalen Segmenten, die von der großen Mehrheit der orthodoxen Einwanderer aus Osteuropa repräsentiert wurden, die zur großen Mehrheit des amerikanischen Judentums geworden waren. Zum Beispiel war der prominente Reformführer des

neunzehnten Jahrhunderts David Einhorn ein lebenslanger Gegner gemischter Ehen und weigerte sich, bei solchen Zeremonien die Trauung vorzunehmen, selbst wenn man ihn dazu drängte (Meyer 1988, 247). Einhorn war auch ein überzeugter Gegner der Konversion von Nichtjuden zum Judentum, wegen der Auswirkungen auf die „rassische Reinheit“ des Judentums (Levenson 1989, 331). In ähnlicher Weise war der einflußreiche Reformintellektuelle Kaufman Kohler ebenfalls ein leidenschaftlicher Gegner gemischter Ehen. In einer Anschauung, die höchst kompatibel mit Horace Kallens Multikulturalismus ist, kam Kohler zum Schluß, daß Israel separat bleiben und Mischehen vermeiden muß, bis es die Menschheit in eine Ära des universalen Friedens und der Bruderschaft unter den Rassen führt (Kohler 1918, 445-446). Die negative Einstellung zur Mischehe wurde durch Umfrageergebnisse bestätigt. Eine Umfrage von 1912 zeigte, daß nur sieben von 100 Reform-Rabbis eine gemischte Trauung vollzogen hatten, und eine Resolution des Central Council of American Rabbis von 1909 verkündete, daß „gemischte Ehen der Tradition der jüdischen Religion widersprechen und das amerikanische Rabbinat davon abraten sollte" (Meyer 1988, 290). Nichtjüdische Wahrnehmungen der jüdischen Einstellungen zu Mischehen hatten daher eine starke Basis in der Realität.

Die Beteiligung jüdischer Einwanderer an radikaler Politik.

Die Kongreßdebatten von 1924 reflektierten einen stark aufgeladenen Kontext, in dem jüdische Einwanderer aus Osteuropa weitverbreitet so wahrgenommen wurden, daß sie nicht nur Mischehen vermieden, sondern auch eine separatistische Kultur beibehielten und unverhältnismäßig an radikalen politischen Bewegungen beteiligt waren. Die Wahrnehmung des Radikalismus unter jüdischen Einwanderern war in jüdischen und nichtjüdischen Publikationen verbreitet. „*The American Hebrew*“ schrieb in einem Leitartikel, daß „wir nicht vergessen dürfen, daß die Einwanderer aus Rußland und Österreich aus Ländern kommen, die vom Bolschewismus befallen sind, und es wird mehr als eine oberflächliche Bemühung erfordern, um gute Bürger aus ihnen zu machen” (in Neuringer 1971, S. 165). Die Tatsache, daß jüdische Einwanderer aus Osteuropa als „vom Bolschewismus befallen ... unpatriotisch, fremd, unassimilierbar” gesehen wurden, hatte in den 1920ern eine Welle des Antisemitismus zur Folge und trug zu den restriktiven Einwanderungsgesetzen jener Zeit bei (Neuringer 1971, S. 165). In Sorins Studie radikaler Aktivisten unter jüdischen Einwanderern (1985, 46) war mehr als die Hälfte vor ihrer Auswanderung in radikale Politik in Europa verwickelt, und bei denen, die nach 1900 einwanderten, stieg der Prozentsatz auf 69 %. Jüdische Publikationen warnten vor der Möglichkeit des Antisemitismus als Folge der linken Haltung jüdischer Einwanderer, und die offizielle jüdische Gemeinde engagierte sich in „einer nahezu verweifelten ... Anstrengung, den Juden als hundertprozentigen Amerikaner darzustellen”, indem sie z. B. an nationalen Feiertagen patriotische Umzüge organisierten und versuchten, die Einwanderer zum Englischlernen zu bringen (Neuringer, 1971, S. 167).

In ähnlicher Weise hatte die Einwanderung osteuropäischer Juden nach England ab 1880 eine umgestaltende Wirkung auf die politischen Einstellungen des britischen Judentums in Richtung Sozialismus, Gewerkschafterei und Zionismus, oft in Kombination mit religiöser Orthodoxie und Hingabe an einen höchst separatistischen, traditionellen Lebensstil (Alderman, 1983; S. 47ff). Die etablierteren jüdischen Organisationen hatten schwer zu tun, das wohlbegründete Image jüdischer Einwanderer als zionistische, religiös orthodoxe politische Radikale zu bekämpfen, die sich während des Ersten Weltkriegs weigerten, zu den Streitkräften eingezogen zu werden, um die Feinde der offiziell antisemitischen Zarenregierung zu bekämpfen (Alderman, 1992, S.

237ff).

Die jüdische Alte Linke, einschließlich der Gewerkschaften, der linken Presse und der linken Bruderschaftsorden (die oft mit einer Synagoge in Verbindung standen), war ein Teil der breiteren jüdischen Gemeinde, und jüdische Mitglieder hielten typischerweise an einer starken jüdisch-ethnischen Identität fest (Howe 1976; Liebman 1979; Buhle 1980). Dieses Phänomen kam im ganzen Spektrum linker Organisationen vor, einschließlich Organisationen wie die Kommunistische Partei oder die Sozialistische Partei, zu deren Mitgliedern auch Nichtjuden gehörten (Liebman, 1979, S. 267ff; Buhle 1980).

Werner Cohn (1958, S. 621) beschreibt das allgemeine Milieu der jüdischen Einwanderergemeinde im Zeitraum von 1886-1920 als „einen großen radikalen Debattierklub“:

„Um 1886 war die jüdische Gemeinde in New York mit ihrer Unterstützung für den Kandidaten der dritten Partei (United Labor) Henry George aufgefallen, des Theoretikers der Einzelsteuer. Von da an waren die jüdischen Bezirke in New York und anderswo berühmt für ihre radikalen Wahlgewohnheiten. Die Lower East Side suchte sich als ihren Kongreßabgeordneten wiederholt Meyer London aus, den einzigen New Yorker Sozialisten, der je in den Kongreß gewählt wurde. Und viele Sozialisten kamen aus jüdischen Bezirken in die State Assembly in Albany. In der Bürgermeisterwahlkampagne von 1917 wurde die Kandidatur des Sozialisten und Kriegsgegners Morris Hillquit von den maßgeblichsten Stimmen der jüdischen Lower East Side unterstützt: von den United Hebrew Trades, der International Ladies' Garment Workers' Union, und am wichtigsten, der sehr populären Zeitung ‚*Yiddish Daily Forward’*. Dies war die Zeit, in der extreme Radikale wie Alexander Berkman und Emma Goldman Giganten in der jüdischen Gemeinde waren und in der fast alle der jüdischen Giganten, darunter Abraham Cahan, Morris Hillquit und der junge Morris R. Cohen Radikale waren. Sogar Samuel Gompers hielt es für notwendig, radikale Phrasen zu benutzen, wenn er vor jüdischem Publikum sprach. Zusätzlich stand ‚*The Freiheit’*, die von den 1920ern bis in die 1950er ein inoffizielles Organ der kommunistischen Partei war, im Mittelpunkt der yiddischen proletarischen Subkultur und deren Institutionen ... die Identität, Sinn, Freundschaft und Verständnis boten“ (Liebman, 1979, S. 349-350). Die Zeitung verlor 1929 beträchtlich an Unterstützung in der jüdischen Gemeinde, als sie die Position der Kommunistischen Partei gegen den Zionismus übernahm, und um die 1950er herum hatte sie im wesentlichen die Wahl zwischen der Befriedigung ihrer jüdischen Seele und ihrem Status als kommunistisches Organ. Sie entschied sich für ersteres, in den späten 1960ern rechtfertigte sie die Nicht-Rückgabe der israelisch besetzten Territorien in Opposition zur Linie der American Communist Party.

Die Beziehung zwischen den Juden und der American Communist Party (CPUSA) ist besonders interessant, weil die Besorgnis über kommunistische Subversion unter der Regie der Sowjetunion ein besonderes Merkmal der Einwanderungsdebatten der 1920er war, und weil ein erheblicher Anteil der CPUSA-Mitglieder im Ausland geboren war.[12] Ab den 1920ern spielten Juden mit osteuropäischem Hintergrund eine sehr prominente und unverhältnismäßige Rolle in der CPUSA (Klehr, 1978, S. 37ff). Bloß die Prozentanteile jüdischer Führer zu zitieren, zeigt wahrscheinlich nicht angemessen das Ausmaß des jüdischen Einflusses in der CPUSA an, nachdem aktive Anstrengungen unternommen wurden, Nichtjuden als eine Art „Schaufensterdekoration“ zu rekrutieren, um das Ausmaß des jüdischen Einflusses in der Bewegung zu verbergen (Klehr, 1978, S. 40; Rothman & Lichter, 1982, S. 99).

Klehr (1978, S. 40) schätzt, daß von 1921 bis 1961 Juden 33,5 % der Mitglieder des Zentralkomitees stellten, und der Anteil der Juden lag oft über 40 % (Klehr, 1978, S. 46). In den 1920ern bestand die Mehrheit der Mitglieder der Sozialistischen Partei aus Einwanderern, und ein „überwältigender” (Glazer 1961, 38, 40) Prozentsatz der CPUSA bestand aus kürzlich Eingewanderten, von denen ein erheblicher Anteil Juden waren. Im Philadelphia der 1930er waren volle 72,2 % der CP-Mitglieder die Kinder jüdischer Einwanderer, die im späten neunzehnten Jahrhundert und im frühen zwanzigsten Jahrhundert in die Vereinigten Staaten gekommen waren (Lyons 1982, 71). Noch 1929 waren 90 % der Mitglieder der kommunistischen Partei in Philadelphia im Ausland geboren, und im Juni 1933 war die nationale Organization der CPUSA immer noch zu 70 % von ausländischer Geburt (Lyons 1982, 72-73). Juden waren die einzige im Land geborene Volksgruppe, aus der die Partei Mitglieder rekrutieren konnte. Glazer (1969; S. 129) stellt fest, daß bis in die 1950er die Hälfte der etwa 50.000 CPUSA-Mitglieder Juden waren und daß es eine sehr hohe Fluktuationsrate gab, sodaß vielleicht das Zehnfache dieser Zahl mit der Partei zu tun hatte, und daß es eine „gleiche oder größere Zahl gab, die Sozialisten der einen oder anderen Sorte waren.“ Buhle (1980, S. 89) schreibt über die 1920er, daß „von den meisten jener, die der Partei und der ‚Freiheit’ wohlgesonnen waren, nicht mehr als ein paar tausend aus einer hundertmal so großen Zahl beitraten.”

Es gab auch von den 1920ern an bis während der Zeit des Kalten Krieges eine große Sorge innerhalb der jüdischen Gemeinde, daß die Überrepräsentation der Juden in der CPUSA zu Antisemitismus führen würde: „Der Kampf gegen das Stereotyp vom kommunistischen Juden wurde unter jüdischen Führern und Meinungsmachern in ganz Amerika buchstäblich zu einer Besessenheit“ (Liebman 1979, S. 515), und in der Tat war die Assoziation von Juden mit der CPUSA ein Schwerpunkt der antisemitischen Literatur (z. B. Henry Fords „*International Jew*“ [1920], John Beatys „*The Iron Curtain Over America*“ [1951]). Als Folge davon unternahm das AJCommittee intensive Bemühungen, die Meinung innerhalb der jüdischen Gemeinde zu ändern, indem es zeigte, daß jüdische Interessen besser mit einer Befürwortung der amerikanischen Demokratie vereinbar waren als des Sowjetkommunismus (z. B. indem es den sowjetischen Antisemitismus und die sowjetische Unterstützung israelfeindlicher Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg hervorhob) (Cohen, 1972, S. 347ff).

Jüdische anti-restriktionistische Aktivitäten von 1924-1945.

Das Herausragen der jüdischen Verwicklung in die Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten setzte sich nach dem Gesetz von 1924 fort. Besonders verwerflich war für jüdische Gruppen das Quotensystem nach nationaler Herkunft. Zum Beispiel erklärte ein Autor für die „*Jewish Tribune*“ 1927: „wir ... betrachten alle Maßnahmen zur Regulierung der Einwanderung nach Nationalität als unlogisch, ungerecht und unamerikanisch“ (in Neuringer, 1971, S. 205). Der offenste Kritiker weiterer Einschränkungen der Einwanderung in den 1930ern (jetzt hauptsächlich durch die Große Depression motiviert) war der Abgeordnete Samuel Dickstein, und Dicksteins Vorsitzübernahme im House Immigration Committee 1931 markierte das Ende der Möglichkeit für Restriktionisten, weitere Verringerungen der Quoten zu erlassen (Divine, 1957, S. 79-88). Jüdische Gruppen waren die Hauptgegner der Einschränkungen und die hautptsächlichen Unterstützer liberalisierterer Bestimmungen während der 1930er, während ihre Gegner die wirtschaftlichen Konsequenzen der Einwanderung in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit betonten (Divine, 1957, S. 85-88). Zwischen 1933 und 1938 legte der Abgeordnete Dickstein eine Anzahl von Gesetzesentwürfen vor, die auf eine Steigerung der Zahl von Flüchtlingen aus

Nazideutschland abzielten und hauptsächlich von jüdischen Organisationen unterstützt wurden, aber die Restriktionisten setzten sich durch (Divine, 1957, S. 93).

Während der 1930er waren Besorgnisse über den Radikalismus und die Unassimilierbarkeit jüdischer Einwanderer wie auch die Möglichkeit einer Nazi-Subversion die Hauptfaktoren, die die Opposition gegen eine Änderung der Einwanderungsgesetze beeinflußten (Breitman & Kraut, 1987). Außerdem gab es in den Vereinigten Staaten der 1930er häufig Vorwürfe, daß die Juden in Amerika ihrem Stamm loyaler seien als ihrem Land (Breitman & Kraut, 1987, S. 87). Unter allen Parteien wurde klar wahrgenommen, daß die Öffentlichkeit gegen jede Änderung der Einwanderungspolitik war und daß die Öffentlichkeit besonders gegen jüdische Einwanderung war. Die Anhörungen von 1939 über das vorgeschlagene Gesetz zur Aufnahme von 20.000 deutschen Flüchtlingskindern spielten daher das jüdische Interesse an dem Gesetz herunter. Der Gesetzesentwurf bezog sich auf Menschen „von jeder Rasse und Glaubensrichtung, die unter Bedingungen leiden, die sie dazu zwingen, in anderen Ländern Zuflucht zu suchen.“[13] Der Gesetzesentwurf erwähnte nicht, daß Juden die Hauptnutznießer des Gesetzes wären, und dessen Fürsprecher betonten, daß nur annähernd 60 % der Kinder jüdisch sein würden. Die einzige Person, die sich zugunsten des Gesetzesentwurfs äußerte und sich als „Mitglied der jüdischen Rasse” indentifizierte, war „zu einem Viertel katholisch und zu drei Vierteln jüdisch“, mit protestantischen und katholischen Nichten und Neffen, und stammte aus dem Süden, der eine Bastion der Stimmung gegen Einwanderung war.[14]

Auf der anderen Seite drohten Gegner des Gesetzesentwurfs damit, den sehr großen Prozentsatz von Juden öffentlich zu machen, der bereits nach dem Quotensystem aufgenommen wurde, vermutlich ein Hinweis auf die mächtige Kraft eines „virulenten und überall vorhandenen“ Antisemitismus in der amerikanischen Öffentlichkeit (Breitman & Kraut, 1987, S. 80). Die Gegner merkten an, daß die nach dem Gesetzesvorschlag erlaubte Zuwanderung „zum Großteil von der jüdischen Rasse sein würde”, und ein Anhörungszeuge sagte aus: „es erübrigt sich zu sagen, daß das jüdische Volk von diesem Gesetz am meisten profitieren wird“ (in Divine, 1957, S. 100). Die Restriktionisten argumentierten in wirtschaftlichen Begriffen, z. B. indem sie häufig Präsident Roosevelts Äußerung in seier zweiten Inaugurationsrede zitierten: „ein Drittel einer Nation schlecht untergebracht, schlecht gekleidet, schlecht genährt” und indem sie große Zahlen bedürftiger Kinder anführten, die es bereits in den Verinigten Staaten gab. Die Hauptsorge der Restriktionisten war jedoch, daß der Gesetzesvorschlag ein weiterer in einer langen Reihe von Versuchen der Antirestriktionisten zur Entwicklung von Präzedenzfällen war, die schließlich das Gesetz von 1924 untergraben würden. Zum Beispiel betonte Francis Kinnecutt, Präsident der Allied Patriotic Societies, daß das Gesetz von 1924 auf der Idee der proportinalen Vertretung auf Basis der ethnischen Zusammensetzung des Landes beruht hatte. Das neue Gesetz wäre ein Präzedenzfall „für ähnliche unwissenschaftliche und eine Nation begüntigende Gesetzgebung als Reaktion auf den Druck von Gruppen fremder Nationalität oder Rasse, statt in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und Wünschen des amerikanischen Volkes.“[15]

Wilbur S. Carr und andere Amtsträger des Außenministeriums spielten eine wichtige Rolle bei der Minimierung der Einreise jüdischer Flüchtlinge aus Deutschland in den 1930ern. Der Staatssekretär des Außenministeriums William Phillips war ein leidenschaftlicher Antisemit mit beträchtlichem Einfluß auf die Einwanderungspolitik zwischen 1933-1936 (Breitman & Kraut, 1987, S. 36). Während des ganzen Zeitraums bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren Versuche zur Förderung jüdischer Einwanderung, selbst unter dem Wissen, daß die Nazis Juden verfolgten, weitgehend erfolglos aufgrund eines unnachgiebigen Kongresses und der Aktivitäten

von Bürokraten, besonders jener im Außenministerium. Die öffentliche Diskussion in Zeitschriften wie „*The Nation*“ (19. Nov. 1938) und „*The New Republic*“ (23. Nov. 1938) brachte Vorwürfe, daß der Restriktionismus von Antisemitismus motiviert sei, während die Gegner der Aufnahme großer Zahlen von Juden argumentierten, daß deren Aufnahme eine Zunahme des Antisemitismus zur Folge hätte. Henry Pratt Fairchild (1939, S. 344), der ein Restriktionist und gegenüber den Juden höchst kritisch war (siehe Fairchild, 1947), betonte die „mächtige Strömung der Ausländerfeindlichkeit und des Antisemitismus, die dicht unter der Oberfläche der amerikanischen öffentlichen Geisteshaltung verläuft, bereit, auf eine relativ geringfügige Provokation hin gewaltsam auszubrechen.“ Die öffentliche Meinung blieb standhaft gegen eine Erhöhung der Quoten für europäische Flüchtlinge: eine Umfrage von 1939 im Magazin „*Fortune*“ (April 1939)zeigte, daß 83 % auf die folgende Frage mit „Nein” antwortete: „Wenn Sie ein Kongreßabgeordneter wären, würden Sie dann über ein Gesetz zur Öffnung der Tür der Vereinigten Staaten gegenüber einer größeren Zahl europäischer Flüchtlinge, als jetzt nach unseren Einwanderungsquoten aufgenommen werden, mit Ja oder Nein stimmen?“ Weniger als 9 % antworteten mit „Ja”, und der Rest hatte keine Meinung.

Jüdische anti-restriktionistische Aktivitäten von 1946-1952.

Obwohl die jüdischen Interessen durch das Gesetz von 1924 eine Niederlage erlitten, „wurmte der diskriminierende Charakter des Reed-Johnson-Gesetzes weiterhin alle Sektoren des amerikanisch-jüdischen Meinungsspektrums“ (Neuringer, 1971, 196). Während dieses Zeitraums wiederholte ein Artikel von Will Maslow (1950) in „*Congress Weekly*“ den Glauben, daß die restriktiven Einwanderungsgesetze absichtlich auf Juden abzielten: „Nur eine Art von Gesetzen, Einwanderungsgesetze, die sich auf Fremde außerhalb des Landes beziehen, unterliegt nicht den verfassungsmäßigen Garantien, und selbst hier mußte die Feindseligkeit gegen die jüdische Einwanderung mit einem raffinierten Quotensystem verkleidet werden, in dem die Berechtigung auf dem Geburtsort beruhte statt auf der Religion.“
Das jüdische Anliegen, das ethnische Gleichgewicht der Vereinigten Staaten zu ändern, ist in den Debatten über die Einwanderungsgesetze während der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg offenkundig. 1948 übergab das AJCommittee dem Senatsunterkomitee eine Erklärung, die gleichzeitig die Wichtigkeit der materiellen Interessen der Vereinigten Staaten bestritt wie auch ihre Verpflichtung zur Einwanderung aller Rassen bekräftigte:

„Amerikanismus soll nicht an Gesetzestreue gemessen werden, oder am Bildungseifer, oder am Alphabetisierungsgrad, oder irgendeiner dieser Eigenschaften, in denen Einwanderer vielleicht die Einheimischen übertreffen. Amerikanismus ist der Geist hinter dem Willkommen, das Amerika traditionellerweise den Menschen aller Rassen, Religionen und Nationalitäten entgegengebracht hat” (in Cohen 1972, S. 369).

1945 legte der Abgeordnete Emanuel Celler einen Gesetzesvorschlag zur Beendigung der Ausschließung von Chinesen vor, der symbolische Quoten für Chinesen vorsah, und 1948 verurteilte das AJCommittee die Rassenquoten für Asiaten (Divine, 1957, S. 155). Andererseits hegten jüdische Gruppen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine Gleichgültigkeit oder sogar Feindseligkeit gegenüber der Einwanderung von Nichtjuden aus Europa (einschließlich Südeuropa) (Neuringer, 1971, S. 356, 367-369, 383). Daher sagten die jüdischen Sprecher während der ersten Anhörungen überhaupt nicht aus, in denen es um Notgesetze ging, die die Einwanderung einer begrenzten Zahl von Deutschen, Italienern, Griechen und Holländern, von Flüchtlingen vor dem Kommunismus und einer kleinen Zahl von Polen, Orientalen und Arabern

erlaubten. Als jüdische Sprecher schließlich aussagten (teils deswegen, weil eine kleine Zahl der Kommunismusflüchtlinge Juden waren), nutzten sie die Gelegenheit, sich wieder einmal auf ihre Verdammung der Bestimmungen über nationale Herkunft nach dem Gesetz von 1924 zu konzentrieren.

Die jüdische Beteiligung an der Gegnerschaft zu den Restriktionen in dieser Zeitperiode war teilweise motiviert von Versuchen, Präzedenzfälle zu etablieren, durch die das Quotensystem umgangen würde, und teilweise von Versuchen, die Einwanderung von Juden aus Osteuropa zu steigern. Das Citizen's Committee on Displaced Persons, das Gesetze zur Aufnahme von 400.000 Flüchtlingen als Einwanderer außerhalb der Quoten über einen Zeitraum von vier Jahren befürwortete, wurde hauptsächlich vom AJCommittee und anderen jüdischen Spendern finanziert (siehe *Cong. Rec*., 15. Oktober 1949, S. 14647-14654; Neuringer 1971, S. ii) und beschäftigte einen Stab von 65 Leuten. Zeugen, die gegen den Gesetzesentwurf aussagten, beschwerten sich, daß dieser ein Versuch sei, das ethnische Gleichgewicht der Vereinigten Staaten zu unterwandern, das durch das Gesetz von 1924 geschaffen worden war (Divine 1957, S. 117). In weiterer Folge stellte der Gesetzesentwurf, wie er aus dem Subkomitee kam, jüdische Interessen nicht zufrieden,weil er ein Stichdatum vorsah, das Juden ausschloß, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus Europa ausgewandert waren, einschließlich Juden, die vor dem polnischen Antisemitismus geflohen waren. Das Subkomitee des Senats „betrachtete die Übersiedlung von Juden und anderen Flüchtlingen aus Osteuropa nach 1945 als außerhalb des Hauptproblembereichs fallend und unterstellte, daß dieser Exodus eine geplante Migration sei, die von jüdischen Organen in den Vereinigten Staaten und Europa organisiert wurde“ (*Senate Report* No. 950 [1948], S. 15-16).

Jüdische Vertreter führten den Angriff gegen die Gesetzesvorlage (Divine 1957, S. 127), von der der Abgeordnete Emanuel Celler sagte, sie sei „schlimmer als gar kein Gesetz. Alles, was es tut, ist … Juden auszuschließen” (in Neuringer, 1971, S. 298; siehe auch Divine, 1957, S. 127). Als er die Gesetzesvorlage widerstrebend unterzeichnete, bemerkte Präsident Truman, daß das Stichdatum 1945 „in kaltschnäuziger Weise Vertriebene von jüdischem Glauben diskriminiert“ (*Interpreter Releases*, 25 [July 21, 1948], S. 252-254). Andererseits stellte Senator Chapman Revercomb fest: „Es ist keine Unterscheidung, bestimmt keine Diskriminierung irgendwelcher Personen aufgrund ihrer Religion oder Rasse beabsichtigt, aber es werden Unterscheidungen getroffen unter jenen Personen, die in der Tat Vertriebene sind und die am längsten in Lagern gewesen sind und Vorrang genießen“ (*Cong. Rec*. 26. Mai 1948, S. 6793). In seiner Analyse schlußfolgert Divine (1957, S. 143) daß das ausdrückliche Motiv der Restriktionisten, die Beschränkung des Programms auf jene Personen, die im Verlauf des Krieges vertrieben wurden, eine berechtigte Erklärung für diese Bestimmungen zu sein scheint. Die Tendenz jüdischer Gruppen, die Ausschließung so vieler ihrer Glaubensgenossen antisemitscher Voreingenommenheit zuzuschreiben, ist verständlich; jedoch führen einen die extremen Diskriminierungsvorwürfe während der Präsidentschaftskampagne von 1948 zu dem Verdacht, daß der nördliche Flügel der Demokratischen Partei dieses Thema benutzte, um die Stimmen von Mitgliedern aus Minderheitengruppen anzuziehen. Sicherlich weist Trumans angesichts der Zurückweisung von Katholiken getroffene Behauptung, daß das Gesetz von 1948 antikatholisch sei, darauf hin, daß die politische Zweckmäßigkeit eine Menge mit der Betonung des Diskriminierungsthemas zu tun hatte.

Im Nachspiel zu dieser Gesetzesvorlage veröffentlichte das Citizens Committee on Displaced Persons einen Bericht, der das Gesetz als „von Haß und Rassismus charakterisiert” etikettierte,

und jüdische Organisationen verurteilten einstimmig das Gesetz (Divine, 1957, S. 131). Nach den Wahlen von 1948, die einen demokratischen Kongreß und einen mit ihm sympathisierenden Präsidenten Truman zur Folge hatten, legte der Abgeordnete Celler einen Gesetzesentwurf ohne das Stichdatum 1945 vor, aber nachdem der Entwurf vom Kongreß verabschiedet worden war, scheiterte er im Senat aufgrund der Opposition von Senator Pat McCarran. Während der Anhörungen bemerkte McCarran, daß das Citizens Committee über $ 800.000 für das Lobbying zugunsten eines liberalisierten Gesetzesentwurfs ausgegeben hatte, mit dem Ergebnis, „daß über die Länge und Breite dieser Nation eine Kampagne aus Fehlinterpretationen und Falschheiten verbreitet worden ist, die viele auf das Gemeinwohl bedachte und wohlmeinende Bürger und Organisationen irregeführt hat" (*Cong. Rec*., April 26, 1949, S. 5042-5043). Nach der Niederlage erhöhte das Citizen's Committee die Ausgaben auf über $ 1.000.000 und hatte Erfolg beim Durchbringen eines Gesetzesentwurfs, der vom Abgeordneten Celler vorgelegt wurde und als Stichdatum 1949 vorsah, das Juden nicht diskriminierte, aber ethnische Deutsche weitgehend ausschloß, die aus Osteuropa vertrieben worden waren. In einer seltsamen Wendung der Debatte beschuldigten jetzt die Restriktionisten die Antirestriktionisten der ethnischen Voreingenommenheit (z. B. Senator Eastland, *Cong. Rec*. 5. April 1950, S. 2737; Senator McCarran, *Cong. Rec*. 5. April 1950, S. 4743).

Zu einer Zeit, als es keine Ausbrüche von Antisemitismus in anderen Teilen der Welt gab, die eine dringende Notwendigkeit für jüdische Einwanderung geschaffen hätten, und bei Vorhandensein von Israel als sichere Zuflucht für Juden, lehtnen jüdische Organisationen die Fortsetzung der Bestimmungen über die nationale Herkunft aus dem Gesetz von 1924 durch das McCarran-Walter-Gesetz von 1952 weiterhin energisch ab (Neuringer 1971, S. 337ff). Tatsächlich merkte der Distriktsberufungsrichter Simon H. Rifkind, als er sich im Namen eines weiten Spektrums jüdischer Organisationen gegen den McCarran-Walter-Entwurf äußerte, leidenschaftlich an, daß die jüdischen Ansichten über die Einwanderungsgesetze aufgrund der internationalen Situation und teilweise wegen der Existenz Israels als sichere Zuflucht für Juden „nicht auf der Bedrängnis unserer Glaubensgenossen beruhen, sondern auf der Auswirkung, die Einwanderungs- und Einbürgerungsgesetze auf Klima und Qualität des amerikanischen Lebens hier in den Vereinigten Staaten haben."[16] Die Argumente wurden jetzt typischerweise in Begriffen „demokratischer Prinzipien und der Sache der internationalen Freundschaft" formuliert (Cohen 1972, S. 368), wobei die stillschweigende Theorie die war, daß die Prinzipien der Demokratie ethnische Diversität erforderten, und daß der gute Wille anderer Länder von der amerikanischen Bereitschaft abhinge, deren Bürger als Einwanderer zu akzeptieren. Rifkind bemerkte, daß „der Beschluß [des McCarran-Walter-Entwurfs] die nationale Anstrengung schwer schädigen wird, die wir gerade unternehmen. Denn wir führen einen Krieg umdie Herzen und Gedanken der Menschen. Die freien Nationen der Welt schauen auf uns, um moralische und spirituelle Bestärkung zu erhalten in einer Zeit, in der der Glaube, der die Menschen bewegt, genauso wichtig ist wie die Macht, die sie ausüben."[17]

Das McCarran-Walter-Gesetz schloß ausdrücklich die rassische Abstammung als Kriterium seiner Bestimmungen ein, daß Ostasiaten in den symbolischen Quoten für Ostasiaten ungeachtet ihres Geburtsortes enthalten sein sollten. Herbert Lehman, ein Senator aus New York und in den 1950ern der prominenteste Gegner von Einwanderungsbeschränkungen im Senat (Neuringer 1971, S. 351), argumentierte während der Debatten um den McCarran-Walter-Entwurf, daß Einwanderer afrikanischer Abstammung aus Jamaica in den Quoten für England enthalten sein sollten, und behauptete, daß der Gesetzesentwurf Verärgerung unter den Asiaten verursachen würde (Neuringer 1971, S. 346, 356). Die Abgeordneten Emanuel Celler und Jacob Javits, die

Führer der Antirestriktionisten im Kongreß, brachten ähnliche Argumente vor (*Cong. Rec*., 23. April 1952, S. 4306, 4219). Wie auch in den bis ins neunzehnte Jahrhundert zurückreichenden Kämpfen ersichtlich war (siehe oben), ging die Opposition gegen an nationaler Herkunft orientierte Gesetze über deren Auswirkungen auf die jüdische Einwanderung hinaus und befürwortete die Einwanderung aller rassisch/ethnischen Gruppen der Welt in die Vereinigten Staaten.

In Widerspiegelung einer Sorge um die Aufrechterhaltung des ethnischen Status quo wie auch des Hervorstechens jüdischer Angelegenheiten der Zeit wurde bei den Anhörungen des Subkomitees betreffend das McCarran-Einwanderungsgesetz angemerkt, daß „die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sich seit 1877 verdreifacht hat, während sich die jüdische Bevölkerung im selben Zeitraum verzwanzigfacht hat" (*Senate Report* No. 1515 [1950], S. 2-4). Die Gesetzesvorlage enthielt auch eine Bestimmung, daß eingebürgerte Einwohner automatisch die Staatsbürgerschaft verlieren, wenn sie sich fünf Jahre lang durchgehend im Ausland aufgehalten hatten. Diese Bestimmung wurde von jüdischen Organisationen als von antizionistischen Einstellungen motiviert betrachtet: „Die Aussagen von Regierungsbeamten bei den Anhörungen ... machten klar, daß die Bestimmung einem Wunsch entsprang, eingebürgerte amerikanische Juden davon abzuhalten, sich einem tief empfundenen Ideal anzuschließen, das einige Amtspersonen im Widerspruch zur amerikanischen Politik als unerwünscht betrachteten ...."[18]

In erneuter Bestätigung der Logik der Restriktionisten der 1920er betonte der Bericht des Subkomitees, daß ein Zweck des Gesetzes von 1924 „die Beschränkung der Einwanderung aus Süd- und Osteuropa zur Bewahrung einer Vorherrschaft von Personen nordwesteuropäischer Abstammung in der Zusammensetzung unserer Gesamtbevölkerung" war, merkte aber an, daß dieser Zweck „keine Theorie nordischer Überlegenheit" beinhalte (*Senate Report*, No. 1515, [1950], S. 442, 445-446). Das Argument wurde manchmal in Form einer Betonung der „Ähnlichkeit des kulturellen Hintergrundes" zukünftiger Einwanderer ausgedrückt, aber wiederum war die zugrunde liegende Logik die, daß Volksgruppen, die bereits im Lande waren, berechtigte Interessen an der Beibehaltung des ethnischen Status quo hatten.

Es ist wichtig festzuhalten, daß jüdische Sprecher sich in dieser Zeitperiode von anderen liberalen Gruppen in ihren Motiven zur Opposition gegen Einwanderungsbeschränkungen unterschieden. Nachfolgend hebe ich die Aussage von Richter Simon H. Rifkind im Kongreß hervor, der in den Anhörungen zum McCarran-Walter-Entwurf von 1951 ein sehr breites Spektrum jüdischer Organe repräsentierte:[19]

1.) Einwanderung sollte aus allen rassischen/ethnischen Gruppen erfolgen:

„Wir stellen uns den Amerikanismus als die Geisteshaltung hinter dem Willkommen vor, das Amerika traditionellerweise den Menschen verschiedener Rassen, aller Religionen, aller Nationalitäten entgegengebracht hat. Der Amerikanismus ist eine tolerante Lebensart, die von Menschen entwickelt wurde, die sich voneinander in Religion, rassischem Hintergrund, Bildung und Abstammung sehr unterschieden und die sich darauf einigten, all diese Dinge zu vergessen und einen neuen Nachbarn nicht danach zu fragen, woher er kommt, sondern nur danach, was er tun kann und wie seine Haltung gegenüber seinen Mitmenschen ist" (S. 566).

2.) Die Gesamtzahl der Einwanderer sollte innerhalb sehr weit gefaßter wirtschaftlichen und politischer Einschränkungen maximiert werden:

„Die Regulierung [der Einwanderung] ist die Regulierung eines Aktivpostens, nicht einer Belastung“ (S. 567). Rifkind betonte mehrmals, daß ungenutzte Quoten sich in einer Einschränkung der Gesamtzahl der Einwanderer auswirkten, und er sah dies sehr negativ (z. B. S. 569).

3.) Einwanderer sollten nicht als wirtschaftliche Aktivposten betrachtet und bloß zur Bedienung der gegenwärtigen Bedürfnisse der Vereinigten Staaten importiert werden:

„Wenn man die selektive Einwanderung vom Standpunkt der Vereinigten Staaten betrachtet, niemals vom Standpunkt des Einwanderers aus, dann sage ich, daß wir in gewissem Ausmaß unsere vorübergehende Bedürfnisse berücksichtigen, aber unser Einwanderungsproblem nicht zu einem Arbeitsmarktinstrument machen sollten. Ich denke nicht, daß wir Wirtschaftsgüter kaufen, wenn wir Einwanderer hereinlassen. Wir nehmen menschliche Wesen auf, die Familien gründen und Kinder großziehen werden, deren Kinder unsere Höhen erreichen können – zumindest hoffen und beten wir darum. Bei einem kleinen Segment des Einwandererstroms denke ich, daß wir das Recht haben zu sagen, falls wir zufällig eine Knappheit an einem bestimmten Talent haben, ‚Halten wir Ausschau nach ihnen,' falls nötig, aber machen wir das nicht zum alles durchdringenden Gedanken.“ (S. 570)
Die Opposition dagegen, benötigte Fertigkeiten zur Grundlage der Einwanderung zu machen, stand im Einklang mit dem fortgesetzten jüdischen Versuch seit dem späten neunzehnten Jahrhundert, die Einführung eines Alphabetisierungstests als Kriterium für die Einwanderung zu verzögern, bis dieser Test schließlich 1917 beschlossen wurde.

Während Rifkinds Aussage frei von der Anschuldigung war, daß die gegenwärtige Einwanderungspolitik auf der Theorie der nordischen Überlegenheit beruhe, blieb die nordische Überlegenheit weiterhin ein prominentes Thema anderer jüdischer Gruppen, die die Einwanderung aus allen ethnischen Gruppen befürworteten, besonders des AJCongress. Die Erklärung des AJCongress bei diesen Anhörungen konzentrierte ein großes Maß an Aufmerksamkeit darauf, daß die Theorie der nordischen Überlegenheit zum Gesetz von 1924 motiviert hätte, hielt aber auch die frühere Geschichte ethnischer Diskriminierungen fest, die lange vor der Entwicklung dieser Theorie existiert hatten, einschließlich des Chinese Exclusion Act von 1882, des Abkommens mit Japan von 1907, das die Einwanderung japanischer Arbeiter begrenzte, und des Ausschlusses anderer Asiaten 1917. Die Erklärung merkte an, daß das Gesetz von 1924 sein Ziel der Bewahrung des ethnischen Gleichgewichts der Vereingiten Staaten nach dem Zensus von 1920 erreicht hätte. Es stellte jedoch fest, daß „dieses Ziel wertlos ist. Es gibt nichts Sakrosanktes an der Zusammensetzung der Bevölkerung von 1920. Es wäre töricht zu glauben, daß wir in diesem Jahr den Höhepunkt ethnischer Perfektion erreicht hätten.”[20] Weiters befürwortete die Erklärung des AJCongress in einer ausdrücklichen Darlegung von Horace Kallens multikulturellem Ideal die „These der kulturellen Demokratie, die allen Gruppen, der Mehrheit wie den Minderheiten gleichermaßen … das Recht garantieren würde, anders zu sein, und die Verantwortung, sicherzustellen, daß ihre Unterschiede nicht in Konflikt mit dem Wohlergehen des amerikanischen Volkes als Ganzes geraten.“[21]

In dieser Zeitperiode verurteilte die „*Congress Weekly*“, das Journal des AJCongress, regelmäßig die Bestimmungen über die nationale Herkunft als auf dem „Mythos von der Existenz überlegener und minderwertiger Rassen” beruhend (17. Okt. 1955; S. 3) und befürwortete die Einwanderung auf der Basis des „Bedarfs und anderer Kriterien, die nichts mit Rasse oder

nationaler Herkunft zu tun haben“ (4. Mai 1953, S. 3). Besonders verwerflich war aus der Sicht des AJCongress die vom Gesetz von 1924 bestimmte Implikation, daß es keine Veränderung des ethnischen Status quo geben sollte (z. B. Goldstein, 1952a, S. 6). Die Formel der nationalen Herkunft „ist jetzt empörend ... wo unsere nationale Erfahrung jenseits allen Zweifels bestätigt hat, daß unsere Stärke in der Verschiedenheit unserer Völker liegt“ (Goldstein, 1952b, S. 5).

Wie oben angeführt, gibt es einige Hinweise darauf, daß das Gesetz von 1924 und der Restriktionismus der 1930er teilweise von antisemitischen Einstellungen motiviert war. Antisemitismus und seine Verbindung mit Antikommunismus war auch in den Einwanderungsdebatten der 1950er vor und nach dem Beschluß des McCarran-Walter-Gesetzes offenkundig. Die Restriktionisten verwiesen oft auf Beweise, daß über 90 % der amerikanischen Kommunisten einen Hintergrund hatten, der sie mit Osteuropa verband, und eine Hauptstoßrichtung ihrer Bemühungen war die Verhinderung der Einwanderung aus diesem Bereich und die Erleichterung von Deportationsverfahren zur Verhinderung kommunistischer Subversion. Nachdem Osteuropa auch der Ursprung des Großteils der jüdischen Einwanderung war und weil Juden unter den amerikanischen Kommunisten unverhältnismäßig vertreten waren, wurden diese Themen miteinander verbunden, und die Situation bot sich für breite antisemitische Verschwörungstheorien über die Rolle der Juden in der amerikanischen Politik an (z. B. Beaty, 1951). Im Kongreß erklärte der notorisch antisemitsche Abgeordnete John Rankin, ohne ausdrücklich die Juden zu erwähnen:

„Sie jammern über Diskriminierung. Wissen Sie, wer diskriminiert wird? Die weißen Christen Amerikas, diejenigen, die diese Nation geschaffen haben.... ich spreche von den weißen Christen des Nordens wie auch des Südens....
Kommunismus ist rassisch. Eine rassische Minderheit hat in Rußland und all seinen Satellitenländern wie Polen, Tschechoslowakei und vielen anderen, die ich anführen könnte, die Kontrolle übernommen.
Sie sind in den vergangenen Jahren aus praktisch jedem Land in Europa weggerannt, und wenn sie in diesem Land weiterhin Rassenprobleme schüren und den Christenmenschen Amerikas ihr kommunistisches Programm aufzuzwingen versuchen, dann kann man nicht sagen, was ihnen hier passieren wird” (*Cong. Rec*., 23. April 1952, S. 4320).

Indem sie diese Verbindungen bestärkten, deckten sich die Positionen der allgemeinen jüdischen Organisationen wie des AJCommittee, das gegen den Kommunismus war, in Einwanderungsfragen oft mit der Position der CPUSA. Zum Beispiel verdammten sowohl das AJCommittee wie auch die CPUSA das McCarran-Walter-Gesetz, während andererseits das AJCommittee eine Hauptrolle bei der Beeinflussung der Empfehlungen von Präident Trumans Kommission über Einwanderung und Einbürgerung (PCIN) zur Lockerung der Sicherheitsbestimmungen des McCarran-Walter-Gesetzes spielte, und diese Empfehlungen wurden von der CPUSA zu einer Zeit wärmstens begrüßt, in der ein Hauptziel der Sicherheitsbestimmungen im Ausschluß von Kommunisten bestand (Bennett, 1963, S. 166). Juden waren in der PCIN wie auch in den Organisationen unverhältnismäßig vertreten, die vom Kongreß als mit Einwanderungsfragen befaßte kommunistische Frontorganisationen betrachtet wurden, und dies war für Antisemiten unzweifelhaft höchst auffällig. Der Vorsitzende der PCIN war Philip B. Perlman, und das Personal der Kommission enthielt einen hohen Prozentsatz von Juden unter der Leitung von Harry N. Rosenfield (Geschäftsführer) und Elliot Shirk (Assistent des Geschäftsführers), und ihr Bericht wurde vom AJCongress von ganzem Herzen befürwortet (siehe „*Congress Weekly*“, 12. Jan. 1952, S. 3). Die Sitzungsberichte wurden unter Mitarbeit des

Abgeordneten Emanuel Celler als Bericht „*Whom We Shall Welcome*“ (Wen wir willkommen heißen sollen) gedruckt.

Im Kongeß beschuldigte Senator McCarran die PCIN, kommunistische Sympathisanten zu enthalten, und das House Un-American Activities Committee (Kongreßkomitee über unamerikanische Aktivitäten, HUAC) veröffentlichte einen Bericht, der besagte, daß „etwa zwei Dutzend Kommunisten und ein Vielfaches dieser Zahl mit wiederholten Verbindungen zu bekannten kommunistischen Unternehmungen vor der Kommission aussagten oder Erklärungen zur Aufnahme ins Protokoll der Anhörungen abgaben.... Nirgendwo im Protokoll der Anhörungen oder im Bericht gibt es einen einzigen Hinweis auf den wahren Hintegrund dieser Personen” (*House Report No. 1182*, 85th Congress, 1st Session, S. 47). Der Bericht bezog sich besonders auf Kommunisten mit einer Verbindung zum American Committee for the Protection of Foreign Born (Amerikanisches Komitte zum Schutz im Ausland Geborener, ACPFB) unter der Leitung von Abner Green. Green, der Jude war, nahm in diesen Anhörungen eine sehr prominente Stelle ein, und Juden waren allgemein unverhältnismäßig unter jenen vertreten, die als Funktionäre und Sponsoren des ACFP ausgemacht worden waren (S. 13-21). Das HUAC lieferte Beweise, daß das ACPFB enge Verbindungen zur CPUSA hatte, und hielt fest, daß 24 der mit dem ACFP in Verbindung stehende Personen Erklärungen unterzeichnet hatten, die im gedruckten Bericht der PCIN enthalten waren.

Das AJCommittee war auch stark in die Erwägungen der PCIN einbezogen, einschließlich der Abgabe von Zeugenaussagen und der Verteilung von Daten und anderem Material an Einzelpersonen und Organisationen, die vor der PCIN aussagten (Cohen, 1972, S. 371). Alle seine Empfehlungen wurden in den Schlußbericht übernommen (Cohen, 1972, S. 371) (einschließlich der Abschwächung der wirtschaftlichen Fertigkeiten als Einwanderungskriterium, der Verschrottung der Gesetzesbestimmungen über nationale Herkunft und der Öffnung der Einwanderung für alle Völker der Welt nach dem Prinzip „wer zuerst kommt, mahlt zuerst“), mit der einzigen Ausnahme, daß der Bericht eine niedrigere Gesamtzahl von Einwanderern empfahl als das AJCommittee und andere jüdische Gruppen. Das AJCommittee ging also über die bloße Befürwortung des Prinzips der Einwanderung durch alle rassisch/ethnischen Gruppen hinaus (symbolische Quoten für Asiaten und Afrikaner waren bereits in das McCarran-Walter-Gesetz aufgenommen worden), um die Gesamtzahl der Einwanderer aus allen Teilen der Welt im Rahmen des gegenwärtigen politischen Klimas zu maximieren.

In der Tat merkte die Kommission (PCIN, 1953, S. 106) spitz an, daß das Gesetz von 1924 erfolgreich den rassischen Status quo bewahrt hatte und daß die Hauptbarriere gegen die Veränderung des rassischen Status quo nicht das System der nationalen Herkunft war (weil es bereits hohe Anteile von Einwanderern außerhalb der Quoten gab und weil die Länder Nord- und Westeuropas ihre Quoten nicht ausnutzten), sondern die Gesamtzahl der in die Vereinigten Staaten aufgenommenen Einwanderer. Die Kommission sah also die Veränderung des rassischen Status quo der Vereinigten Staaten als wünschenswertes Ziel und führte zu diesem Zweck als Hauptargument an, daß es wünschenswert sei, die Gesamtzahl der Einwanderung zu erhöhen (PCIN, 1953, S. 42). Wie Bennett (1963, S. 164) anmerkt, war in den Augen der PCIN die Reduktion der Gesamtzahl der Einwanderer durch das Gesetz von 1924 „etwas sehr Schlechtes, weil sie fand, daß für die amerikanische Staatsbürgerschaft oder jeden anderen Zweck eine Rasse genauso gut sei wie irgendeine andere.“

Dementsprechend faßten die Verteidiger des Gesetzes von 1952 die Angelegenheit grundsätzlich als eine der ethnischen Kriegführung auf. Senator McCarran sagte, daß die Untergrabung des an der nationalen Herkunft orientierten Systems „im Laufe einer Generation oder so dazu tendieren wird, die ethnische und kulturelle Zusammensetzung dieser Nation zu verändern” (in Bennett, 1963, S. 185), und Richard Arens, ein Mitglied des Kongreßpersonals, der eine prominente Rolle bei den Anhörungen über das McCarran-Walter-Gesetz wie auch bei den Aktivitäten des HUAC innehatte, sagte aus, daß „dies die Kritiker sind, denen Amerika nicht gefällt, wie es ist und gewesen ist. Sie denken, daß unser Volk in unfairen ethnischen Proportionen existiert. Sie ziehen es vor, daß wir eine größere Ähnlichkeit oder ethnische Verwandtschaft mit den fremden Völkern haben, die sie bevorzugen und für die sie unverhältnismäßig größere Einwanderungsprivilegien anstreben” (in Bennett, 1963, 186). Wie Divine (1957, S. 188) anmerkt, herrschten auf beiden seiten ethnische Interessen vor; den Rassismusvorwürfen gegen die Restriktionisten, die den ethnischen Status quo befürworteten, standen die Versuche der Antirestriktionisten gegenüber, den ethnischen Status quo in einer Weise zu verändern, die ihren eigenen subjektiven ethnischen Interessen entsprach.

Das Hervorstechen der jüdischen Verwicklung in die Einwanderung während dieser Zeitperiode ist auch in mehreren anderen Fällen offenkundig. 1950 sagte der Vertreter des AJCongress aus, daß die Beibehaltung von Bestimmungen über nationale Herkunft in jedweder Form „eine politische und moralische Katastrophe“ wäre (Revision of Immigration Laws' *Joint Hearings*, 1950, S. 336-337). Die Formel über nationale Herkunft bedinge, daß „Personen, die die Chance anstreben, in diesem Land zu leben, nach Zuchtrasse beurteilt werden sollen wie Vieh auf einem Jahrmarkt und nicht auf der Basis ihrer charakterlichen Eignung oder Fähigkeit” („*Congress Weekly“* 21, 1952, S. 3-4). Divine (1957, S. 173) charakterisiert den AJCongress als „den militanteren Flügel” der Opposition repräsentierend aufgrund seiner prinzipiellen Gegnerschaft gegen jede Form der Formel über nationale Herkunft, wohingegen andere Gegner bloß in der Lage sein wollten, ungenutzte Quoten Süd- und Osteuropa zuzuteilen.

Der Abgeordnete Francis Walter bemerkte den „Propagandadruck, an dem sich jetzt gewisse Mitglieder des American Jewish Congress beteiligen, gegen den Immigration and Nationality Code“ (*Cong. Rec*. 13. März 1952, S. 2283), wobei er besonders die Aktivitäten von Dr. Israel Goldstein festhielt, des Präsidenten des AJCongress, der laut Bericht der *„New York Times“* behauptet hatte, daß das Gesetz über Einwanderung und Nationalität „allen Personen von anderer als angelsächsisscher Herkunft ein gesetzliches Siegel der Minderwertigkeit aufdrücken würde.“ Der Abgeordnete Walter erwähnte dann die besondere Rolle, die jüdische Organisationen bei dem Versuch gespielt hatten, Familienzusammenführung statt besonderer Befähigungen als Basis amerikanischer Einwanderungspolitik zu fördern. Nachdem der Abgeordnete Jacob Javits behauptet hatte, daß die Opposition gegen das Gesetz „nicht auf die eine Gruppe beschränkt ist, die der Gentleman erwähnte“' (*Congressional Record*, 13. März 1952, S. 2284), erwiderte Walter wie folgt:

„Ich könnte Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß Mr. Harry N. Rosenfield, Kommissar der Displaced Persons Commission und zufälligerweise ein Schwager eines Anwalts, der all diese Agitation schürt, kürzlich in einer Rede gesagt hat:
Das vorgeschlagene Gesetz ist Amerikas Nürnberger Prozeß. Es ist ‚rassisch’ und archaisch, beruhend auf einer Theorie, daß Menschen mit verschiedenen Nasenformen unterschiedlich behandelt werden sollten.”

Der Abgeordnete Walter fuhr dann damit fort, daß während der Anhörungen zu der Gesetzesvorlage die beiden einzigen Organisationen, die dem gesamten Entwurf feindlich gegenüberstanden, der AJCongress und die Association of Immigration and Nationality Lawyers waren, wobei letztere „von einem Anwalt vertreten wurde, der auch den American Jewish Congress berät.“ (In der Tat merkte Goldstein [1952b] selbst an, daß „der American Jewish Congress zur Zeit der gemeinsamen Anhörungen von Kongreß und Senat die einzige Bürgervereinigung war, die es offen wagte, gegen die Quotenformel nach nationaler Herkunft aufzutreten”.)

Der Abgeordnete Emanuel Celler verkündete dann, daß Walter „die Menschen eines bestimmten Glaubens, die gegen das Gesetz sind, nicht hätte überbetonen sollen, wie er es getan hat” (S. 2285). Der Abgeordnete Walter stimmte Cellers Kommentaren zu und merkte an, daß es „andere recht gute jüdische Gruppen gibt, die den Gesetzesentwurf gutheißen.“ Trotzdem opponierten die wichtigsten jüdischen Organisationen einschließlich des AJCongress, des AJCommittee, der ADL, des National Council of Jewish Women und der Hebrew Immigrant Aid Society in der Tat gegen die Gesetzesvorlage (*Cong. Rec*., 23. April 1952, S. 4247), und als Richter Simon Rifkind bei den gemeinsamen Anhörungen gegen den Gesetzesentwurf aussagte, betonte er, daß er ein sehr breites Spektrum jüdischer Gruppen vertrete, „die Gesamtheit der religiösen und Laienmeinung innerhalb der jüdischen Gruppe, religiös gesprochen, von der extremen Rechten und der extremen Linken” (S. 563).[22] Rifkind repräsentierte eine lange Liste nationaler und lokaler jüdischer Gruppen, einschließlich – zusätzlich zu den oben genannten - des Synagogue Council of America, des Jewish Labor Committee, der Jewish War Veterans of the United States, und 27 lokaler Judenräte in den ganzen Vereinigten Staaten. Außerdem wurde der Kampf gegen den Gesetzesentwurf von jüdischen Kongreßabgeordneten angeführt, darunter besonders Celler, Javits und Lehman, die alle, wie oben angedeutet, prominente Mitglieder der ADL waren.

Wenn auch auf indirekte Weise, lenkte der Abgeordnete Walter die Aufmerksamkeit klar auf die besondere jüdische Rolle im Einwanderungskonflikt von 1952. Die besondere Rolle des AJCongress in seiner Gegnerschaft zum McCarran-Walter-Gesetz war ein Quell des Stolzes innerhalb der Gruppe: kurz vor dem Sieg von 1965 schrieb die *„Congress bi-Weekly“* in einem Leitartikel, daß es „eine Sache des Stolzes” sei, daß Rabbi Israel Goldstein „vom Abgeordneten Walter im Repräsentantenhaus als der Hauptorganisator der Kampagne gegen die von ihm mitbetriebenen Maßnahmen attackiert worden war“ (1. Feb. 1965; S. 3).

Die Wahrnehmung, daß jüdische Anliegen ein wichtiges Merkmal der Opposition gegen das McCarran-Walter-Gesetz waren, ist auch im folgenden Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Celler und Walter ersichtlich. Celler bemerkte, daß „die Theorie der nationalen Herkunft, auf der unser Einwanderungsgesetz beruht, ... unserer Proteste [spottet], die auf einer Frage der Chancengleichheit aller Völker beruhen, ungeachtet der Rasse, Hautfarbe oder Glaubensrichtung.“ Der Abgeordnete Walter erwiderte, daß „eine große Bedrohung für Amerika in der Tatsache liegt, daß so viele Profis, einschließlich professioneller Juden, ohne irgendeinen Grund Krokodilstränen vergießen“ (*Cong. Rec*. 13. Jan. 1953, S. 372). Und in einem Kommentar, der sich auf die Eigentümlichkeiten jüdischer Interessen an der Einwanderungsgesetzgebung bezog, merkte Richard Arens, der Stabsleiter des Senats-Unterkomitees, das das McCarran-Walter-Gesetz hervorgebracht hatte, spitz an: „Eines der seltsamsten Dinge an jenen, die am lautstärksten behaupten, das Gesetz von 1952 sei ‚diskriminierend’ und daß es keine ausreichende Zahl angeblicher Flüchtlinge berücksichtige, ist, daß sie gegen die Aufnahme irgendeines der annähernd einer Million arabischer Flüchtlinge aus Lagern sind, wo sie unter

mitleiderregenden Umständen leben, nachdem sie aus Israel vertrieben worden sind“ (in Bennett, 1963, S. 181).

Das McCarran-Walter-Gesetz wurde gegen Präsident Trumans Veto beschlossen, und Trumans „angebliche Parteilichkeit zugunsten der Juden war ein Lieblingsziel der Antisemiten“ (Cohen, 1972, S. 377). Vor dem Veto wurde Truman intensiv bearbeitet, „besonders von jüdischen Gesellschaften, die gegen den Gesetzesentwurf waren, während Regierungsbehörden, einschließlich des Außenministeriums, Truman zur Unterzeichnung des Gesetzes drängten“ (Divine, 1957, S. 184). Darüber hinaus konzentrierten sich Einzelne mit offen antisemitischer Einstellung wie John Beaty (1951) oft auf die jüdische Beteiligung an den Kämpfen dieser Zeitperiode um die Einwanderung.

Jüdische anti-restriktionistische Aktivitäten von 1953-1965.

Während dieser Zeitperiode erwähnte die „*Congress Weekly*“ regelmäßig die Rolle jüdischer Organisationen als Vorkämpfer liberalisierter Einwanderungsgesetze: Zum Beispiel gratulierte sie Präsident Eisenhower in ihrem Leitartikel vom 20. Februar 1956 (S. 3), zu seiner „eindeutigen Gegnerschaft zum Quotensystem, das mehr als jedes andere Merkmal unserer Einwanderunspolitik die verbreitetste und intensivste Abneigung unter den Amerikanern hervorgerufen hat. Durch seine Förderung dieses Vorschlags für neue Richtlinien und Standards hat Präsident Eisenhower mutig eine Stellung bezogen, die sogar noch vor vielen Befürwortern einer liberalen Einwanderungspolitik liegt, und eine Position eingenommen, auf die erstmals vom American Jewish Congress und anderen jüdischen Organen gedrängt worden war.“

Das AJCommittee unternahm beträchtliche Anstrengungen, um das Einwanderungsthema während einer Zeit weitverbreiteter Apathie in der amerikanischen Öffentlichkeit zwischen dem Beschluß des McCarran-Walter-Gesetzes und den frühen 1960ern am Leben zu erhalten. Jüdische Organisationen intensivierten ihre Bemühungen in diesem Zeitraum (Cohen, 1972, S. 370-373; Neuringer, 1971, S. 358), wobei das AJCommittee bei der Gründung der Joint Conference on Alien Legislation und der American Immigration Conference (Organisationen, die die einwanderungsfreundlichen Kräfte repräsentierten) half wie auch den Großteil der Finanzierung beisteuerte und den Großteil der Arbeit dieser Gruppen leistete. 1955 organisierte das AJCommittee eine Gruppe einflußreicher Bürger als National Commission on Immigration and Citizenship, „um der Kampagne Prestige zu verleihen” (Cohen, 1972, S. 373). „All diese Gruppen studierten die Einwanderungsgesetze, verbreiteten Informationen in der Öffentlichkeit, machten Aussagen vor dem Kongreß und planten andere geeignete Maßnahmen.... Es gab keine sofortigen oder dramatischen Ergebnisse; aber die verbissene Kampagne des AJC im Verbund mit gleichgesinnten Organisationen trieben die Regierungen Kennedy und Johnson schlußendlich zum Handeln“ (Cohen, 1972, S. 373).

Ein Artikel von Oscar Handlin (1952), dem prominenten Harvard-Einwanderungshistoriker, ist ein faszinierender Mikrokosmos der jüdischen Einstellung zur Einwanderung in diesem Zeitraum. Fast dreißig Jahre nach der Niederlage von 1924 und unmittelbar nach dem McCarran-Walter-Gesetz schrieb er einen Artikel in „*Commentary*“ (einer Publikation des AJCommittee) mit dem Titel: „Der Kampf um die Einwanderung hat erst begonnen: Lehren aus dem Rückschlag durch McCarran-Walter.“ Der Titel ist ein bemerkenswerter Hinweis auf die Verbissenheit und Beharrlichkeit des jüdischen Einsatzes für diese Sache. Die Botschaft lautet, sich nicht durch

diese kürzliche Niederlage entmutigen zu lassen, die „trotz all der Anstrengungen zur Sicherstellung einer Revision unserer Einwanderungsgesetze" passiert ist (S. 2).

Handlin versucht das Argument in universalistische Begriffe zu gießen, daß es allen Amerikanern nütze und amerikanischen Idealen entspräche, daß „alle Menschen, nachdem sie Brüder sind, gleichermaßen befähigt sind, Amerikaner zu sein" (p.7). Das gegenwärtige Einwanderungsgesetz widerspiegle „rassistische Xenophobie" (S. 2) durch seine symbolischen Quoten für Asiaten und indem es westindischen Schwarzen das Recht nimmt, die britischen Quoten zu nützen. Handlin schreibt die restriktionistischen Einstellungen von Pat McCarran „dem Haß auf Ausländer zu, der in seiner Jugend nur ihm gegolten hat, und der vagen, erinnerten Furcht, daß er selbst zu ihnen gezählt werden könnte" (S. 3), „eine Art psychoanalytischer Identifikation-mit dem Argument des Aggressors" (McCarran war Katholik).

In seinem Artikel benutzt Handlin wiederholt den Ausdruck „wir" (wie in „wenn wir McCarran und seinen Haufen schon nicht mit ihren eigenen Waffen schlagen können, so können wir viel dazu beitragen, die Wirksamkeit dieser Waffen zu zerstören" (S. 4), was auf Handlins Glauben an ein geeintes jüdisches Interesse an liberaler Einwanderungspolitik schließen läßt und eine anhaltende Salamitaktik gegenüber dem Gesetz von 1952 in den folgenden Jahren vorankündigt. Handlins anti-restriktionistische Strategie beinhaltete die Änderung der Ansichten von Sozialwissenschaftlern, „daß es möglich und notwendig sei, unter den ‚Rassen' von Einwanderern zu unterscheiden, die nach Aufnahme in den Vereinigten Staaten schreien" (S. 4). Handlins Vorschlag, Sozialwissenschaftler für die Kämpfe um die Einwanderung zu rekrutieren, deckt sich mit der oben besprochenen politischen Agenda der Boas'schen Schule der Anthropologie. Und wie Higham (1984) anmerkt, war das Aufkommen solcher Ansichten ein wichtiger Bestandteil des schlußendlichen Sieges über den Restriktionismus.
In einer wohl tendenziösen Wiedergabe der Logik zur Bewahrung des ethnischen Status quo, die den Argumenten für den Restriktionismus in der Zeit von 1921-1952 zugrunde lag, erklärte Handlin:

„Die Gesetze sind schlecht, weil sie auf der rassistischen Annahme beruhen, daß die Menschheit in fixe Zuchtrassen unterteilt ist, die biologisch und kulturell voneinander getrennt sind, und weil sie innerhalb dieses Rahmens annehmen, daß Amerikaner vom Ursprung her Angelsachsen sind und das bleiben sollten. Allen anderen Völkern sagt das Gesetz, daß die Vereinigten Staaten sie nach ihrer rassischen Nähe zu unserem eigenen ‚überlegenen' Stamm reiht; und den vielen, vielen Millionen von Amerikanern, die nicht von den Angelsachsen abstammen, werfen die Gesetze eine deutliche Unterstellung der Minderwertigkeit hin" (S. 5).
Handlin beklagte dann die Apathie anderer „Bindestrich-Amerikaner", die nicht den Enthusiasmus der jüdischen Anstrengungen teilten: „Viele Gruppen haben die Relevanz des McCarran-Walter-Gesetzesentwurfs für ihre eigene Position nicht erkannt;" er schlug vor, daß sie als Gruppen handeln sollten, um ihre rechtmäßigen Interessen durchzusetzen: „Der Italo-Amerikaner hat das Recht, gerade *als* Italo-Amerikaner zu diesen Angelegenheiten gehört zu werden" (S. 7; kursiv im Text). Die stillschweigende Annahme ist die, daß Amerika aus in sich geschlossenen Untergruppen mit einem klaren Gespür für ihre Gruppeninteressen zusammengesetzt sein sollte, die im Gegensatz zu den aus Nord- und Westeuropa stammenden Völkern oder den Vereinigten Staaten als Ganzes stehen. Und es gibt die stillschweigende Annahme, daß Italo-Amerikaner ein Interesse an der Förderung der Einwanderung von Afrikanern und Asiaten hätten und an der Schaffung einer solchen multirassischen und multikulturellen Gesellschaft.

Kurz nach Handlins Artikel argumentierte William Petersen (1955), ebenfalls in „*Commentary*", daß die Kräfte pro Einwanderung ausdrücklich eine multikulturelle Gesellschaft befürworten sollten, und daß die Bedeutung dieses Ziels über die Bedeutung der Verwirklichung jeglicher am Eigeninteresse orientierter Ziele der Vereinigten Staaten hinausginge, wie die Gewinnung benötigter Fachkräfte oder die Verbesserung der Außenbeziehungen. In Ausführung seiner These zitierte er eine Gruppe vorwiegend jüdischer Sozialwissenschaftler, deren Arbeiten, angefangen mit Horace Kallens Plädoyer für eine multikulturelle, pluralistische Gesellschaft, „den Anfang einer gelehrten Legitimierung der anderen Einwanderungspolitik verkörpern, die vielleicht eines Tages Gesetz werden wird" (S. 86), einschließlich, neben Kallen, Melville Herskovits, Geoffrey Gorer, Samuel Lubell, David Riesman, Thorsten Sellin und Milton Konvitz.

Diese Sozialwissenschaftler leisteten in der Tat ihren Beitrag zu den Kämpfen um die Einwanderung. Zum Beispiel reflektiert das folgende Zitat aus einem gelehrten Buch von Milton Konvitz von der Cornell University über die Einwanderungspolitik die Ablehnung nationaler Interessen als Element der Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten, ein Kennzeichen der jüdischen Haltung zur Einwanderungspolitik:

„Solchen Wert auf die technologischen und beruflichen Qualifikationen zu legen, heißt, unserer Einwanderungspolitik jeden Rest Humanität zu nehmen. Wir verdienen wenig Dank von denen, die hierherkommen, wenn sie nur aufgenommen werden, weil wir finden, daß sie ‚dringend' gebraucht werden, wegen ihrer Ausbildung und Erfahrung, um unsere nationalen Interessen zu fördern. Dies ist kaum Einwanderung; es ist der Import von speziellen Fachkräften oder Fachwissen, der sich nicht groß vom Import von Kaffee oder Gummi unterscheidet. Es entspricht kaum dem Geist amerikanischer Ideale, den Charakter eines Mannes zu mißachten und was er verspricht, und nur auf seine Bildung und beruflichen Möglichkeiten zu schauen, die zu genießen er das Glück hatte" (Konvitz, 1953, S. 26).

Handlin schrieb, daß das McCarran-Walter-Gesetz nur ein vorübergehender Rückschlag sei, und er hatte recht. Dreißig Jahre nach dem Triumph des Restriktionismus verblieben nur jüdische Gruppen als beharrliche und hartnäckige Befürworter eines multikulturellen Amerikas. Einundvierzig Jahre nach dem Triumph des Restriktionismus von 1924 und den Bestimmungen über nationale Herkunft und nur 13 Jahre nach deren Bestätigung durch das McCarran-Walter-Gesetz unterstützten jüdische Organisationen in einem nun radikal veränderten intellektuellen und politischen Klima erfolgreich die Beendigung der an Geographie und nationaler Herkunft beruhende Basis der Einwanderung, die einen ethnischen Status quo bewirken hätte sollen.

Besonders bedeutsam ist die Bestimmung im Einwanderungsgesetz von 1965, die die Zahl quotenfreier Einwanderer ausweitete. Angefangen mit ihrer Aussage zum Gesetz von 1924, waren jüdische Sprecher an vorderster Front der Versuche zur Aufnahme von Familienmitgliedern außerhalb der Quote gewesen (Neuringer, 1971, S. 191). Während der Kongreßdebatten zur Einwanderung, die das McCarran-Walter-Gesetz umgaben, erwähnte der Abgeordnete Walter (*Cong. Rec*., S. 2284, 13. März 1952) das besondere Augenmerk, das jüdische Organisationen der Familienzusammenführung widmeten statt besonderer Fachkenntnisse. In seiner Antwort an den Abgeordneten Javits, der sich darüber beschwert hatte daß laut Gesetzesentwurf 50 % der Quote für „Neger" von den britischen Westindienkolonien für Leute mit besonderen Fachkenntnissen reserviert wären, bemerkte Walter: „Ich möchte die

Aufmerksamkeit des Gentlemans auf die Tatsache lenken, daß dies das Prinzip ist, 50 % der Quote für Leute zu verwenden, die in den Vereinigten Staaten gebraucht werden. Aber falls nicht die gesamten 50 % in dieser Kategorie gebraucht werden, dann werden die ungenutzten Zahlen an die nächste Kategorie weitergegeben, was den Einwänden entgegnet, um die diese jüdischen Organisationen viel Aufhebens machen, daß Familien getrennt würden."

Vor dem Gesetz von 1965 merkte Bennett (1963, S. 244), in einem Kommentar zu den Familienzusammenführungsaspekten des Einwanderungsgesetzes von 1961 an, daß die „Verwandtschaft durch Blut oder Heirat und das Prinzip der Familienzusammenführung zum ‚Sesam, öffne dich' für die Tore der Einwanderung geworden sind." Weiters bemerkte Bennett (1963, S. 256) trotz der wiederholten Bestreitung der Antirestriktionisten, daß ihre Vorschläge das ethnische Gleichgewicht des Landes beeinträchtigen würden, daß die „wiederholte, beharrliche Ausweitung des quotenfreien Status für Einwanderer aus Ländern mit überzogenen Quoten, die [vom McCarran-Walter-Gesetz] offen diskriminiert werden, zusammen mit administrativer Aufhebung von Ablehnungsbescheiden, mit Statusanpassungen und Initiativanträgen, dabei hilft, einen Wandel des ethnischen Antlitzes der Nation zu beschleunigen und anscheinend unvermeidlich zu machen" (S. 257), ein Verweis auf die in Handlins Artikel als Strategie empfohlene „Salamitaktik" gegen das Gesetz von 1952. In der Tat lautete ein Hauptargument, das in der Debatte um das Gesetz von 1965 aufkam, daß das Gesetz von 1952 so geschwächt worden sei, daß es weitgehend irrelevant geworden sei und es eine Notwendigkeit gäbe, die Einwanderungsgesetzgebung zu überholen, um eine *de facto*-Situation zu legitimieren.

Bennett erwähnte auch, daß „die Betonung des Einwanderungsthemas aus dem Beharren jener entstand, die Quoten als Obergrenzen betrachten statt als Untergrenzen [Einschränkungsgegner bezeichneten ungenutzte Quoten oft als ‚verschwendet'], die Amerika nach dem Ebenbild von Ländern mit geringer Einwanderungsquote umgestalten wollen und die unsere grundlegende Ideologie, unsere kulturellen Einstellungen und unser Erbe nicht mögen. Sie bestehen darauf, daß es die Pflicht der Vereinigten Staaten ist, Einwanderer ungeachtet ihrer Assimilierbarkeit oder unserer eigenen Bevölkerungsprobleme aufzunehmen. Sie beharren darauf, Bindestrich-Amerikaner zu bleiben" (1963, S. 295).

Die familienbetonte Basis der Quotenregelungen des Gesetzes von 1965 (d. h. die Bestimmung, daß mindestens 24 % der Quote für jedes Gebiet den Brüdern und Schwestern von Staatsbürgern vorbehalten sein sollen) hat einen Multiplikatoreffekt zur Folge gehabt, der letztendlich das Quotensystem gänzlich untergrub, indem es ein „Verkettungsphänomen" zuließ, bei dem endlose Ketten naher Verwandter von nahen Verwandten außerhalb des Quotensystems aufgenommen werden:

„Stellen Sie sich einen Einwanderer vor, sagen wir einen Studenten des Ingenieurswesen, der in den 1960ern in den Vereinigten Staaten studiert hat. Falls er nach seinem Abschluß einen Job gefunden hätte, könnte er seine Frau herüberholen [als die Gattin eines aufenthaltsberechtigten Ausländers], und sechs Jahre später, nach der Einbürgerung, seine Brüder und Schwestern [als Geschwister eines Staatsbürgers]. Diese könnten ihrerseits ihre Ehefrauen, Ehemänner und Kinder mitbringen. Innerhalb von einem Dutzend Jahren könnte ein als Fachkraft hereingekommener Einwanderer mit Leichtigkeit 25 Visa für Verschwägerte, Nichten und Neffen bewirken" (McConnell 1988, S. 98).
Das Gesetz von 1965 schwächte auch das Kriterium ab, daß Einwanderer gefragte Qualifikationen haben sollten. (1986 wurden weniger als 4 % der Einwanderer auf dieser Basis

aufgenommen, während 74 % auf Verwandtschaftsbasis aufgenommen wurden [siehe Brimelow, 1995].) Wie oben hingewiesen, war die Ablehnung von Forderungen nach Fachkenntnissen oder anderen Kompetenztests zugunsten von „humanitären Zielen” und Familienzusammenführung zumindest seit der Debatte um das McCarran-Walter-Gesetz der frühen 1950er und eigentlich schon seit der langen Opposition gegen Alphabetisierungstests ab dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein Element der jüdischen Einwanderungspolitik gewesen.

Senator Jacob Javits spielte eine prominente Rolle in den Senatsanhörungen zum Gesetz von 1965, und Emanuel Celler, der mehr als 40 Jahre lang im Repräsentantenhaus für die uneingeschränkte Zuwanderung gekämpft hatte, legte diesem Gremium ähnliche Gesetzesentwürfe vor. Jüdische Organisationen (American Council for Judaism Philanthropic Fund; Council of Jewish Federations & Welfare Funds; B'nai B'rith Women) reichten beim Senatsunterkomitee Schriftstücke zur Unterstützung dieser Maßnahmen ein, wie auch Organisationen wie die ACLU (American Civil Liberties Union) und die Americans for Democratic Action, mit einen großen Anteil jüdischer Mitglieder.

In der Tat ist es bemerkenswert, daß Javits (1951) einen Artikel verfaßte mit dem Titel „Let’s open the gates” („Öffnen wir die Tore”), der eine Einwanderung von 500.000 jährlich ohne Einschränkungen nach nationaler Herkunft über einen Zeitraum von 20 Jahren vorschlug. 1961 schlug Javits einen Gesetzesentwurf vor, der „das System [der Quoten nach nationaler Herkunft] durch einen Flankenangriff zu zerstören und die Einwanderung innerhalb und außerhalb der Quoten zu steigern suchte” (Bennett, 1963, S. 250). Zusätzlich zu Bestimmungen, die auf die Beseitigung von Barrieren aufgrund von Rasse, ethnischer und nationaler Herkunft abzielten, war in dem Entwurf eine Bestimmung enthalten, wonach Brüder, Schwestern und verheiratete Söhne oder Töchter von Bürgern der Vereinigten Staaten und deren Ehegatten und Kinder, die nach dem Quotensystem von 1957 anspruchsberechtigt geworden waren, als Einwanderer außerhalb der Quote gelten sollten; eine noch radikalere Version der Bestimmung, deren Aufnahme ins Gesetz von 1965 die Einwanderung von Nichteuropäern in die Vereinigten Staaten erleichterte. Obwohl diese Bestimmung in Javits' Gesetzesentwurf zu der Zeit nicht genehmigt wurde, stimmte man dessen Vorschlägen zur Aufweichung früherer Einschränkungen der Einwanderung von Asiaten und Schwarzen wie auch zur Entfernung der rassischen Zuordnung aus Visadokumenten (wodurch die unbegrenzte quotenfreie Einwanderung von Asiaten ermöglicht wurde, die in der westlichen Hemisphäre geboren waren) zu.

Es ist auch interessant, daß der Hauptsieg der Restriktionisten im Jahr 1965 darin betand, daß die Nationen der westlichen Hemisphäre im neuen Quotensystem enthalten waren, wodurch die Möglichkeit unbegrenzter Einwanderung aus diesen Regionen beendet wurde. In Reden vor dem Senat äußerte sich Senator Javits (*Cong. Rec*. 111, 1965, S. 24469) bitter gegen diese Ausweitung des Quotensystems und argumentierte, daß die Auferlegung jeglicher Limits auf die Einwanderung aller Menschen aus der westlichen Hemisphäre schwere negative Auswirkungen auf die US-Außenpolitik haben würde. In einer höchst aufschlußreichen Diskussion des Gesetzesentwurfs vor dem Senat bemerkte Senator Sam Ervin (*Cong. Rec*. 89th Congress, 1st session, S. 24446-51, 1965), daß „jene, die anderer Meinung sind als ich, keine Betroffenheit darüber äußern, daß Großbritannien uns in der Zukunft 10.000 Einwanderer weniger schicken kann als im Jahresdurchschnitt der Vergangenheit. Sie sind nur schockiert, daß British Guyana uns nicht jeden einzelnen Bürger dieses Landes schicken kann, der kommen möchte.“ Die Kräfte der liberalen Einwanderung wollten ganz klar die unbegrenzte Einwanderung in die Vereinigten Staaten.

Die Einwanderungsbefürworter konnten auch die Auflage nicht verhindern, daß der Arbeitsminister bestimmt, ob es ungenügend Amerikaner gibt, die willens und in der Lage sind, die Arbeit zu tun, die Ausländer zu leisten beabsichtigen, und ob die Beschäftigung solcher Ausländer die Löhne und Arbeitsbedingungen amerikanischer Arbeiter nicht negativ beeinflußt. Im *„American Jewish Year Book“* (1966, S. 174) schreibt Liskofsky, daß einwanderungsbefürwortende Gruppen gegen diese Bestimmungen waren, ihnen aber zustimmten, um ein Gesetz zu bekommen, das die Bestimmungen zur nationalen Herkunft abschaffte. Nach dem Beschluß „wurden sie intensiv besorgt. Sie äußerten öffentlich die Furcht, daß die neue, administrativ umständliche Prozedur leicht die Lähmung des Großteils der Einwanderung qualifizierter und ungelernter Arbeiter wie auch nicht bevorzugter Einwanderer zur Folge haben könnte.“ In Widerspiegelung der langen jüdischen Gegnerschaft zur Idee, daß die Einwanderungspolitik dem nationalen Interesse entsprechen sollte, war das wirtschaftliche Wohlergehen der amerikanischen Bürger irrelevant; die Sicherstellung eines hohen Einwanderungsniveaus war zu einem Selbstzweck geworden.

Das Gesetz von 1965 hat den Effekt (von dem man mit einiger Begründung annehmen kann, daß er von seinen jüdischen Befürwortern die ganze Zeit beabsichtigt war), daß nach Extrapolation des Census Bureau bis zum Jahr 2050 die europäischstämmigen Völker nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung Amerikas ausmachen werden. Darüber hinaus ist der Multikulturalismus bereits zu einer mächtigen ideologischen und politischen Realität geworden (Brimelow, 1995). Obwohl die Befürworter des Gesetzes von 1965 weiterhin darauf beharrten, daß das Gesetz das ethnische Gleichgewicht der Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigen oder sich auch nur auf ihre Kultur auswirken würde, kann man schwer glauben, daß zumindest einige der Befürworter sich nicht über die Auswirkungen im Klaren waren. Den Gegnern war sicherlich ganz klar, daß es in der Tat das ethnische Gleichgewicht der Vereinigten Staaten beeinträchtigen würde. Angesichts der intensiven Einbeziehung von Organisationen wie des AJCommittee in die Details der Einwanderungsgesetzgebung und ihrer sehr negativen Einstellung gegenüber der pro-nordwesteuropäischen Tendenz der US-Einwanderungspolitik vor 1965 und gegenüber der z. B. im PCIN-Dokument „Whom We Shall Welcome“ verkörperten Idee eines ethnischen Status quo erscheint es unwahrscheinlich anzunehmen, daß diese Organisationen sich der Ungenauigkeit der von den Befürwortern des Gesetzes vorgelegten Projektionen über dessen Auswirkungen nicht bewußt waren. Bei dem klar artikulierten Interesse an einer Beendigung des ethnischen Status quo, das in den Argumenten der Antirestriktionisten im ganzen Zeitraum von 1924-1965 offenkundig ist, wäre das Gesetz von 1965 von seinen Befürwortern nicht als Sieg empfunden worden, wenn sie es nicht als letztendlich den ethnischen Status quo verändernd gesehen hätten. In aufschlußreicher Weise wurde das Gesetz von 1965 von den Antirestriktionisten als Sieg betrachtet, und es ist bemerkenswert, daß *„The Congress bi-Weekly“*, nachdem sie regelmäßig die US-Einwanderungsgesetze verurteilt und sich für die Beseitigung der Formel über die nationale Herkunft eingesetzt hatte, gerade weil sie einen ethnischen Status quo bewirkt hatte, gänzlich aufgehört hatte, Artikel zu diesem Thema zu veröffentlichen.

Des weiteren zeigt Lawrence Auster (1990, S. 31ff), daß die Unterstützer des Gesetzes regelmäßig die Unterscheidung zwischen Einwanderung im Rahmen der Quoten und außerhalb davon bemäntelten und die Auswirkungen nicht erwähnten, die das Gesetz auf die Einwanderung außerhalb der Quoten haben würde. Prognosen der Zahl neuer Einwanderer zogen die wohlbekannte und oft kommentierte Tatsache nicht in Rechnung, daß die alten Quoten, die die westeuropäischen Länder begünstigten, nicht ausgeschöpft wurden. Außerdem stellte die Rhetorik der Befürworter in Fortsetzung einer über 40jährigen Tradition die Gesetze von 1924

und 1952 als auf Theorien über rassische Überlegenheit beruhend und Rassendiskriminierung enthaltend dar, statt als Versuch zur Schaffung eines ethnischen Status quo.

Selbst 1952 war Senator McCarran sehr wohl bewußt, wieviel bei der Einwanderung auf dem Spiel stand:

„Ich glaube, daß diese Nation die letzte Hoffnung der westlichen Zivilisation ist, und falls diese Oase der Welt überrannt, pervertiert, kontaminiert oder zerstört wird, dann wird das letzte flackernde Licht der Menschheit ausgelöscht werden. Ich habe keinen Streit mit jenen, die die Beiträge loben, die Menschen vieler Rassen, verschiedener Glaubensbekenntnisse und Hautfarben zu unserer Gesellschaft geleistet haben. Amerika ist in der Tat eine Vereinigung vieler Gewässer, die einen mächtigen Fluß bilden, den wir den ‚American way' nennen. Jedoch haben wir heute in den Vereinigten Staaten harte, unverdauliche Blöcke, die sich nicht in den American way of life integriert haben, sondern die im Gegenteil seine Todfeinde sind. Wie nie zuvor stürmen heute unzählige Millionen unsere Tore um Einlaß, und diese Tore knacken unter der Belastung. Die Lösung der Probleme Europas und Asiens wird nicht durch eine Verpflanzung dieser Probleme en masse in die Vereinigten Staaten erfolgen.... Ich habe nicht die Absicht, prophetisch zu werden, aber falls es den Feinden dieses Gesetzes gelingt, es in Stücke zu zerreißen oder es durch Ergänzungen bis zur Unkenntlichkeit zu verändern, dann werden sie mehr zum Fall dieser Nation beigetragen haben als jede andere Gruppe, seit wir unsere Unabhängigkeit als Nation erlangt haben." (Senator Pat McCarran, *Cong. Rec*., March 2, 1953, p. 1518.)

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Niederlagen von 1924 und 1952 haben den letztendlichen Sieg des jüdischen Interesses an der Bekämpfung der kulturellen, politischen und demographischen Dominanz der europäischstämmigen Völker in den Vereinigten Staaten nicht verhindert. Was wirklich bemerkenswert ist, ist die Hartnäckigkeit, mit der die jüdischen ethnischen Interessen über einen Zeitraum von nahezu 100 Jahren verfolgt wurden. Ebenfalls bemerkenswert war die Fähigkeit, die Argumente der Einwanderungsrestriktionisten im Zeitraum von 1924-1965 in Begriffe rassischer Überlegenheit zu fassen statt in solch positive Begriffe wie die ethnischen Interessen der Völker aus Nord- und Westeuropa an der Beibehaltung des ethnischen Status quo von 1924.

In der Zeit zwischen 1924 und 1965 wurden die jüdischen Interessen weitgehend vereitelt, aber das hat den letztendlichen Triumph der jüdischen Perspektive zur Einwanderung nicht verhindert. In einem sehr realen Sinn hat das Ergebnis der von jüdischen intellektuellen und politischen Aktivitäten geförderten Veränderungen bei der Einwanderung einen langfristigen Sieg über die politische, demographische und kulturelle Repräsentation der „gewöhnlichen Leute des Südens und Westens" dargestellt (Higham 1984, 49), deren Kongreßabgeordnete an vorderster Front der restriktionistischen Kräfte waren. Der ehemalige Marineminister James Webb (1995) merkt an, daß es die Nachkommen jener WASPs sind, die den Westen und Süden besiedelten, welche „im großen und ganzen am meisten für die Schaffung der Infrastruktur dieses Landes taten, die recht oft unter bildungsmäßigen und beruflichen Rückschritten litten, während sie die Wildnis zähmten, die Städte erbauten und eine demokratische Lebensart einführten, die spätere weiße Kulturen nutzen konnten, ohne den Preis der Pionierarbeit zu bezahlen. Heute haben sie für diese Beiträge sozioökonomisch am wenigsten vorzuweisen. Und wenn man sich die Mühe machte,

eine Karte zu konsultieren, so sind sie aus den Gebieten, die jetzt den größten Widerstand gegen die Regierungspraktiken zeigen.“ Webbs Ideen sind nicht neu, aber sie geben die Gefühle wieder, die recht viele Kongreßabgeordnete während der Einwanderungsdebatten der 1920er zum Ausdruck brachten.

Es ist lehrreich, die möglichen langfristigen Auswirkungen dieses grundlegenden Wandels in der amerikanischen Einwanderungspolitik in Kombination mit der gegenwärtigen Betonung des Multikulturalismus zu bedenken. Die Verlagerung zum Multikulturalismus ist mit einem enormen Wachstum der Einwanderung von nicht europäischstämmigen Menschen zusammengefallen, das mit dem Einwanderungsgesetz von 1965 begonnen hat, welches Einwanderer aus nichteuropäischen Ländern begünstigte. Viele dieser Einwanderer kommen aus nichtwestlichen Ländern, in denen kulturelle, geschlechtliche und genetische Segregation die Norm ist. Im Rahmen des multikulturellen Amerikas werden sie dazu ermutigt, ihre eigenen Sprachen und Kulturen beizubehalten und innerhalb ihrer Gruppe zu heiraten.

Die Bewegung hin zu ethnischem Separatismus ist höchst problematisch. In der Geschichte ist ethnischer Separatismus eine extrem spalterische Kraft innerhalb von Gesellschaften gewesen. Zur gegenwärtigen Zeit gibt es ethnisch motivierte Konflikte auf jedem Kontinent, und ehemals multiethnische Gesellschaften brechen auseinander und etablieren Ethnostaaten, die auf ethnischer Homogenität beruhen (Tullberg & Tullberg, 1997). Diese Ergebnisse bestätigen die Erwartung, daß Volkszugehörigkeit in der Tat in menschlichen Angelegenheiten wichtig ist. Menschen scheinen sich der Gruppenzugehörigkeit extrem bewußt zu sein, und Volkstum bleibt eine verbreitete Quelle für Gruppenidentität. Individuen sind sich auch der relativen Stellung ihrer eigenen Gruppe in Sachen Ressourcenkontrolle und Sozialstatus stark bewußt. Und sie sind bereit, außergewöhnliche Schritte zu unternehmen, um zur Verteidigung dieser Gruppenimperative wirtschaftliche und politische Macht zu erlangen und zu behalten.

Es ist lehrreich, über die Umstände nachzudenken, die unter Annahme von ethnischem Separatismus Gruppenkonflikte minimieren könnten. Theoretiker des Kulturpluralismus wie Horace Kallen stellen sich die Möglichkeit vor, daß unterschiedliche Volksgruppen ihre separate Identität im Kontext völliger politischer Gleichheit und gleicher wirtschaftlicher Chancen beibehalten würden. Die Schwierigkeit bei diesem Szenario ist die, daß keine Vorkehrungen getroffen werden für die Folgen der Konkurrenz um Ressourcen innerhalb der Gesellschaft.

Unter besten Umständen könnte man annehmen, daß die getrennten Volksgruppen auf Basis absoluter Gegenseitigkeit miteinander umgehen, sodaß es zwischen ihnen keine Unterschiede nach irgendeinem Maß für Erfolg in der Gesellschaft gäbe, einschließlich der Mitgliedschaft in gesellschaftlichen Klassen, der wirtschaftlichen Rolle (z. B. Produzent versus Konsument, Gläubiger versus Schuldner, Manager versus Arbeiter) oder der Fruchtbarkeit. Alle Gruppen hätten annähernd gleiche Zahlenstärke und gleiche politische Macht, oder falls es unterschiedliche Zahlen gäbe, dann gäbe es Bestimmungen, die sicherstellen, daß Minderheiten eine angemessene Repräsentation bei den Kennzeichen des Erfolges haben. Solche Bedingungen würden die Feindseligkeit zwischen den Gruppen minimieren, weil es schwierig wäre, den eigenen Status den Handlungen der anderen Gruppe zuzuschreiben.

Angesichts der Existenz ethnischen Separatismus’ wäre es jedoch immer noch im Interesse jeder Gruppe, ihre eigenen Interessen auf Kosten der anderen Gruppen zu fördern. Wenn alles gleich

ist, dann wäre eine gegebene Volksgruppe besser dran, wenn sie sicherstellt, daß die andere Gruppe weniger Ressourcen, einen niedrigeren gesellschaftlichen Status, eine geringere Fruchtbarkeit und proportional weniger politischen Einfluß hätte als sie selbst. (In der Tat ist die Verringerung der politischen und demographischen Macht der europäischstämmigen Völker der Vereinigten Staaten eindeutig das Ziel der hier besprochenen politischen und intellektuellen Aktivitäten gewesen.) Der hypothetische gleichbleibende Zustand der Gleichheit setzt daher eine Anzahl von Machtbalancebeziehungen voraus, wobei jede Seite ständig aufpaßt, um sicherzustallen, daß der andere nicht schummelt; jede Seite ständig nach Möglichkeiten sucht, mit allen möglichen Mitteln Dominanz und Ausbeutungsmöglichkeiten zu erlangen; jede Seite nur wegen der Drohung der Vergeltung durch die andere Seite zu Kompromissen bereit ist; jede Seite nur dann zu einer Kooperation bereit ist, die etwas kostet, wenn sie dazu gezwungen wird, z. B. in Gegenwart einer äußeren Bedrohung. Eindeutig würde jegliche Art von Kooperation, die wahren Altruismus gegenüber der anderen Gruppe erfordert, nicht erwartet werden.

Daher würde der Idealfall der absoluten Gleichheit sicherlich ein großes Maß an Überwachung erfordern und zweifellos von einem großen Maß gegenseitigen Argwohns gekennzeichnet sein. In der realen Welt wäre dieses recht grimmige Ideal jedoch höchst unwahrscheinlich. In der realen Welt unterscheiden sich die Volksgruppen in ihren Talenten und Fähigkeiten, sie unterscheiden sich in ihrer Zahl, ihrer Fruchtbarkeit und in dem Ausmaß, in dem sie zu Elternverhalten ermutigen, das zum Erwerb von Ressourcen führt, und sie unterscheiden sich in den Ressourcen, die sie zu jedem Zeitpunkt besitzen, und in ihrer politischen Macht. Gleichheit oder proportionale Verteilungsgerechtigkeit wäre ohne ein außergewöhnliches Ausmaß der Überwachung und ohne extrem intensive gesellschaftliche Kontrollen, die ethnische Quoten für die Ansammlung von Reichtum, Universitätszugang, Jobs mit hohem Status etc. durchsetzen, extrem schwierig zu erzielen, oder aufrechtzuerhalten, nachdem sie erreicht worden ist.

Wegen unterschiedlicher Talente und Fähigkeiten und unterschiedlichem Elternverhalten der Volksgruppen gäbe es eine Notwendigkeit für unterschiedliche Kriterien zur Qualifikation für Jobs und deren Beibehaltung, abhängig von der Volksgruppenzugehörigkeit.[23] In der realen Welt würden daher außerordentliche Anstrengungen unternommen werden, um diesen gleich bleibenden Zustand des ethnischen Macht- und Ressourcengleichgewichts aufrechtzuerhalten. Es ist von großem Interesse, daß die Ideologie der jüdisch-nichtjüdischen Koexistenz manchmal die Idee beinhaltet hatte, daß die verschiedenen Volksgruppen ein ähnliches Profil der Berufsverteilung entwickeln und (implizit) die Ressourcen proportional zu ihrer Zahl kontrollieren. Der Traum der deutschen Assimilationisten während des neunzehnten Jahrhunderts war, daß das berufliche Profil der Juden nach der Emanzipation dem der Nichtjuden sehr ähnlich sein würde, eine „utopische Erwartung ... die von vielen, Juden wie Nichtjuden gleichermaßen, geteilt wurde“ (Katz, 1986, S. 67). Es wurden Anstrengungen unternommen, um den Prozentsatz der Juden im Handelsgewerbe zu verringern und den von Juden in Landwirtschaft und Handwerk zu erhöhen. In der Wirklichkeit jedoch war das Resultat der Emanzipation, daß Juden in der wirtschaftlichen und kulturellen Elite der Gesellschaft weit überrepräsentiert waren, und diese Überrepräsentation war ein entscheides Charakteristikum des deutschen Antisemitismus von 1870-1933.

In ähnlicher Weise wurden in den 1920ern Pläne vorgeschlagen, nach denen jede Volksgruppe einen Prozentsatz der Plätze in Harvard und anderen Universitäten erhalten würde, der den Prozentanteil der rassischen und nationalen Gruppen in den Vereinigten Staaten wiedergab. Diese Pläne widerspiegelten sicherlich die Bedeutung der Volkszugehörigkeit in menschlichen

Angelegenheiten, aber sicherlich ist eine auf dieser Art von ethnischen Sonderinteressen beruhende Gesellschaft keine, wie sie ein Sozialingenieur in der Art eines Lykurg, Moses, Plato, oder der amerikanischen Gründerväter als Blaupause für eine ganze Gesellschaft entwerfen würde. Das Ausmaß gesellschaftlicher Spannungen wäre gezwungenermaßen chronisch hoch. Weiters gäbe es eine beträchtliche Wahrscheinlichkeit, daß es zu ethnischem Krieg käme, selbst wenn man mittels intensiver gesellschaftlicher Kontrollen eine präzise Parität erreicht hätte: wie oben angedeutet, wäre es immer im Interesse jeder Volksgruppe, die Hegemonie über die anderen zu erlangen.

Wenn man ein Modell des Kulturpluralismus übernehmen würde, in dem es freie Konkurrenz um Ressourcen und Fortpflanzungserfolg gibt, dann sind Unterschiede zwischen den Volksgruppen unvermeidlich, und die Geschichte zeigt, daß solche Unterschiede Animositäten seitens der Volksgruppen zur Folge hätten, die dabei ins Hintertreffen geraten. Der Kampf zwischen den Tutsi und den Hutu in Ruanda und dessen Nachbarländern ist nur das letzte unter vielen tragischen Beispielen. Wenn man davon ausgeht, daß es ethnische Unterschiede in Talenten und Fähigkeiten gibt, dann erfordert die Annahme, daß ethnischer Separatismus eine stabile Situation ohne ethnische Animositäten sein könnte, entweder eine Machtbalance, die durch starke gesellschaftliche Kontrollen aufrechterhalten wird, oder zumindest einige Volksgruppen, die es nicht kümmert, wenn sie im Konkurrenzkampf verliert.

Ich betrachte diese letztere Möglichkeit als eine bestenfalls sehr ferne. Daß eine Volksgruppe darüber unbekümmert sein sollte oder könnte, wenn sie in den Hintergrund gedrängt oder dominiert wird, wird bestimmt von keiner theoretischen oder ideologischen Sichtweise erwartet, die mir bekannt ist. Die gegenwärtige Einwanderungspolitik bringt Amerika im wesentlichen als Arena ethnischer Konkurrenz ins Spiel, in einem Sinne, wie er in den nichtwestlichen Nationen der Welt nicht gilt, wo die stillschweigende Annahme die ist, daß ein Territorium von seinem historisch dominanten Volk gehalten wird. Unter der gegenwärtigen Politik wird jede Volks- und Rassengruppe der Welt dazu eingeladen, ihr Interesse an der Ausweitung ihrer demographischen und politischen Präsenz in Amerika voranzutreiben, und man kann erwarten, daß sie das auch tun, wenn sie die Gelegenheit dazu erhalten.

Im Gegensatz zu der Politik, die sie für die Vereinigten Staaten befürworten, haben amerikanische Juden gar kein Interesse an einem Vorschlag gehabt, daß die Einwanderung nach Israel ähnlich multiethnisch sein sollte oder daß Israel eine Einwanderungspolitik haben sollte, die die Hegemonie der Juden in Israel bedrohen würde. In der Tat ist der sehr tiefe ethnische Konflikt innerhalb Israels ein exzellentes Beispiel für das Scheitern des Multikulturalismus. In ähnlicher Weise hat die Kontrolle religiöser Angelegenheiten durch die Orthodoxen in Israel erst verspätet und halbherzig Opposition durch amerikanische jüdische Organisationen erfahren und nicht die totale Unterstützung Israels durch amerikanische Juden verhindert, trotz der Tatsache, daß Israels Politik hinsichtlich der Einwanderung ganz das Gegenteil derjenigen in westlichen Demokratien ist, während Juden an vorderster Front von Bewegungen zur Trennung von Kirche und Staat in den Vereinigten Staaten gewesen sind und oft gegen den Mangel an religiöser Freiheit in der Sowjetunion protestiert haben (Cohen, 1972, 317).

Gegenwärtig werden die Interessen nicht europäischstämmiger Völker, demographisch und politisch in die Vereinigten Staaten zu expandieren, weitgehend als moralische Gebot betrachtet, während die Versuche europäischstämmiger Völker, die demographische, politische und kulturelle Kontrolle zu behalten, als „rassistisch“ und offenkundig unmoralisch dargestellt

werden. Vom Standpunkt dieser europäischstämmigen Völker bedingt diese verordnete Moral Altruismus und Selbstaufopferung, und es ist unwahrscheinlich, daß das auf lange Sicht durchführbar ist. Und wie wir gesehen haben, ist die Lebensfähigkeit einer solchen Moral der Selbstaufopferung im Kontext einer multikulturellen Gesellschaft besonders problematisch, in der jeder sich seiner Gruppenzugehörigkeit sehr bewußt ist und es eine Konkurrenz der Gruppen um Ressourcen gibt.

Obwohl der Erfolg der antirestriktionistischen Bemühungen ein Anzeichen dafür ist, daß Menschen dazu gebracht werden können, altruistisch gegenüber anderen Gruppen zu sein, bezweifle ich sehr, daß solcher Altruismus auf Dauer vorhanden sein wird, wenn es offensichtliche Anzeichen dafür gibt, daß der Status und die politische Macht der europäischstämmigen Völker abnehmen, während die Macht anderer Gruppen als Folge der Einwanderung und anderer gesellschaftspolitischer Maßnahmen zunimmt. Die Prognose, sowohl aufgrund des Menschenverstandes als auch auf Basis psychologischer Forschungen über den sozialen Identitätsprozeß (z. B. Hogg & Abrams, 1987) lautet, daß in dem Maß, wie andere Gruppen in einer multikulturellen Gesellschaft zunehmend mächtig und hervorstechend werden, die europäischstämmigen Völker der Vereinigten Staaten zunehmend geeint werden und daß zeitgenössische spalterische Einflüsse unter ihnen (z. B. Streifragen, die mit Geschlecht und sexueller Orientierung, sozialen Klassenunterschieden, religiösen Differenzen zu tun haben) zunehmend als unwichtig betrachtet werden. Mit der Zeit werden diese Gruppen einen größeren Zusammenhalt entwickeln und ein Gefühl eines gemeinsamen Interesses in ihren Interaktionen mit den anderen Volksgruppen, mit tiefgreifenden Konsequenzen für die zukünftige Geschichte Amerikas und des Westens.

ANMERKUNGEN

1. Raab steht der Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL) nahe und ist der geschäftsführende Direktor Emeritus des Perlmutter Institute for Jewish Advocacy an der Brandeis University. Er ist auch ein Kolumnist für das San Francisco Jewish Bulletin. Neben anderen Arbeiten ist er zusammen mit Seymour Lipset Ko-Autor von *“The Politics of Unreason: Right Wing-Extremism in America, 1790-1970”* (Lipset & Raab 1970), einem Band in einer Serie von Büchern über Antisemitismus in den Vereinigten Staaten, gesporsort von der ADL.

2. In Australien hat Miriam Faine, ein Mitglied des Redakteurskomitees des *“Australian Jewish Democrat”* verkündet: „Die Stärkung eines multikulturellen oder diversen Australien ist auch unsere wirksamste Versicherungspolizze gegen Antisemitismus. An dem Tag, an dem Australien einen chinesisch-australischen Generalgouverneur hat, würde ich mich meiner Freiheit, als jüdische Australierin zu leben, sicherer fühlen“ (in McCormack 1994, S. 11).

3. Weiters kann man aus Silbermans folgenden Kommentaren eine tiefe Besorgnis ersehen, daß ein ethnisch und kulturell homogenes Amerika jüdische Interessen kompromittieren würde: „Juden fühlen sich zur Demokratischen Partei ... mit ihrer traditionellen Gastfreundlichkeit gegenüber Nicht-WASP-Gruppen hingezogen … ein vornehmer Geschäftsmann, der mit Mondales Wirtschaftspolitik nicht einverstanden war, hat trotzdem für ihn gestimmt. ‚Ich habe die Parteikonvente im Fernsehen angesehen,' erklärte er, ‚und die Republikaner haben nicht wie meine Leute ausgesehen.' Dieselbe Reaktion hat viele Juden dazu gebracht, 1980 trotz ihrer Abneigung gegen Carter für ihn zu stimmen: ‚Ich würde lieber in einem Land leben, das von den

Gesichtern regiert wird, die ich beim demokratischen Konvent gesehen habe, als von denen, die ich beim republikanischen gesehen habe' hat mir ein bekannter Autor gesagt“ (S. 347-348).

4. Goldberg (1996, 160) merkt an, daß die zukünftigen Neokonservativen Schüler des trotzkistischen Theoretikers Max Schachtman wären. Ein gutes Beispiel sind Irving Kristols *“Memoirs of a Trotskyost”* („Memoiren eines Trotzkisten“, 1983).

5. Grants Brief an das House Committee on Immigration and Naturalization betonte das grundsätzliche Argument der Restriktionisten, d. h. daß die Verwendung des Zensus der im Ausland Geboreren von 1890 als Basis des Einwanderungsgesetzes gegenüber allen Volksgruppen fair sei, die sich zur Zeit im Land befinden, und daß die Verwendung des Zensus von 1910 die „einheimischen Amerikaner diskriminieren würde, deren Vorfahren schon vor dessen Unabhängigkeit in diesem Land waren.“ Er argumentierte auch zugunsten von Quoten für Nationen der westlichen Hemisphäre, weil diese Länder „in einigen Fällen sehr unerwünschte Einwanderer liefern. Die Mexikaner, die in die Vereinigten Staaten kommen, sind überwiegend von indianischem Blut, und die kürzlichen Intelligenztests haben ihren sehr niedrigen intellektuellen Status gezeigt. Wir haben bereits zu viele von ihnen in unseren südwestlichen Bundesstaaten, und ihrer Zunahme sollte ein Riegel vorgeschoben werden“ (S. 571). Grant war auch besorgt wegen der Unassimilierbarkeit von Einwanderern der jüngsten Zeit. Er legte seinem Brief einen Leitartikel der *„Chicago Tribune“* bei, der die Situation in Hamtramck, Michigan, kommentierte, wo es hieß, daß kürzlich Eingewanderte „polnische Herrschaft“ verlangt hätten, die Vertreibung von Nichtpolen, und daß selbst Bundesbeamte nur die polnische Sprache sprechen sollten. Grant argumentierte auch, daß Unterschiede in der Fortpflanzungsrate eine Verdrängung von Gruppen zur Folge haben würde, die die Heirat aufschoben und weniger Kinder hatten – eindeutig eine Sorge darüber, daß seine Volksgruppe als Folge der Einwanderung von Volksgruppen mit stärkerem natürlichen Wachstum verdrängt werden würde. (Restriction of Immigration; Hearings Before the Committee on Immigration and Naturalization House of Representatives, sixty-eighth Congress, First Session, 5. Jan. 1924; S. 570.)

6. Restriction of Immigration; Hearings Before the Committee on Immigration and Naturalization House of Representatives, sixty-eighth Congress, First Session, 5. Jan. 1924; S. 580-581.

7. Erklärung des AJCongress, Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 391.

8. Restriction of Immigration; Hearings Before the Committee on Immigration and Naturalization House of Representatives, sixty-eighth Congress, First Session, 3. Jan. 1924; S. 303.

9. Restriction of Immigration; Hearings Before the Committee on Immigration and Naturalization House of Representatives, sixty-eighth Congress, First Session, 3. Jan. 1924; S. 341.

10. Zum Beispiel wurde in den Senatsdebatten vom 15. – 19. April 1924 die nordische Überlegenheit von keinem der Befürworter des Gesetzes erwähnt, sehr wohl aber von den folgenden Gegnern des Gesetzes: den Senatoren Colt (S. 6542), Reed (S. 6468), Walsh (S. 6355). In den Kongreßdebatten vom 5., 8. und 15. April brachten buchstäblich alle Gegner des Gesetzes das Thema der rassischen Minderwertigkeit zur Sprache, einschließlich der Abgeordneten Celler (S. 5914-5915), Clancy (S. 5930), Connery (S. 5683), Dickstein (S. 5655-5656, 5686), Gallivan

(S. 5849), Jacobstein (S. 5864), James (S. 5670), Kunz (S. 5896), LaGuardia (S. 5657), Mooney (S. 5909-5910), O'Connell (S. 5836), O'Connor (S. 5648), Oliver (S. 5870), O'Sullivan (S. 5899), Perlman (S. 5651); Sabath (S. 5651, 5662), und Tague (S. 5873). Mehrere Abgeordnete (z. B. Dickinson [S. 6267], Garber [S. 5689-5693] und Smith [p. 5705]) stellten den positiven Eigenschaften der nordischen Einwanderer die negativen Eigenschaften kürzlicherer Einwanderer gegenüber, ohne zwischen genetischen und Umweltgründen als mögliche Einflüsse zu unterscheiden. Zusammen mit anderen erwähnten sie besonders die mangelnde Assimilation von Einwanderern der jüngsten Zeit und ihre Tendenz, sich in Stadtgebieten zusammenzuballen. Der Abgeordnete Allen argumentierte, daß es eine „Notwendigkeit, das Blut Amerikas zu reinigen und rein zu halten" gebe (S. 5693). Der Abgeordnete McSwain, der für die Notwendigkeit der Bewahrung der nordischen Hegemonie argumentierte, tat das nicht auf Basis nordischer Überlegenheit, sondern auf Basis des legitimen ethnischen Eigeninteresses (S. 5683-5; siehe auch die Kommentare der Abgeordneten Lea und Miller). Der Abgeordnete Gasque stellte einen Zeitungsartikel vor, der sich auf die „Vererbungsgesetze" bezog und auf die Überflutung der Rasse, die Amerika erbaut hatte (S. 6270).

11. Restriction of Immigration. Hearings Before the Committee on Immigration and Naturalization House of Representatives, sixty-eighth Congress, First Session, 3. Jan. 1924; S. 351.

12. Siehe z. B. Restriction of Immigration; Hearings Before the Committee on Immigration and Naturalization House of Representatives, sixty-eighth Congress, First Session, 5. Jan. 1924; S. 733ff.

13. Hearings before the Committee on Immigration and Naturalization, House of Representatives, 24. Mai – 1. Juni 1939: Joint Resolutions to Authorize the Admission to the United States of a Limited Number of German Refugee Children, S. 1.

14. Hearings before the Committee on Immigration and Naturalization, House of Representatives, 24. Mai – 1. Juni 1939: Joint Resolutions to Authorize the Admission to the United States of a Limited Number of German Refugee Children, S. 78.

15. Hearings before the Committee on Immigration and Naturalization, House of Representatives, 24. Mai – 1. Juni 1939: Joint Resolutions to Authorize the Admission to the United States of a Limited Number of German Refugee Children, S. 140.

16. Erklärung des AJCongress, Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, and H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 565.

17. Erklärung des AJCongress; Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 566. Siehe auch die Erklärung von Rabbi Bernard J. Bamberger, Präsident des Synagogue Council of America; siehe auch die Erklärung des AJCongress, S. 560-561.

18. Erklärung von Will Maslow, der den AJCongress vertrat, Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 394.

19. Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 562-595.

20. Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 410.

21. Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 404.

22. Joint Hearings Before the Subcommittees of the Committees on the Judiciary, 82nd Congress, first session, auf S. 716, H. R. 2379, und H. R. 2816. 6. März – 9. April 1951, S. 563.

23. Außerdem würde die Erlangung einer Parität zwischen Juden und anderen Volksgruppen ein sehr hohes Maß an Diskriminierung gegen einzelne Juden bei der Zulassung zu Universitäten oder bei Arbeitsmöglichkeiten bedingen, und würde sogar eine starke Besteuerung von Juden mit sich bringen, um den gegenwärtigen jüdischen Vorteil beim Besitz von Reichtum zu verhindern, da Juden gegenwärtig unter den Wohlhabenden und Erfolgreichen in den Vereinigten Staaten weit überrepräsentiert sind (z. B. Ginsberg, 1994; Lipsett & Raab, 1995). Ab den 1920ern haben Studien wiederholt gezeigt, daß aschkenasische Juden einen Gesamt-IQ von annähernd 117 und einen verbalen IQ im Bereich von 125 haben (siehe MacDonald, 1994). Bis 1988 machten Juden ungefähr 40 % der in die Colleges der Ivy League Aufgenommenen aus, und das jüdische Einkommen war mindestens doppelt so hoch wie das der Nichtjuden (Shapiro 1992, S. 116). Shapiro zeigt auch, daß Juden in den Kennzahlen für Reichtum um mindestens den Faktor neun überrepräsentiert sind, und daß das aber eine konservative Schätzung ist, weil viel jüdischer Reichtum in Immobilien steckt, die schwierig zu bestimmen und leicht zu verbergen sind. Während sie annänernd 2,4 % der Bevölkerung ausmachen, repräsentieren Juden die Hälfte der 100 höchsten Führungskräfte der Wall Street. Lipset and Raab (1995) erwähnen, daß Juden zwischen einem Viertel und einem Drittel aller Beiträge zur Politik in den Vereinigten Staaten leisten, einschließlich der Hälfte bei der Demokratischen Partei und einem Viertel der Beiträge für die Republikanische Partei. In der Tat sind viele jüdische Intellektuelle (einschließlich „Neokonservativer” wie Daniel Bell, Sidney Hook, Irving Howe, Irving Kristol, Nathan Glazer, Norman Podhoretz und Earl Raab) wie auch jüdische Organisationen (einschließlich der ADL, des AJCommittee und des AJCongress) wortgewandte Gegner von Affirmative Action und Quotenmechanismen zur Ressourcenverteilung gewesen (siehe Sachar 1992, S. 818ff).

LITERATURHINWEISE

Alderman, G. (1983). *The Jewish community in British politics.* Oxford: The Clarendon Press.

Alderman, G. (1992). *Modern British Jewry*. Oxford: The Clarendon Press.

Auster, L. (1990). *The path to national suicide: An essay on immigration and multiculturalism*. Monterey, VA: The American Immigration Control Foundation.

Beaty, J. (1951). *The iron curtain over America*. Dallas, TX: Wilkinson Publishing Co.

Belth, N. C. (1979). *A promise to keep*. New York: Anti-Defamation League of B'nai B'rith/Times Books.

Bennett, M. T. (1963). *American immigration policies: A history*. Washington, DC: Public Affairs Press.

Blau, J. L. Theory of cultural pluralism. *Congress Weekly*, June 16, 15.

Boas, F. (1911). Reports of the Immigration Commission, 'Changes in Bodily Form of Descendants of Immigrants,' 61st Congress, 2nd Session, Senate Document #208. Washington, DC: Government Printing Office.

Breitman, R. D., & Kraut, A. M. (1986). Anti-Semitism in the State Department, 1933-44: Four case studies. In D. A. Gerber (Ed.). *Anti-Semitism in American history.* Urbana: University of Illinois Press.

Breitman, R., & Kraut, A. M. (1987). *American refugee policy and European Jewry, 1933-1945*. Bloomington: Indiana University Press.

Brigham, C. C. (1923). *A study of American intelligence.* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Brimelow, P. (1995). *Alien nation.* New York: Random House.

Buhle, P. (1980). Jews and American Communism: The cultural question. Radical History Review, 23, 9-33. Reprinted in G. E. Pozzetta (Ed.), *Immigrant radicals: The view from the left*. New York: Garland Publishing, 1991.

Cohen, N. W. (1972). *Not free to desist: The American Jewish Committee 1906-1966*. Philadelphia: The Jewish Publication Society of America.

Cohn, W. (1958). The politics of American Jews. In M. Sklare (Ed.). *The Jews: Social patterns of an American grou*p, pp. 614-626. Glencoe, IL: Free Press.

Degler, C. (1991). *In search of human nature: The decline and revival of Darwinism in American social thought.* New York: Oxford University Press.

Divine, R. A. (1957). *American immigration policy, 1924-1952*. New Haven: Yale University Press.

Ellman, Y. (1987). Intermarriage in the United States: A comparative study of Jews and other ethnic and religious groups. *Jewish Social Studies, 49*, 1-26.

Fairchild, H. P. (1939). Should the Jews come in? *The New Republic, 97*, January 25, 344-345.

Fairchild, H. P. (1947). *Race and nationality as factors in American life.* New York: The Ronald Press.

Fetzer, J. S. (1996). Anti-immigration sentiment and nativist political movements in the United States, France and Germany: Marginality or economic self-interest? Paper presented at the 1996 Annual Meeting of the American Political Science Association, San Francisco, CA, Aug. 29-Sept. 1.

Ford, H. (1920). *The International Jew: The world's foremost problem*. Dearborn, MI: The Dearborn Publishing Co.

Freeman, D. (1983). *Margaret Mead and Samoa: The making and unmaking of an anthropological myth*. Cambridge University Press.

Freeman, D. (1991). On Franz Boas and the Samoan researches of Margaret Mead. *Current Anthropology, 32,* 322-330.

Frommer, M. (1978). *The American Jewish Congress: A history 1914-1950* (2 vols.). Ph. D. Dissertation, Ohio State University.

Gal, A. (1989). *Brandeis, Judaism, and Zionism.* In N. L. Dawson (Ed.). Brandeis in America. Lexington, KY: University of Kentucky Press.

Ginsberg, B. (1993). *The Fatal Embrace: Jews and the State*. Chicago: University of Chicago Press.

Glazer, N. (1961). *The Social Basis of American Communism*. New York: Harcourt Brace.

Glazer, N. (1969). *The New Left and the Jews.* Jewish Journal of Sociology, 11, 120-132.

Goldberg, J. J. (1996). *Jewish power: Inside the American Jewish establishment*. Reading, MA: Addison-Wesley.

Goldstein, I. (1952a). The racist immigration law. *Congress Weekly* 19(11), March 17, 6-7.

Goldstein, I. (1952b). An American immigration policy. *Congress Weekly*, November 3, 1952, p. 4.

Goldstein, J. (1990). *The politics of ethnic Pressure: The American Jewish committee's fight against immigration restriction, 1906-1917.* New York: Garland Publishing.

Gottfried, P. (1993). *The Conservative Movement*, rev. ed. New York: Twayne Publishers.

Grant, M. (1921). *The passing of the great race or the racial basis of European history*, 4th ed. New York: Charles Scribner's.

Handlin, O. (1948). *Race and nationality in American life.* Boston: Little, Brown and Co.

Handlin, O. (1952). The immigration fight has only begun. *Commentary*, 14(July), 1-7.

Herskovits, M. (1953). *Franz Boas.* New York: Charles Scribner's Sons.

Hertzberg, A. (1989). The Jews in America. New York: Simon & Schuster.

Higham, J. (1984). *Send these to me: Immigrants in urban America*, revised edition. Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Hogg, M. A. & Abrams, D. (1987). *Social identifications*. New York: Routledge.

Hollinger D. A. (1996). *Science, Jews, and secular culture: Studies in mid-twentieth century American intellectual history.* Princeton, NJ: Princeton University Press.

Horowitz, I. L. (1993). *The decomposition of sociology.* New York: Oxford University Press.

Howe, I. (1978). *The world of our fathers*. New York: Harcourt Brace.

Ivers, G. (1995). *To build a wall: American Jews and the separation of church and state.* Charlottesville: University of Virginia Press.

Javits, J. (1951). Let's open our gates. *New York Times Magazine* (July 8), *8*, 31-33.

Judis, J. (1990). The conservative crack-up. *The American Prospect* (Fall), 30-42.

Kallen, H. M. (1915). Democracy versus the melting pot. *Nation, 100* (18 and 25 February), 190-194; 217-220.

Kallen, H. M. (1924). *Culture and democracy in the United States*. New York: Arno Press.

Kallen, H. M.(1956) *Cultural pluralism and the American idea.* Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Katz, J, (1961b). *Exclusiveness and tolerance.* Oxford: Oxford University Press.

Klehr, H. (1978). *Communist cadre: The social background of the American Communist party elite.* Stanford, CA: Hoover Institution Press.

Kohler, K. (1918). *Jewish theology*. New York: KTAV Publishing House, Inc (republished in 1968).

Konvitz, M. R. (1953). *Civil rights in immigration*. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Kristol, I. (1983). Memoirs of a Trotskyist. In I. Kristol, *Reflections of a neoconservative*, pp. 3-13. New York: Basic Books.

Levenson, A. (1989). Reform attitudes, in the past, toward intermarriage. *Judaism, 38*, 320-332.

Liebman, A. (1979). *Jews and the left*. New York: John Wiley & Sons.

Lipset, S. M., & Raab, E. (1970). *The politics of unreason: Right wing-extremism in America, 1790-1970*. New York: Harper & Row.

Lipset, S. M., & Raab, E. (1995). *Jews and the new American scene.* Cambridge: Harvard University Press.

Liskofsky, S. (1966). United States immigration policy. In M. Fine & M. Himmelfarb (Eds.), *American Jewish Yearbook 1966, 67*, 164-175.

Lynn, R. (1987). The intelligence of the Mongoloids: A psychometric, evolutionary and neurological theory. *Personality and Individual Differences, 8*, 813-844.

Lyons, P. (1982). *Philadelphia Communists, 1936-1956*.. Philadelphia: Temple University Press.

MacDonald, K. B. (1994). *A People That Shall Dwell Alone: Judaism as a Group Evolutionary Strategy*. Westport, CT: Praeger.

MacDonald, K. B. (1998). *Separation and Its Discontents: Toward an Evolutionary Theory of Anti-Semitism.* Westport, CT: Praeger.

Maslow, W. (1950). Is American Jewry secure? *Congress Weekly* 17(13) March 27, 6-9.

McConnell, S. (1988). The new battle over immigration. *Fortune*, May 9.

McCormack, D. (1994). Immigration and multiculturalism. In *Censorship immigration and multiculturalism*, by J. Bennett. Australian Civil Liberties Union.

Meyer, M. A. (1988). *Response to modernity: A history of the Reform movement in Judaism.* New York: Oxford University Press.

Nadell, P. S. (1984). *From shtetl to border: Eastern European Jewish emigrants and the 'agents' system, 1869-1914.* In Studies in the American Jewish Experience II. Lanham, MD: University Press of America.

Neuringer, S. M. (1969). American Jewry and United States immigration policy, 1881-1953. Ph. D. Dissertation, University of Wisconsin-Madison. Ann Arbor, MI: University Microfilms, Inc., 1971; reprinted by Arno Press (New York), 1980.

Neusner, J. (1987). *Judaism and Christianity in the Age of Constantine: History, Messiah, Israel, and the Initial Confrontation.* Chicago: University of Chicago Press.

Petersen, W. (1955). The "scientific" basis of our immigration policy. *Commentary, 20(July)*, 77-86.

President's Commission on Immigration and Naturalization (1953). *Whom We Shall Welcome*, reprinted 1971. New York: De Capo Press.

Raab, E. (1993a). *Jewish Bulletin*, July 23.

Raab, E. (1993b). *Jewish Bulletin*, February 19.

Raab. E. (1995). Can antisemitism disappear? In J. A. Chanes (Ed.). *Antisemitism in America today: Outspoken experts explode the myths*, pp. 84-99. New York: Birch Lane Press.

Ross, E. A. (1914). *The old world and the new: The significance of past and present immigration to the American people.* New York: The Century Co.

Rothman, S., & Lichter S. R. (1982). *Roots of radicalism: Jews, Christians, and the New Left.* New York: Oxford University Press.

Rushton, J. P. (1995). *Race, evolution, and behavior: A life-history perspective.* New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.

Sachar, H. M. (1992). *A history of Jews in America*. New York: Alfred A. Knopf.

Samelson, F. (1975). On the science and politics of the IQ. *Social Research, 42*, 467-488.

Samuel, M. (1924). *You gentiles.* New York: Harcourt, Brace and Co.

Shapiro, E. S. (1992). *A time for healing: American Jewry since World War II.* Baltimore: Johns Hopkins University Press.

Shipman, P. (1994). *The evolution of racism: Human differences and the use and abuse of science.* New York: Simon & Schuster.

Silberman, C. E. (1985). *A certain people: American Jews and their lives today.* New York: Summit Books.

Simon, J. (1990). *Population matters: People, resources, environment, and immigration.* New Brunswick, NJ: Transaction.

Singerman, R. (1986). The Jew as racial alien. In D. A. Gerber (Ed.). *Anti-Semitism in American history.* Urbana: University of Illinois Press.

Snyderman, M., & Herrnstein, R. J. (1983). Intelligence tests and the immigration Act of 1924. *American Psychologist, 38*, 986-995.

Sorin, G. (1985). *The prophetic minority: American Jewish immigrant radicals 1820-1920.* Bloomington: Indiana University Press.

Stocking, G. W. (1968). *Race, evolution, and culture: Essays in the history of anthropology*. New York: The Free Press.

Svonkin, S. (1997). *Jews against Prejudice: American Jews and the Fight for Civil Liberties.* New York: Columbia University Press.

Symott, M. G. (1986). Anti-Semitism and American Universities: Did quotas follow the Jews? In D. A. Gerber (Ed.). *Anti-Semitism in American history*. Urbana: University of Illinois Press.

Torrey, E. F. (1992). *Freudian fraud: The malignant effect of Freud's theory on American thought and culture*. New York: HarperCollins Publishers.

Tullberg, J., & Tullberg, B. S. (1997). Separation or Unity? A model for solving ethnic conflicts. *Politics and the Life Sciences, 16,* 237-277.

Wattenberg, B. (1991). *The first universal nation: Leading indicators and ideas about the surge of America in the 1990s*. New York: Free Press.

White, L. (1966). The social organization of ethnological theory. *Rice University Studies: Monographs in Cultural Anthropology, 52(4*), 1-66.

Wisse, R. (1987). The New York (Jewish) intellectuals. *Commentary, 84(Nov.),* 28-39.

Contact Information:

Kevin MacDonald
Department of Psychology
CSU-Long Beach
Long Beach, CA 90840-0901
Phone: (562) 985-8183
Fax: (562) 985-8004
http://www.csulb.edu/~kmacd/
Email: kmacd@csulb.edu